

Beschlüsse

Inhaltsverzeichnis

V- - TOP 5 – Verschiedene Anträge

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
V-01	Prompten bis der Faschismus kommt - Ethische KI-Nutzung im Verband und außerhalb Fachforum für Digitales, Medien und Kultur <i>angenommen</i>	14
V-02	Für eine kritische Neubewertung der transatlantischen Beziehungen Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND Hamburg <i>zurückgezogen</i>	16
V-03	Prozente nur bei Wahlen, nicht im GJ Kiosk Laetitia Wegmann <i>angenommen</i>	23
V-04	Doppelte Verweigerung: Kein Unterhalt, kein BAföG – wir lassen Azubis und Studis nicht zwischen Eltern und Staat zerquetschen Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND Bremen <i>angenommen</i>	25
V-05	Systemfehler Psychotherapie - Ausbildung retten, Zukunft sichern! Daniel Cruismann <i>angenommen</i>	27
V-06	Liebe kann auch mehr als zwei: Für die Anerkennung von Polyamorie und gegen Hetero- und Mononormativität Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND Bayern <i>angenommen</i>	31
V-07	Damit nicht nur unsere Positionen stachelig sind Laetitia Wegmann <i>abgelehnt</i>	33
V-08	Auskunftersuch zu einer ausstehenden Entscheidung des Bundesschiedsgerichts in der Sache F-3 über eine Abstimmung zur Erhöhung der Altersgrenze auf 30 Jahre vom 12. Oktober 2025 auf dem 59. Bundeskongress, Leipzig Joachim Janas <i>zurückgezogen</i>	35
V-09	ThyssenKrupp verstaatlichen – Gegen Konzernversagen, und für sichere Arbeitsplätze Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND Nordrhein-Westfalen <i>angenommen</i>	37
V-10	Gegen die Kälte des Kürzungskurses und für einen Sozialstaat der Würde Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND Nordrhein-Westfalen <i>angenommen</i>	40
V-11	Solidarität mit ALLEN Wohnungs- und Obdachlosen Sofie Richter, Daniel Cruismann <i>angenommen</i>	44

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
V-12	Antifa ist queerfeministisch: TINA*-Rechte schützen und Vernetzung stärken! Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND Bayern, Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND Hessen <i>angenommen</i>	48
V-13	Krieg ist kein Geschäft - Rüstungskonzerne verstaatlichen! Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND Bayern <i>angenommen</i>	51
V-14	GRÜNE JUGEND goes VEGAN - Für Veganismus und gegen Speziesismus Sofie Richter, Daniel Cruismann <i>abgelehnt</i>	54

W- - TOP 4 – Kein Frieden durch Krieg: Für einen gerechten Frieden in Israel und Palästina

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
W-01	Kein Frieden durch Krieg - Für einen gerechten Frieden in Israel und Palästina! Bundesvorstand, Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND Baden-Württemberg, Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND Hessen, Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND Mecklenburg-Vorpommern, Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND Bremen, Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND Saarland, Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND Sachsen, Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND Sachsen-Anhalt <i>angenommen</i>	59
W-02	Mangelnde Kontinuität der Beschlusslage. Was aus unseren Anträgen geworden ist. Joachim Janas <i>zurückgezogen</i>	79

O- - TOP 3 – Zukunft statt Rechtsruck: Für einen solidarischen Osten

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
O-01	Unsere Zukunft - Unsere Hoffnung für MV und LSA Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND Sachsen-Anhalt, Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND Mecklenburg-Vorpommern, Bundesvorstand <i>angenommen</i>	9

L- - TOP 2 – Aktuelle politische Lage

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
L-01	Wenn Reformen zu Gewalt werden: Kein Cent weiter – Schluss mit dem Sozialabbau! Bundesvorstand <i>angenommen</i>	6

F- - TOP 1 – Formalia

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
F-01	Auswahlvorschlag ergänzende Besetzung Social-Media Team Bundesvorstand <i>angenommen</i>	5

Antrag F-01: Auswahlvorschlag ergänzende Besetzung Social-Media Team

Antragsteller*in:	Bundesvorstand
Status:	angenommen
Tagesordnungspunkt:	F- - TOP 1 – Formalia

1 Als Bundesvorstand schlagen wir dem Länderrat vor den Arbeitsbereich Social-Media mit
2 folgender Person ergänzend zu den bisherigen Mitgliedern des Arbeitsbereiches zu
3 besetzen:

4 **Auswahlvorschlag:**

5 1. Julia Kienbaum (FLINTA*), Landesverband Schleswig-Holstein

6 Durch die Berücksichtigung von 1 FLINTA*-Personen zusätzlich zu den aktuell 3 FLINTA*
7 Mitgliedern und dem einen migrantisierten Mitglied im Social-Media-Team, unterstützen
8 wir mit diesem Auswahlvorschlag weiterhin eine Repräsentation dieser Gruppen im
9 Social-Media-Team.

10 Durch die Einbindung einer Person aus einem zusätzlichen Landesverband, erreichen wir
11 mit unserem Auswahlvorschlag die Förderung einer weiterhin guten regionalen
12 Verteilung.

13 Ausschlaggebend für die Auswahl des ergänzenden Besetzung des Social-Media-Teams
14 waren die Erfahrungen, über welche die Bewerber*innen außerhalb und vor allem
15 innerhalb der GRÜNEN JUGEND in den Bereichen Social-Media und Bildungsarbeit bereits
16 verfügen.

17 Darüber hinaus war auch die Aussagekraft des Motivationsschreiben und die Qualität
18 der eingereichten Arbeitsprobe ein Auswahlkriterium.

19 Es lag eine Bewerbung vor.

Antrag L-01: Wenn Reformen zu Gewalt werden: Kein Cent weiter – Schluss mit dem Sozialabbau!

Antragsteller*in:	Bundesvorstand
Status:	angenommen
Tagesordnungspunkt:	L - TOP 2 – Aktuelle politische Lage

1 Die Bundesregierung hat es perfektioniert, eine sanfte, harmlose Sprache für ihre
2 Politik zu finden. Ob von einer “Modernisierung des Sozialstaats”, einer
3 “Flexibilisierung der Arbeitszeit” oder der “Entbürokratisierung der
4 Sicherungssysteme” gesprochen wird; am Ende dient die Sprache einem Ziel: Menschen
5 sollen im Glauben gelassen werden, hier werde „business as usual“ betrieben. Aber
6 das machen wir nicht mit! Kürzungen, die Millionen von Menschen in ihrer
7 Lebensgrundlage direkt treffen, sind nicht hinnehmbar! : Ob beim Bürgergeld, beim
8 Wohngeld oder Unterhaltsvorschuss, mit Angriffen auf die gesetzliche Rente, durch
9 fehlende Investitionen in die Pflege oder eine ausbleibende BAföG-Reform – Diese
10 Bundesregierung macht Politik gegen die Mehrheit der Gesellschaft und dagegen müssen
11 wir uns organisieren!

12 Für die GRÜNE JUGEND steht fest: Der Abbau des Sozialstaats ist kein “neutraler”
13 Verwaltungsakt! Die Politik der Bundesregierung bedeutet Gewalt! Wenn Menschen
14 weniger Geld für Miete, Lebensmittel oder Medikamente haben, dann sind das keine
15 abstrakten Sparmaßnahmen, sondern Politik gegen uns alle!. Eine Kürzungspolitik, die
16 Krankheit, gesellschaftliche Ausgrenzung und ein höheres Risiko, früher zu sterben,
17 mindestens in Kauf nimmt, nehmen wir nicht hin! Wer Leistungen kürzt, entscheidet
18 nicht einfach über Zahlen im Bundeshaushalt, sondern darüber, ob wir alle die Chance
19 auf ein gutes Leben haben.

20 Raus aus der Defensive – unsere Träume erkämpfen!

21 Doch als GRÜNE JUGEND stehen wir nicht nur gegen diese Kürzungen. Wir kämpfen nicht
22 dafür, die Risse im System zu reparieren. Wir wollen für eine Zukunft kämpfen, in der
23 alle Menschen ein gutes Leben haben können!

24 Als GRÜNE JUGEND organisieren wir uns für eine Gesellschaft, in der niemand Angst
25 haben muss, weil das Geld nicht bis zum Monatsende reicht. Wir organisieren uns in
26 unseren Nachbarschaften, damit bezahlbarer Wohnraum ein Grundrecht und kein Luxus
27 ist. Wir kämpfen Seite an Seite mit den Krankenhausbewegungen, damit Pflege keine
28 Frage des Geldbeutels ist und Beschäftigte in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen
29 nicht vorm Burnout stehen.

30 Wir wollen schon im hier und jetzt an einer Gesellschaft arbeiten, in der Bildung von
31 der Kita bis zur Ausbildung und Universität kostenlos ist und man sich nicht schon
32 als Jugendliche*r Sorge um seine Rente machen muss. Diese Gesellschaft ist keine
33 Utopie, aber um diese Gesellschaft zu bauen, müssen wir Verteilungskämpfe aktiv in
34 den Vordergrund stellen, die politische Agenda verschieben und uns organisieren.

35 Die Bundesregierung zeigt mit ihren Reformen, wie weit sie von der Lebensrealität

36 junger Menschen entfernt ist. Während sie die telefonische Krankschreibung abschafft,
37 verschärft sie die Sanktionen in der Grundsicherung noch weiter.
38 Lösungen für bezahlbaren Wohnraum und eine bessere Bildung bleiben aus. Stattdessen
39 sollen Vergesellschaftungen von Wohnraum sogar verboten werden.

40

41 Als gesamtgesellschaftliche Linke müssen wir wieder in die Offensive kommen. Wir
42 müssen Vergesellschaftung und Gemeinwirtschaft stärker nutzen, um durch Reformen
43 Bereiche wie Wohnen oder Gesundheit demokratisch neu zu organisieren und wieder eine
44 offensive politische Vision zu entwickeln.

45

46 Statt wie die Bundesregierung bei Renter*innen, Erwerbslosen, Familien, Studierenden
47 und Pflegebedürftigen zu sparen, müssen wir endlich die wachsenden Vermögen,
48 Erbschaften und Unternehmensgewinne der Überreichen in den Blick nehmen und sie
49 stärker zur Finanzierung des Gemeinwesens heranziehen!

50 Gegen die Macht des Kapitals haben wir nur die Macht der Masse! Daher wollen wir in
51 der GRÜNEN JUGEND ein Raum für junge Menschen sein, in dem sie sich ihrer Position in
52 der Gesellschaft bewusst werden können. Denn nur wenn wir uns organisieren und
53 gemeinsam und massenhaft für die geteilten Interessen der Mehrheit dieser
54 Gesellschaft kämpfen, können wir den Reichen etwas entgegensetzen.

55 **Die Rechte profitiert von Wut und Enttäuschung. Wir müssen ihr** 56 **eine soziale Antwort entgegensetzen!**

57 Angesichts der Kürzungspolitik und einem Staat, der Menschen schon lange nicht mehr
58 das Gefühl gibt, dass er sie unterstützt; Politiker*innen, die den Menschen schon
59 lange nicht mehr das Gefühl geben, dass ihre Sorgen gesehen werden, ist es mehr als
60 verständlich, dass Menschen Wut und Frust empfinden. Rechtsextreme haben verstanden,
61 dass Wut politisch ist und instrumentalisieren die berechnete Enttäuschung der
62 Menschen für ihre menschenfeindlichen Interessen. Sie schieben die Schuld an den
63 Problemen immer nur auf Geflüchtete und Bürgergeldempfänger*innen und verbreiten
64 nichts außer Hass und Hetze. Sie versuchen, uns gegeneinander auszuspielen. Doch wir
65 haben eigentlich gemeinsame Interessen. Gleichzeitig verharren zu viele Teile der
66 politischen Linken immer noch in dem Glauben, sie müssten Politik und Emotionen
67 losgelöst voneinander betrachten.

68 Als GRÜNE JUGEND ist uns klar, dass Menschen wütend über steigende Mieten,
69 schlechte Löhne, kaputte Schulen und überlastete Krankenhäuser sind. Eine Politik,
70 die die Lebensrealitäten der Mehrheit ignoriert und Politik für die Reichen der
71 Gesellschaft macht, hat auch Wut verdient! Das Problem ist deshalb nicht, die Wut der
72 Menschen. Das Problem ist ihre falsche politische Instrumentalisierung.

73 Als GRÜNE JUGEND müssen wir dort ansetzen, wo die tatsächlichen Ursachen liegen.
74 Nicht Geflüchtete sorgen dafür, dass die Sozialleistungen gekürzt werden. Nicht
75 Erwerbslose zerstören den Sozialstaat. Nicht arme Menschen sorgen für überlastete
76 Krankenhäuser oder unbezahlbare Mieten.

77 Verantwortlich sind diejenigen, die von einer ungerechten Verteilung des
78 gesellschaftlichen Reichtums profitieren: Konzerne, Überreiche und eine
79 Bundesregierung, die die Interessen der Reichsten über die Bedürfnisse von uns allen
80 stellt.

81 Unsere Aufgabe besteht deshalb darin, soziale Konflikte sichtbar zu machen und die
82 eigentlichen Verantwortlichen zu benennen. Solidarität zu schaffen, in dem wir nach
83 oben treten und an der gemeinsamen Organisierung all derer arbeiten, die tagtäglich
84 unter den bestehenden Verhältnissen leiden. Denn wenn wir uns zusammenschließen
85 statt uns gegeneinander ausspielen zu lassen, können wir gewinnen!

86 **Unser Weg hier raus!**

87 Auch nach Monaten, in denen immer und immer wieder neue Kürzungsvorhaben öffentlich
88 werden, sind die politischen Antworten von links nicht ausreichend. Während die
89 Bundesregierung den Sozialstaat angreift, bleiben breite gesellschaftliche Proteste
90 aus und wir schaffen es nicht, die notwendige Gegenmacht aufzubauen.

91 Zu oft bleibt es bei vereinzelt Gegenaktionen, bei Kommentierungen oder
92 Kampagnenversuchen, die nur von kleinen Bündnissen getragen werden und keine breite
93 gesellschaftliche Verankerung haben. Deshalb müssen wir als GRÜNE JUGEND in den
94 nächsten Monaten daran arbeiten, vor Ort die verschiedenen Akteur*innen an einen
95 Tisch zu holen – egal ob Gewerkschaften, linke Jugendorganisationen,
96 Schüler*innenvertretungen, Jugendauszubildendenvertretungen, Mieter*innen-
97 Initiativen, Klimabewegung, Sozialverbände, feministische oder antirassistische
98 Bündnisse. Nur gemeinsam können wir den notwendigen Druck organisieren und eine
99 echte gesellschaftliche Gegenmacht aufbauen, die der Macht des Kapitals durch ihre
100 Masse und ihre Organisation echte Gegenmacht entgegensetzen kann.

101 Dabei leitet uns das Ziel, dass die Kosten gesellschaftlicher Krisen auch von denen
102 getragen werden, die mehr als genug haben und ihre Profite auf unserem Rücken
103 machen.

Antrag O-01: Unsere Zukunft - Unsere Hoffnung für MV und LSA

Antragsteller*in:	Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND Sachsen-Anhalt, Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND Mecklenburg- Vorpommern, Bundesvorstand
Status:	angenommen
Tagesordnungspunkt:	O- - TOP 3 – Zukunft statt Rechtsruck: Für einen solidarischen Osten

1 Die politische Lage in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt ist Ausdruck einer
2 gesamtgesellschaftlichen Krise. Steigende Lebenshaltungskosten, schlechte öffentliche
3 Infrastruktur, fehlende Zukunftsperspektiven für junge Menschen und ein
4 jahrzehntelanger Rückzug des Staates aus ländlichen Regionen. Das Vertrauen in die
5 Demokratie schwindet und die Hoffnung auf eine bessere Zukunft gleich mit.

6 Diese Krisen finden im Osten jedoch unter anderen Voraussetzungen statt. Die Menschen
7 haben über drei Generationen mehrere große Veränderungswellen erlebt, die nichts
8 weniger als Massenarbeitslosigkeit, Deindustrialisierung und flächendeckende Armut
9 bedeutet haben. Folgen, die junge Menschen noch heute in materieller Ungleichheit
10 spüren. Geringe Jobperspektiven, gerade für FLINTA*s, geringerer Lohn bei gleicher
11 Qualifikation oder Abwanderung aufgrund fehlender Perspektiven. Eine Generation
12 junger Menschen wächst in Ostdeutschland auf, deren Zukunftsperspektive schlechter
13 ist als die ihrer Eltern.

14 Unsere Vision gegen den Faschismus

15 Während die aktuelle Politik und die Landesregierungen keine Antworten auf die
16 gesellschaftlichen Herausforderungen und Probleme junger Menschen haben, nutzen die
17 Rechtsextremen diese Unsicherheit gezielt aus. Die Konkurrenzen um knapper werdende
18 Ressourcen oder steigende Kosten für den wirtschaftlichen Umbau werden von der AfD
19 genutzt, um gegen geflüchtete und migrantisierte Menschen, queere Menschen oder
20 Sozialhilfeempfänger*innen zu hetzen. Doch wer von Rechtsruck spricht, verharmlost
21 die Dramatik der Lage. Die AfD liegt in beiden Bundesländern in Umfragen auf
22 historischen Höchstständen und hat offen den Anspruch formuliert,
23 Regierungsverantwortung zu übernehmen. Die Faschist*innen haben eine Vision und sie
24 arbeiten gerade daran, sie umzusetzen.

25 Und das mit Erfolg. Schon jetzt nimmt rechte Gewalt und Antisemitismus massiv zu.
26 Hass und Hetze wird immer mehr zu brutaler Gewalt, die von immer jüngerem Täter*innen
27 verübt wird.

28 Unsere Antwort als linke Jugendorganisation muss daher sein, wieder eine Vision zu
29 entwickeln, die bei den Menschen ankommt und Hoffnung weckt. Wir müssen als GRÜNE
30 JUGEND zeigen: Es gibt sie noch, die schöne und gerechte Zukunft. Anstatt uns an den
31 Problemen abzuarbeiten und immer nur auf das Negative zu schauen, wollen wir einen
32 positiven Blick auf die Zukunft werfen. Junge Menschen können eine gute Zukunft in MV
33 und LSA haben, die zum Bleiben einlädt und allen die gleichen Chancen bietet. Wir
34 müssen zeigen, warum es sich lohnt hier zu bleiben.

35 **Unser Widerstand ist laut und solidarisch**

36 Wir sind nicht wütend genug! Für uns als GRÜNE JUGEND ist klar: Wir werden nicht
37 tatenlos zusehen, wie Rechtsextreme ihre Macht ausbauen. Unser Widerstand wird laut,
38 solidarisch und organisiert sein. Doch wir müssen uns die Frage stellen, wie bereit
39 wir für den Widerstand sind, welche Formate es braucht und was vor allem die Menschen
40 vor Ort brauchen, um Widerstand zu leisten.

41 Das bedeutet aber auch, dass wir uns mit einer Regierungsübernahme der AfD
42 auseinandersetzen müssen. Wir müssen uns in den nächsten Wochen bis zu den
43 Landtagswahlen auch die Frage stellen, wie wir marginalisierte Gruppen und linke
44 Strukturen schützen können. Denn die Erfahrungen aus anderen Ländern mit
45 faschistischen Regierungen haben gezeigt: Zivilgesellschaftliche Akteure, die auf
46 staatliche Fördermittel angewiesen sind, werden schnell zu Angriffszielen autoritärer
47 Regime, die ihre Finanzierung erschweren oder blockieren. Wenn es zu autoritären
48 Machtübernahmen kommt, sind unabhängige Medien, eine kritische Öffentlichkeit und
49 robuste juristische Institutionen unverzichtbar.

50 **Unsere Inhalte für mehr Gerechtigkeit**

51 Erfolgreicher Widerstand entsteht nicht allein durch Abgrenzung zur AfD. Er entsteht
52 dort, wo wir konkrete Antworten auf die Probleme der Menschen geben. Wir brauchen
53 eine Politik, die an der Realität und im Alltag der Menschen ansetzt. Denn nur wenn
54 unsere Antworten an den Erfahrungen junger Menschen im Alltag anknüpfen, können sie
55 gesellschaftlich mehrheitsfähig sein.

56 Für die Landtagswahlen setzen wir deshalb folgende Schwerpunkte:

57 **1. Gute Perspektiven für junge Menschen**

58 Junge Menschen verlassen viele Regionen nicht freiwillig, sondern weil
59 Ausbildungsplätze, Kulturangebote, Mobilität und soziale Infrastruktur fehlen und
60 weil ihre Perspektiven in einer überalterten Gesellschaft kein Gehör finden.

61 Wir kämpfen für:

- 62 • eine Ausbildungsgarantie,
- 63 • Jugendparlamente mit echten Beteiligungsstrukturen,
- 64 • die Absenkung des aktiven Wahlalters auf 14
- 65 • langfristige Finanzierung dritter Orte,
- 66 • bezahlbares Wohnen,
- 67 • den Um- und Ausbau gemeinsamer Wohnheime für Auszubildende und Studierende,
- 68 • ein landesweiter Kulturpass in LSA,
- 69 • Safer Spaces für FLINTA*-Personen, insbesondere im ländlichen Raum

70 **2. Unsere Zukunft nicht verbrennen**

71 Die Folgen der Klimakrise treffen auch Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt
72 spürbar. Die Auswirkungen sehen wir ganz konkret an unseren Küsten und auf unseren
73 Äckern: Die Ostsee erwärmt sich immer weiter, Fische sterben, der Meeresspiegel
74 steigt. Die Landwirt*innen warten im Frühjahr auf Regen, in den Städten wird auf

75 versiegelten Plätzen unter der Hitze gelitten und unsere Wälder trocknen aus. Was wir
76 brauchen, ist eine Politik und Landesregierungen, die die Klimakrise endlich ernst
77 nehmen, statt nötige Maßnahmen immer weiter nach hinten zu verschieben.

78 Wir kämpfen für:

- 79 • Guten und kostenlosen ÖPNV für alle, mit einen 10/20/60-Takt: innerörtlicher
80 ÖPNV in Kreisfreien Städten alle 10 Minuten, S-Bahnen alle 20 Minuten und jeder
81 Ort muss mindestens einmal pro Stunde angebunden sein
- 82 • Klimaneutralität bis 2035,
- 83 • keine Gas- und Ölbohrungen in der Ostsee

84

85 3. Keine Frage des Geldbeutels: Gerechte Bildung für alle

86 Der Erfolg in unserem Bildungssystem hängt maßgeblich von der sozialen Herkunft ab,
87 also vom Einkommen, der Herkunft und dem Bildungsstand der Eltern. Besonders
88 benachteiligt werden Kinder aus einkommensschwachen Familien sowie Schüler*innen mit
89 Migrationsgeschichte. Seit Jahren steigt die psychische Belastung von Kindern und
90 Jugendlichen. Lehrkräfte und Schüler*innen berichten gleichermaßen von Depressionen,
91 Leistungsdruck und sozialen Problemen.

92 Wir kämpfen für:

- 93 • Bleibebonus für Azubis,
- 94 • Kein Zwang zur Mathe-Prüfung: Dein Abi, deine Stärken in MV
- 95 • mehr demokratische Mitbestimmung für Schüler*innen,
- 96 • Abschaffung von Noten zugunsten dialogorientierter Rückmeldungsformate,
- 97 • Ausbau und Verbesserung der psychischen Versorgung junger Menschen
- 98 • kostenfreies Schulessen, Lernmaterialien und Hygieneprodukte an allen Schulen

99

100 **Unsere Verantwortung - egal ob Ost oder West**

101 Die Lage ist angespannt. Das Scheitern eines Wiedereinzugs von Bündnis 90/Die Grünen
102 in den Landtag von MV und Sachsen-Anhalt hat unmittelbare Auswirkungen auf die
103 GRÜNEJUGEND vor Ort. Als linke Jugendorganisation, deren Wirkungsraum und Strukturen
104 sich über das ganze Bundesgebiet zieht, müssen wir die sich zuspitzende politische
105 Lage in Ostdeutschland ernst nehmen.

106 Ostdeutschland ist kein rechtsextremer Sonderfall. Was im Osten funktioniert, wird
107 mittelfristig auch im Westen Erfolg haben. Das konnten wir unter anderem schon bei
108 den Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, aber auch in den
109 Kommunalwahlen in Bayern, NRW und Hessen sehen. Die Auswirkungen der Landtagswahlen
110 gehen weit über MV und LSA hinaus.

111 Der Länderrat ruft deshalb alle Landesverbände und Kreisverbände auf:

- 112 • gemeinsame Aktionswochenenden und die Highlightaktionen in Mecklenburg-
113 Vorpommern und Sachsen-Anhalt personell und finanziell zu unterstützen,
- 114 • lokale Bündnisse mit Jugendverbänden, Gewerkschaften, migrantischen

- 115 Selbstorganisationen und antifaschistischen Initiativen zu stärken,
- 116 • strukturschwache Regionen nicht allein zu lassen. Denn Solidarität bedeutet,
- 117 Ressourcen zu teilen und Verantwortung gemeinsam zu tragen,
- 118 • Sich für die Umsetzung der Oststrategie ab Herbst 2026 einzusetzen
- 119 **Unsere Hoffnung - Grenzenlos und organisierbar**
- 120 Unabhängig vom Wahlausgang enden unsere Aufgaben nicht am Wahlabend.
- 121 Der Kampf gegen den Faschismus wird nicht durch einzelne Kampagnen gewonnen, sondern
- 122 durch langfristige Organisation, Bildungsarbeit und solidarische Praxis.
- 123 Wir werden weiter an der Seite aller stehen, die von rechter Hetze und Gewalt
- 124 betroffen sind. Wir werden demokratische Räume verteidigen und soziale Kämpfe mit
- 125 antifaschistischen Kämpfen verbinden.
- 126 Die GRÜNE JUGEND stellt sich dieser Verantwortung.
- 127 Für eine solidarische, klimagerechte und antifaschistische Zukunft in Mecklenburg-
- 128 Vorpommern, Sachsen-Anhalt und überall.

Antrag T-1: TESTABSTIMMUNG

Antragsteller*in:			
Status:	administrativ		
Trinkst du Kaffee?	Ja:	(62,5 %)	35
	Nein:	(30,357 %)	17
	Enthaltung:	(7,143 %)	4
	Gültige Stimmen:		56
Testabstimmung 2.0	Ja:	(67,391 %)	31
	Nein:	(8,696 %)	4
	Enthaltung:	(23,913 %)	11
	Gültige Stimmen:		46

1 Trinkst du Kaffee?

Antrag V-01: Prompten bis der Faschismus kommt - Ethische KI-Nutzung im Verband und außerhalb

Antragsteller*in:	Fachforum für Digitales, Medien und Kultur	
Status:	angenommen	
Tagesordnungspunkt:	V- - TOP 5 – Verschiedene Anträge	
Antrag V-01 Abstimmung	Ja:	Mehrheit
	Nein:	0
	Enthaltung:	1

- 1 Wir verurteilen die Spenden von OpenAI an US-Präsident Donald Trump. Trump ist ein
- 2 verurteilter Sexualstraftäter und baut die USA gerade autoritär um. Unter anderem die
- 3 Gelder von OpenAI ermöglichen ihm das.
- 4 Weiterhin lehnen wir den KI-Chatbot Grok von Elon Musks SpaceXAI ab. Elon Musk
- 5 spielte selbst eine zentrale Rolle im autoritären Umbau der USA mit seiner Behörde
- 6 DOGE und hat häufiger transphobe und rassistische Äußerung getätigt. Grok ist zudem
- 7 dafür bekannt, pornografische Materialien von Frauen und Kindern ohne deren Konsens
- 8 zu erstellen.
- 9 In der Verbandsarbeit werden wir Grok und Produkte von OpenAI, wie z.B. ChatGPT nicht
- 10 nutzen, und treiben einen sensiblen Umgang mit KI in der Verbandsarbeit voran. Wir
- 11 lehnen jede Nutzung von Grok oder OpenAI-Produkten durch Behörden und staatliche
- 12 Institutionen ab.
- 13 Wir fordern die grüne Partei auf, sich auf allen Ebenen für eine stärkere Regulierung
- 14 von KI-Nutzung einzusetzen.

Begründung

OpenAI hat einmal als altruistisches Projekt angefangen [1]. Sein Gründer Sam Altman wollte den wachsenden KI-Markt nicht Google allein überlassen und gründete OpenAI als Gegenspieler. Er wollte das X-Risk, also die existenzielle Bedrohung von KI gegenüber der Menschheit, erforschen. Inzwischen ist das Unternehmen allerdings weit von seinen altruistischen Ansprüchen entfernt: Es agiert inzwischen profitorientiert und bietet sich der Trump-Administration an. Der CEO Sam Altman spendete zum Beispiel eine Millionen US-Dollar an Trump anlässlich seines zweiten Amtsantritts - Trumps bisher größte Spende [2]. OpenAI arbeitet auch mit dem US-Militär zusammen und verkauft Software für zweifelhafte Zwecke, wie Massenüberwachung [3].

Grok, der Chatbot von Elon Musks SpaceXAI, gehört nicht nur einem Faschisten, sondern macht es X-Usern auch unfassbar einfach, pornografische Inhalte zu produzieren und macht dabei auch nicht vor Kindern halt [4].

Sogar die EU weiß inzwischen: KI braucht mehr Regulation [5]. Lasst uns dafür eintreten!

[1] <https://www.deutschlandfunk.de/die-peter-thiel-story-100.html>

[2] <https://www.nytimes.com/2024/12/13/technology/openai-sam-altman-trump-inauguration.html>

[3] <https://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/openai-einigt-sich-mit-us->

verteidigungsministerium-ueber-ki-nutzung-a-561e3d0a-6554-4459-ae0-a1048264c779

[4] <https://www.spiegel.de/netzwelt/apps/ki-chatbot-grok-zieht-frauen-und-kinder-digital-aus-gegen-ihren-willen-a-09d8ff07-d940-46e6-9a0a-792e7ae430fa>

[5] <https://www.heise.de/news/EU-Parlament-stimmt-zu-Verbot-fuer-sexualisierte-Deepfake-KI-11334309.html>

Antrag V-02: Für eine kritische Neubewertung der transatlantischen Beziehungen

Antragsteller*in:	Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND Hamburg
Status:	zurückgezogen
Tagesordnungspunkt:	V - TOP 5 – Verschiedene Anträge

1 Die GRÜNE JUGEND steht für eine konsequent wertebasierte Außenpolitik, die sich am
2 Völkerrecht und an universellen Menschenrechten orientiert. Das Gewaltverbot der
3 UN-Charta und das Selbstbestimmungsrecht der Völker sind für uns keine verhandelbaren
4 Instrumente, sondern die zentrale Grundlage einer internationalen Ordnung. Sie gelten
5 gegenüber allen Staaten, unabhängig von Größe, Ideologie, Bündniszugehörigkeit oder
6 Nähe zu uns. Wer diese Normen bricht, muss benannt und politisch zur Verantwortung
7 gezogen werden. Weder Ressourceninteressen noch geopolitische Machtansprüche
8 rechtfertigen Krieg, Annexion oder den gewaltsamen Sturz fremder Regierungen.

9 Die Trump-Administration hat seit Beginn ihrer zweiten Amtszeit in rascher Folge
10 Entscheidungen getroffen, die diese Ordnung massiv unter Druck setzen: den von
11 Expert*innen überwiegend als völkerrechtswidrig eingestuften Krieg gegen den Iran,
12 den völkerrechtswidrigen Angriff Venezuelas mit der Verschleppung des amtierenden
13 Präsidenten, offen vorgetragene Annexionsphantasien gegenüber Grönland sowie Kanada
14 und zugleich einen systematischen Abbau demokratischer und rechtsstaatlicher
15 Standards im Inneren. Diese Politik steht exemplarisch für eine Großmachtlogik, die
16 militärische Überlegenheit über Recht stellt.

17 Wir distanzieren uns dabei ausdrücklich von autoritären Regimen. Weder die Mullahs,
18 noch Maduro oder die Trump-Administration sind für uns politische Partner oder
19 Vorbilder. Aber diese klare Ablehnung kann und darf niemals als Rechtfertigung für
20 militärische Gewalt und unilaterale Machtprojektion dienen. Wer Völkerrecht selektiv
21 anwendet, untergräbt genau die Schutzmechanismen, auf die Staaten und Gesellschaften
22 angewiesen sind.

23 Vor diesem Hintergrund bekennt sich die GRÜNE JUGEND zu folgenden Leitlinien:

24 • **Universelle Geltung von Völkerrecht und Menschenrechten:**

25 Wir legen dieselben Maßstäbe an alle Staaten an. Unabhängig davon, ob wir ihre
26 Regierungen politisch unterstützen oder ablehnen.

27 • **Ablehnung von Krieg und Regime-Change-Politik:**

28 Angriffskriege, erzwungene Regimewechsel, Annexionen und militärische Drohungen
29 zur Durchsetzung wirtschaftlicher oder machtpolitischer Interessen, gleich von
30 welcher Großmacht, sind mit unseren Grundsätzen unvereinbar. Wir wenden uns
31 gegen militärische Interventionen, die hinter Narrativen wie „Demokratisierung“
32 oder „Selbstverteidigung“ kaschiert werden. Wir erkennen an, dass solche
33 Politiken nicht zu langfristigem Frieden führen.

34 • **Neubewertung der transatlantischen Beziehungen und europäische Eigenständigkeit:**

Wir treten für eine autonome europäische Außen- und Sicherheitspolitik ein, die
nicht länger im Schatten US-amerikanischer Interessen steht, sondern eigene, an

Recht, Gerechtigkeit und globaler Solidarität orientierte Leitlinien verfolgt und die transatlantischen Beziehungen vor diesem Hintergrund kritisch neu bewertet. Dazu müssen wir Vulnerabilitäten durch Abhängigkeiten von kritischen Gütern und Dienstleistungen reduzieren, indem Europa eine unabhängige Digital-Strategie- und -Infrastruktur entwickelt, sowie mit einem beschleunigtem Ausbau der Energie- und Wärmewende die Importe vom dreckigen Frackinggas und co. schnellstmöglichst stoppt.

• **Diplomatie, Rüstungskontrolle und Abrüstung:**

Konflikte müssen vorrangig diplomatisch bearbeitet werden. Rüstungskontrolle und Abrüstung bleiben zentrale Instrumente zur Vermeidung von Kriegen. Wir lehnen die aktuelle blinde Aufrüstungsspirale entschieden ab.

• **Stärkung und Demokratisierung der Vereinten Nationen:**

Wir setzen uns für eine Reform der Vereinten Nationen ein, die das Vetorecht im Sicherheitsrat begrenzt, die Repräsentativität erhöht und kollektives Handeln gegen schwere Menschenrechtsverletzungen erleichtert. Parallel aufgebaute, intransparente Machtgremien wie Trumps „Friedensrat“, die sich demokratischer Kontrolle entziehen und das UN-System unterlaufen, lehnen wir ab.

• **Solidarität mit Zivilgesellschaft und Betroffenen von Repression:**

Systematische Menschenrechtsverletzungen und autoritäre Entwicklungen müssen in allen Staaten klar benannt werden. Auch in den USA. Unsere Solidarität gilt allen Betroffenen von autoritärer Gewalt sowie den Bewegungen, die für Demokratie, soziale Gerechtigkeit und Menschenrechte kämpfen – nicht den Regierungen.

Begründung

Prinzipiengeleitete Außenpolitik

Die GRÜNE JUGEND versteht die Kritik an Großmachtpolitik nicht als Parteinahme für autokratische Gegenmächte. Wir sind nicht „pro-Iran“, weil wir US-Politik kritisieren, und nicht „pro-Maduro“, weil wir Regime-Change-Politik ablehnen. Unser Kompass ist das Völkerrecht: Es verbietet Angriffskriege, Annexionen und erzwungene Regimewechsel. Diese Klarstellung ist notwendig, weil militärische Interventionen fast immer mit moralischen Narrativen begründet werden (bspw. „Demokratisierung“, „Selbstverteidigung“). Die Regime, gegen die sich solche Einsätze richten, sind häufig tatsächlich brutal. Aber die Brutalität eines Regimes begründet noch kein Recht anderer Staaten auf Krieg. Wer dieses Prinzip aufgibt, überlässt die Definition von Legitimität den jeweils Stärksten. Und das sind in der aktuellen Weltordnung häufig die USA, ohne dass Verletzungen durch Russland, China oder andere

Staaten dadurch relativiert würden.

Der Irankrieg: Völkerrechtsbruch mit globalen Folgen

Am 28. Februar 2026 begannen die USA und Israel eine großangelegte Luftoffensive gegen den Iran. Die Operation richtete sich nicht nur gegen Atomanlagen und Raketeninfrastruktur, sondern auch gegen Einrichtungen der politischen und militärischen Führung des Landes.

Die Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages kamen in einem Gutachten im März 2026 zu dem Ergebnis, dass diese Angriffe ohne UN-Mandat und ohne tragfähige Selbstverteidigungsgrundlage nach herrschender völkerrechtlicher Auffassung als Verstoß gegen das Gewaltverbot der UN-Charta zu bewerten sind. Auch Medienberichte und völkerrechtliche Analysen sprechen von einem völkerrechtswidrigen Krieg.

Der Krieg entwickelte sich rasch zur globalen Krise. Der Iran schränkte als Reaktion die Passage durch die Straße von Hormus massiv ein. Eine Meerenge, durch die rund ein Fünftel des weltweiten Rohölexports läuft. In der Folge stiegen die Ölpreise zeitweise deutlich über 100 US-Dollar pro Barrel. Ökonom*innen warnten vor einer Kombination aus Energiekrise und Inflation. Besonders betroffen sind Staaten mit hoher Importabhängigkeit, etwa in Südasien.

Unter pakistanischer Vermittlung wurde am 8. April 2026 eine erste Waffenruhe erreicht. Dennoch blieb die Straße von Hormus ein Hebel in der Auseinandersetzung. Öffnungen und Blockaden des Seewegs wurden immer wieder als Reaktion auf militärische Schritte genutzt. Nach erneuten Angriffen Israels und iranischen Raketenangriffen auf Israel und US-Stützpunkte kam es Anfang Juni zum Wiederaufflammen der Kampfhandlungen, bevor Mitte Juni eine weitere, bis zum Zeitpunkt der Antragstellung noch nicht näher erläuterte Einigung verkündet wurde.

Internationale Analysen betonen, dass die USA trotz militärischer Überlegenheit politisch geschwächt aus dieser Eskalation hervorgehen: Die Glaubwürdigkeit ihres Anspruchs, eine regelbasierte Ordnung zu verteidigen, ist weiter beschädigt, während Russland und China die offensichtlichen Doppelstandards offen instrumentalisieren. Wir verurteilen das iranische Atomprogramm und die brutale Repression des Regimes gegenüber der eigenen Bevölkerung. Aber ein Angriffskrieg, der Zivilist*innen trifft, eine humanitäre Krise verschärft und die internationale Rechtsordnung weiter aushöhlt, ist keine Lösung. Die Menschen im Iran, die für ihre Freiheit kämpfen, brauchen Schutz, Unterstützung ihrer Zivilgesellschaft und internationale Auffangräume.

Venezuela: „Demokratisierung“ als Vorwand für Ressourcenzugriff

Am 3. Januar 2026 starteten die USA eine Militäroperation in Venezuela und nahmen Präsident Nicolás Maduro und seine Ehefrau fest, die anschließend außer Landes gebracht wurden – ohne UN-Mandat, ohne Beschluss des Sicherheitsrats und ohne tragfähige völkerrechtliche Rechtfertigung. Die Operation umfasste Luftschläge auf militärische Infrastruktur sowie den Einsatz von Spezialkräften. In der Folge gewannen die USA einen erheblichen Einfluss auf den venezolanischen Ölsektor. Offiziell begründet wurde der Einsatz mit „Demokratisierung“ und „Drogenbekämpfung“. Dass im Anschluss US-Behörden maßgeblich darüber entscheiden, welche Öl-Exporte zugelassen werden und wohin sie gehen, lässt jedoch klar macht- und ressourcenpolitische Motive erkennen.

Maduro ist ein Autokrat, der demokratische Strukturen zerstört, die Opposition verfolgt und Menschenrechte schwer verletzt. Diese Bilanz bleibt unbestritten. Aber sie macht die Intervention nicht

rechtmäßig, sondern rhetorisch besser verkäuflich. Die humanitären Konsequenzen treffen vor allem die Bevölkerung in der Region: Lieferungen venezolanischen Öls nach Kuba sind de facto weitgehend zum Erliegen gekommen. Kuba erlebt eine massive Energieknappheit, häufige Stromausfälle, Treibstoffmangel und wachsende Probleme im Gesundheitssektor. Es sind nicht die Entscheidungsträger*innen in Washington, Caracas oder Havanna, die den Preis zahlen, sondern die Zivilbevölkerung.

Die Erfahrung zahlreicher erzwungener Regimewechsel zeigt: Externe Sturzversuche sind fast immer mit Destabilisierung, Gewalt und langfristiger Erosion innerer Selbstbestimmung verbunden und dienen primär den Interessen des intervenierenden Staates.

Grönland: Selbstbestimmung statt Annexionsdrohungen

Die erneuten Forderungen der Trump-Administration nach einer Übernahme Grönlands, einschließlich der Diskussion militärischer Optionen und der Androhung von Strafzöllen, sind ein weiterer Testfall für die Geltung des Annexionsverbots. Hintergrund sind geostrategische und ressourcenpolitische Interessen in der Arktis: Schmelzendes Eis eröffnet neue Schifffahrtswege und macht bislang unzugängliche Rohstoffvorkommen zugänglich. Auch Russland und China verfolgen dort expansive Strategien; Trump setzt jedoch explizit auf Drohungen und eine mögliche faktische Aneignung.

Dänemark, die grönländische Regierung und andere nordeuropäische Staaten haben diese Bestrebungen klar zurückgewiesen. Für uns ist eindeutig: Das Selbstbestimmungsrecht der grönländischen Bevölkerung ist nicht verhandelbar. Weder gegen militärischen Druck noch gegen wirtschaftliche Erpressung. Grönland ist damit ein weiterer Test, ob die internationale Gemeinschaft bereit ist, das Annexionsverbot auch gegenüber der stärksten Militärmacht der Welt zu verteidigen.

Autoritäre Entwicklung und Menschenrechtsverletzungen in den USA

Die außenpolitischen Schritte der US-Regierung sind nicht losgelöst von der innenpolitischen Entwicklung zu betrachten. Demokratieforscher*innen sprechen seit Beginn der zweiten Trump-Amtszeit von einer beschleunigten Autokratisierung der USA und warnen vor einem möglichen Übergang in ein autoritäres System, in dem Wahlen zwar stattfinden, aber systematisch zugunsten der Regierung verzerrt werden. Berichte internationaler Menschenrechtsorganisationen dokumentieren eine deutliche Zunahme autoritärer Praktiken: die Aushöhlung von Gewaltenteilung und Rechtsstaat, Angriffe auf freie Medien, der Einsatz staatlicher Institutionen gegen politische Gegner*innen und die Einschränkung von Demonstrations- und Organisationsfreiheit.

Amnesty International und andere Organisationen berichten von militarisierten Einsätzen gegen Demonstrationen, einer Ausweitung von Überwachung und willkürlichen Festnahmen, gezielten Einschüchterungen gegenüber zivilgesellschaftlichen Organisationen sowie von systematischen Angriffen auf die Rechte von Migrant*innen, Geflüchteten und marginalisierten Communities. Besonders drastisch sind Berichte über Abschiebungen und Überstellungen ohne hinreichendes Verfahren – unter anderem die Verschleppung von Migrant*innen und Asylsuchenden in eine Mega-Gefängniseinrichtung.

Hinzu kommen tiefgreifende Eingriffe in bürgerliche und soziale Rechte: die Einschränkung reproduktiver Rechte und des Zugangs zu Gesundheitsversorgung, der Rückbau von

Antidiskriminierungs- und Gleichstellungsprogrammen sowie rassistisch geprägte migrations- und strafrechtliche Maßnahmen, die insbesondere Schwarze Menschen, People of Color, queere Personen, Migrant*innen und arme Menschen treffen. Fachleute sprechen in diesem Zusammenhang von einer „Menschenrechtsnotlage“ in den USA und warnen, dass der rapide Abbau demokratischer Garantien und rechtsstaatlicher Sicherungen weltweit autoritäre Tendenzen legitimiert und der Glaubwürdigkeit menschenrechtlicher Normen schweren Schaden zufügt.

Wer glaubwürdig eine internationale, regelbasierte Ordnung einfordert, muss auch die innerstaatliche Erosion von Demokratie und Menschenrechten benennen. Unabhängig davon, ob es sich um Verbündete oder Gegner handelt. Unsere Solidarität gilt den Menschen in den USA, die sich dieser Entwicklung widersetzen.

Europas Rolle

Die Reaktionen Europas auf den Irankrieg 2026 verdeutlichen, wie schwer es der EU fällt, eine wirklich eigenständige, wertebasierte Position einzunehmen. Die Bundesregierung wurde nach eigenen Angaben kurz vor Beginn der Angriffe über den bevorstehenden Schlag gegen den Iran informiert, ohne in eine echte Entscheidungsfindung einbezogen worden zu sein. Bundeskanzler Merz verurteilte zunächst vor allem das iranische Regime und dessen Reaktionen, vermied jedoch eine klare völkerrechtliche Einordnung der Angriffe durch die USA und Israel. Verteidigungsminister Pistorius stellte im Bundestag klar, dass Deutschland nicht Kriegspartei sei, während Gutachten der Wissenschaftlichen Dienste darauf hinweisen, dass die Nutzung von US-Basen wie Ramstein für völkerrechtswidrige Angriffe völkerrechtlich relevante Beihilfe darstellen kann.

Die Zögerlichkeit Europas ist strukturell: Die globale Abhängigkeit von Öl- und Gaslieferungen aus der Golfregion macht Preis- und Versorgungsschocks zu einer realen Gefahr. Gleichzeitig ist die EU wirtschaftlich eng mit den USA verflochten.

Diese Verflechtungen machen eine eigenständige, wertebasierte Positionierung schwieriger. Aber genau hier entscheidet sich, ob Europa ein eigenständiger Akteur ist oder nur reagiert. Eine Außenpolitik, die Völkerrechtsbrüche nicht klar benennt, weil wirtschaftliche oder sicherheitspolitische Nachteile befürchtet werden, wird den eigenen Ansprüchen nicht gerecht. Deshalb braucht es eine ehrliche Neubewertung der transatlantischen Beziehungen, die die Abhängigkeiten reduziert und eine Außen- und Sicherheitspolitik ermöglicht, die sich an klaren rechtsstaatlichen und menschenrechtlichen Leitlinien orientiert.

Für eine starke, gerechte internationale Rechtsordnung

Die geschilderten Fälle haben eine gemeinsame strukturelle Ursache: ein internationales System, in dem Großmächte Völkerrecht brechen, ohne wirksame Konsequenzen fürchten zu müssen. Daher sind tiefgreifende Reformen der Vereinten Nationen, die beispielsweise das Vetorecht einschränken, den Sicherheitsrat repräsentativer machen und seine Handlungsfähigkeit stärken, notwendig.

Trumps sogenannter „Friedensrat“ und ähnliche, außerhalb der UN-Charta angesiedelte Gremien, welche finanziell von einzelnen Staaten abhängig, vom US-Präsidenten dominiert und weitgehend intransparent sind, sind kein Beitrag zu einer gerechteren Weltordnung. Sie schwächen die legitime, multilaterale Konfliktbearbeitung und unterlaufen demokratische und parlamentarische Kontrolle.

Europa muss sich innerhalb der UN und in anderen Foren für eine egalitäre, regelbasierte internationale

Ordnung einsetzen. Nicht als Anhängsel der Außenpolitik anderer, sondern als eigenständiger Akteur mit klaren Leitlinien. Diese Leitlinien sind unteilbar: Das Völkerrecht gilt für die USA genauso wie für Russland, für Israel genauso wie für den Iran und für jeden Staat gleichermaßen. Wer es selektiv anwendet, hat es politisch bereits aufgegeben.

Quellen zur Einordnung

Irakrieg

<https://www.tagesschau.de/eilmeldung/israel-angriffe-iran-100.html>

<https://www.hrw.org/de/news/2026/02/28/usa/israel/iran-alle-konfliktparteien-stehen-in-der-pflicht-das-voelkerrecht-zu>

<https://www.tagesschau.de/ausland/asien/iran-chamenei-tot-102.html>

<https://www.zeit.de/politik/deutschland/2026-03/voelkerrechtsbruch-iran-gutachten-bundestag-usa-israel>

<https://www.srf.ch/news/international/krieg-im-iran-argumentationslinie-der-usa-ist-mit-voelkerrecht-nicht-vereinbar>

<https://www.deutschlandfunk.de/strasse-von-hormus-iran-schiffsverkehr-welthandel-oel-100.html>

<https://www.zeit.de/politik/ausland/2026-04/pakistan-friedensplan-iran-usa-waffenruhe-hormusstrasse-gxe>

<https://www.tagesschau.de/ausland/iran-usa-trump-waffenruhe-100.html>

<https://www.tagesschau.de/ausland/asien/iran-usa-abkommen-libanon-israel-100.html>

Venezuela

<https://www.zeit.de/politik/ausland/2026-01/us-angriff-venezuela-rekonstruktion-militaer-festnahme-nicolas-maduro>

<https://www.bpb.de/kurz-knapp/hintergrund-aktuell/575048/us-militaerintervention-in-venezuela/>

<https://www.zeit.de/politik/ausland/2026-02/usa-venezuela-oel-export-kuba-sanktionen>

<https://www.zeit.de/politik/ausland/2026-05/kuba-energiekrise-oelvorraete-aufgebraucht-proteste>

Grönland

<https://www.dw.com/de/groenland-daenemark-mette-frederiksen-donald-trump-usa-rohstoffe-katie-miller-geschichte/a-75398880>

<https://www.zeit.de/news/2026-01/06/groenland-us-regierung-droht-daenen-mit-militaereinsatz>

<https://www.ipg-journal.de/rubriken/aussen-und-sicherheitspolitik/artikel/auf-duennem-eis-8826/>

Innenpolitische Entwicklungen in den USA

<https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.autokratien-auf-dem-vormarsch-forscher-stufen-usa-nicht-mehr-als-liberale-demokratie-ein.24cf6847-c841-4cdb-9dd4-da234760fe2b.html>

<https://www.amnesty.de/pressemitteilung/usa-ein-jahr-praesident-trump-zweite-amtszeit-menschenrechte-amnesty-bericht>

<https://www.hrw.org/world-report/2026/country-chapters/united-states>

<https://www.spiegel.de/ausland/usa-ice-meldet-vier-tote-migranten-in-haft-binnen-weniger-tage-a-7aba42e0-9460-412e-9c02-6d437b65648c>

Europas Rolle / Deutschland

<https://www.dw.com/de/merz-trump-und-der-abschied-von-der-regelbasierten-ordnung/a-76215458>

<https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2026/kw10-de-aktuelle-stunde-iran-1151176>

<https://www.tagesschau.de/inland/bundestag-wissenschaftlicher-dienst-iran-krieg-voelkerrecht-100.html>

Antrag V-03: Prozenze nur bei Wahlen, nicht im GJ Kiosk

Antragsteller*in:	Laetitia Wegmann
Status:	angenommen
Tagesordnungspunkt:	V- TOP 5 – Verschiedene Anträge

- 1 Wir als Grüne Jugend sind ein Verband für Jugendliche und Junge Erwachsene. Als
2 solcher haben wir eine besondere Verantwortung, gegenüber unseren Mitgliedern, ein
3 sicheres und Jugendgerechtes Umfeld zu schaffen. Der nicht seltene und nicht immer
4 geringe Verzehr und die Bereitstellung von Alkohol auf Bundeskongressen und LMVs
5 steht jedoch in starken Kontrast dazu!
- 6 Alkoholkonsum führt neben gesundheitlichen Schäden, zu einer erhöhten Aggressivität
7 und gesengten Hemmungen, alles Dinge die unseren Awarenessstrukturen und dem
8 Jugendschutz widersprechen.
- 9 Alkoholkonsum sollte nicht, durch die Bereitstellung von alkoholischen Getränken oder
10 den Verkauf dieser, auf Veranstaltungen für eine Zielgruppe, partiell unter 18
11 Jahren, ermöglicht, beziehungsweise dazu ermutigt werden.
- 12 In diesem Sinne soll künftig auf GJ-Veranstaltungen der Bundes- und Landesebene kein
13 Alkohol mehr verkauft werden. Personen sollen dazu angehalten werden, auch keinen bei
14 Veranstaltungen zu konsumieren. Für hochprozentigen Alkohol (im Verkauf erst ab 18
15 Jahren freigegeben) gilt unterdessen ein komplettes Verbot, auf Veranstaltungen der
16 Bundes- und Landesebene.
- 17 Auf Kreis- und Bezirksebene sollen Vorstände, zum Thema Alkoholkonsum - im Zuge
18 unserer Awarenessarbeit - sensibilisiert werden und dazu ermutigt werden, zum einen
19 selbst keinen Alkohol, im GJ Kontext, zu konsumieren und zum anderen auch für einen
20 umsichtigen und zurückhaltenden Konsum bei den eigenen Veranstaltungen zu sorgen.
- 21 Barabende, Kneipenwahlkampf o.ä. sollen durch diesen Antrag nicht verboten werden,
22 aber der dort stattfindende Konsum von Rauschmitteln, soll dadurch bei der Planung
23 kritisch betrachtet und in einem entsprechenden Rahmen geplant werden.
- 24 Auch wenn (Teil-)verbote keine adäquate Präventionsarbeit gegen Substanzmissbrauch
25 darstellt, ist das die Methode, die mit unseren Mitteln am effektivsten umsetzbar
26 ist. Am Ende bleibt der kritische Umgang mit Rauschmitteln eine
27 gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Wir wollen mit diesem Beschluss mit guten Beispiel
28 vorangehen und unser eigenes Konsumverhalten kritisch hinterfragen.
- 29
- 30 Text in einfacher Sprache:
- 31 Wir sind eine Gruppe für junge Menschen.
- 32 Wir haben eine Verantwortung.
- 33 Wir wollen eine sichere Umgebung für unsere Mitglieder.
- 34 Auf unseren großen Treffen gibt es oft Alkohol.
- 35 Das ist nicht gut für Jugendliche.
- 36 Alkohol kann krank machen.

- 37 Alkohol kann aggressiv machen.
- 38 Alkohol macht es schwer, Grenzen zu setzen.
- 39 Das passt nicht zum Jugendschutz.
- 40 Wir finden: Es soll keinen Alkohol auf unseren großen Treffen geben.
- 41 Wir wollen keinen Alkohol verkaufen.
- 42 Wir wollen keinen Alkohol ausschenken.
- 43 Wir wollen, dass niemand Alkohol trinkt.
- 44 Das gilt besonders bei Treffen, wo auch Menschen unter 18 Jahren sind.
- 45 Starker Alkohol ist ganz verboten.
- 46 Das gilt für Bundes- und Landes-Treffen der Grünen Jugend.
- 47 Vorstände von Kreis- oder Bezirksgruppen sollen über das Thema Alkohol sprechen.
- 48 Die Verantwortlichen sollen vorsichtig sein.
- 49 Sie sollen selber besser keinen Alkohol trinken.
- 50 Sie sollen darauf achten, dass andere vorsichtig mit Alkohol umgehen.
- 51 Barabende oder Kneipenbesuche sind nicht verboten.
- 52 Aber wir wollen aufpassen, wie mit Alkohol dort umgegangen wird.
- 53 Wir wollen sorgsam planen.
- 54 Verbote alleine reichen nicht, um Missbrauch zu verhindern.
- 55 Aber es ist die beste Möglichkeit, die wir haben.
- 56 Alkohol soll kritisch betrachtet werden.
- 57 Alle sollen Verantwortung übernehmen.
- 58 Wir wollen mit gutem Beispiel vorangehen.
- 59 Wir wollen unser Verhalten prüfen.
- 60 Wir wollen Verantwortung übernehmen.

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag V-04: Doppelte Verweigerung: Kein Unterhalt, kein BAföG – wir lassen Azubis und Studis nicht zwischen Eltern und Staat zerquetschen

Antragsteller*in:	Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND Bremen
Status:	angenommen
Tagesordnungspunkt:	V- - TOP 5 – Verschiedene Anträge

1 Wenn Eltern keinen oder zu wenig Unterhalt zahlen, werden Kinder und junge Menschen
2 faktisch gezwungen, entweder ihre Eltern zu verklagen oder ihr Studium oder ihre
3 Ausbildung unter prekären Bedingungen zu bewältigen. Gleichzeitig hat
4 Bundesforschungsministerin Dorothee Bär angekündigt, dass sie nicht mehr mit einer
5 schnellen oder umfassenden BAföG-Reform (Bundesausbildungsförderungsgesetz) rechnet
6 und sich dafür auch nicht einsetzen wird. Damit droht auch die versprochene
7 Verbesserung der staatlichen Ausbildungsförderung wegzufallen. Die Bundesregierung
8 lässt junge Menschen damit bei ihrer Aus- und Weiterbildung im Stich.

9 Diese doppelte Unsicherheit trifft vor allem junge Menschen aus Trennungsfamilien,
10 aus einkommensarmen Haushalten sowie alle, die weder auf verlässlichen
11 Elternunterhalt noch auf ein ausreichend ausgebautes Fördersystem zählen können. Es
12 ist ein strukturelles Problem, dass Bildungswege weiterhin von der Zahlungsfähigkeit
13 oder Kooperationsbereitschaft der Eltern abhängen.

14 Unterhalt verlässlich absichern

15 Der Staat muss Unterhalt für Minderjährige und junge Menschen in Erstausbildung
16 verlässlich vorfinanzieren, wenn Eltern nicht zahlen. Die Unterhaltsansprüche sollen
17 grundsätzlich durch Jugendämter oder eine andere öffentliche Stelle vertreten werden.
18 Die Rückforderung bei Unterhaltspflichtigen ist Aufgabe des Staates, nicht der
19 Kinder, die sonst in existentielle Loyalitätskonflikte gezwungen und zu Kläger*innen
20 gegen ihre eigenen Eltern gemacht werden. Darum fordern wir:

- 21 • Der Unterhaltsvorschuss wird bis mindestens zum Ende der ersten Berufsausbildung
22 bzw. des Erststudiums ausgeweitet.
- 23 • Kindergeld wird beim Unterhaltsvorschuss nur hälftig angerechnet.
- 24 • Für Volljährige in Ausbildung wird eine eigene staatliche Unterhaltsleistung
25 geschaffen, die nicht von der Kooperationsbereitschaft der Eltern abhängt.

26 BAföG-Reform jetzt

27 Die angekündigte „große BAföG-Reform“ darf nicht still entsorgt werden. Statt
28 weiterer Verzögerungen braucht es:

- 29 1. eine sofortige Anhebung der Fördersätze und Wohnpauschalen - kein BAföG
30 unterhalb der Armutsgrenze.
- 31 2. die Einführung des elternunabhängigen BAföGs - welches nur die Verhältnisse der
32 Bafög-Beziehenden Person begutachtet.
- 33 3. eine Automatische und regelmäßige Anpassung der Bedarfssätze und
34 Wohnkostenpauschale.

- 35 4. eine Vollständige Digitalisierung des Antrags-, Bearbeitungs- und
36 Bewilligungsprozesses.
- 37 5. eine Drastische Vereinfachung der Anträge und Verlängerung der
38 Bewilligungszeiträume.
- 39 6. eine jährliche Verdienstobergrenze für Bafög-Beziehende die an das Schonvermögen
40 gekoppelt ist, anstatt von einer Obergrenze die an Einkommen gekoppelt ist.
41 Sodass man für finanzielle Gerechtigkeit zwischen Bafög-Beziehenden mit
42 unterschiedlichen Vermögen sorgt.
- 43 BAföG und BAB (Berufsausbildungsbeihilfe) müssen zusammen gedacht werden. Eine
44 abgesagte BAföG-Reform und eine unterfinanzierte BAB führen in der Praxis dazu, dass
45 Studis und Azubis zwischen Elternunterhalt, geringer Vergütung und unsicheren
46 staatlichen Leistungen zerrieben werden.
- 47 **Azubis ausdrücklich einbeziehen**
- 48 Auch Auszubildende in der ersten Berufsausbildung sind auf Unterhalt und staatliche
49 Förderung angewiesen. Ausbildungsvergütung und Berufsausbildungsbeihilfe decken viele
50 Bedarfe nicht zuverlässig ab, deshalb müssen Reformen von Unterhalt,
51 Unterhaltsvorschuss und Ausbildungsförderung ausdrücklich auch Azubis einbeziehen.
- 52 • Die staatliche Vorleistung bei ausbleibendem Unterhalt soll ausdrücklich auch
53 für volljährige Azubis gelten, die nicht mehr bei den Eltern wohnen.
- 54 • Erhöhung der Mindestausbildungsvergütung auf 1.500 € Brutto. Diese soll künftig
55 prozentual am Fachkräfteentgelt orientiert werden. Der jeweils gültige
56 Branchentarifvertrag muss uneingeschränkt Anwendung finden.
- 57 • Einführung einer elternunabhängigen Berufsausbildungsbeihilfe
- 58 Wenn Unterhalt nicht kommt und BAföG nicht reformiert wird, ist das ein politischer
59 Angriff auf soziale Gerechtigkeit und Bildungsfreiheit!

60 **Beschluss**

- 61 Die GRÜNE JUGEND steht klar
- 62 • gegen das Abwürgen der BAföG-Reform und für eine umfassende, elternunabhängige
63 Finanzierung des Studiums und der Ausbildung.
- 64 • dafür, die oben genannten Forderungen zur Reform von Unterhaltsrecht,
65 Unterhaltsvorschuss und BAföG in die Zusammenarbeit mit der Bundespartei, den
66 grünen Fraktionen und Bündnissen einzubringen.

Begründung

Landesvorstand GRÜNE JUGEND Bremen

Antrag V-05: Systemfehler Psychotherapie - Ausbildung retten, Zukunft sichern!

Antragsteller*in:	Daniel Cruismann
Status:	angenommen
Tagesordnungspunkt:	V- - TOP 5 – Verschiedene Anträge

1. Das Selbstverständnis der GRÜNEN JUGEND ist das folgende:

Wir als GRÜNE JUGEND begreifen uns als antikapitalistischer, queerfeministischer und solidarischer Verband, der radikal für eine Welt einsteht, in der der Mensch und nicht der Profit im Zentrum steht. Unsere Gesellschaft leidet unter einer kollektiven mentalen Gesundheitskrise, die direkt aus den Dauerkrisen und dem Leistungsdruck unseres kapitalistischen Systems resultiert. Wer in dieser Not Hilfe sucht, stößt auf unerträgliche Wartezeiten und ein kaputtgespartes System.

Gleichzeitig erleben wir ein fatales Paradoxon. Während der Bedarf an Therapie explodiert, verbaut ein politisch verschuldeter Weiterbildungsstopp jungen Psycholog*innen den dringend benötigten Berufseinstieg. Auch die Vergütung der Psychotherapeut*innen wird immer stärker eingeschränkt. 77 % der Psychotherapeut*innen sind FLINTA*. Hier zeigt sich wieder einmal eine unzureichende Bezahlung von FLINTA*-dominierten Berufsfeldern.

Wir kämpfen dabei für einen schützenden, fürsorgenden Staat. Dieser strukturelle Stillstand muss sofort beendet werden. Es ist die Pflicht der Politik, die psychosoziale Infrastruktur vor dem Kollaps zu bewahren und ein System zu schaffen, das bedingungslos heilt, statt uns weiter krank zu machen.

2. Die Auffassungen der GRÜNEN JUGEND sind die folgenden:

2.1. Die psychotherapeutische Versorgung steckt in einer tiefen Krise, während der Bedarf auf einem alarmierenden Hoch ist. Es benötigen mittlerweile 29 % der 14 bis 29-jährigen psychologische Unterstützung und unser System bleibt unterversorgt. Die Wartezeiten sind ein Armutszeugnis: Schon 2018 mussten Betroffene im Schnitt 139,3 Tage auf einen Therapieplatz warten, im Ruhrgebiet sogar 205,8 Tage. 2022 hat sich die Situation mit 142,2 Tagen kaum verbessert. Der Staat verwaltet diesen Mangel nur, anstatt eine bedarfsgerechte Versorgung sicherzustellen. Das muss enden.

2.2. Das Gesundheitssystem zementiert soziale Ungerechtigkeit. Um psychotherapeutisch tätig zu werden, mussten Studierende Ausbildungskosten von 24.000 bis 31.000 Euro stemmen. Um dieses System fairer zu gestalten, wurde die Weiterbildung zur Fachpsychotherapeut*in eingeführt. Bei dieser sollen Psycholog*innen sozialversichert angestellt und fair bezahlt werden. Eine gute Idee, bei der allerdings ein entscheidender Faktor nicht bedacht wurde. Wo soll das Geld herkommen? Nach dieser Weiterbildung stehen zudem noch weitere Kosten an. Wer gesetzlich Versicherte behandeln will, benötigt zudem einen Kassensitz, der je nach Standort 50.000 bis 180.000 Euro kostet. Diese intransparenten Hürden schrecken ab und treiben Therapeut*innen in die Schuldenfalle. Wenn Therapeut*innen sich keinen Kassensitz

37 leisten können, verstärkt dies die Bevorzugung von Privatversicherten. Zudem steigt
38 der Druck auf gesetzlich Versicherte die Therapie selbst zu zahlen. Hier hängt die
39 persönliche mentale Gesundheit vom eigenen Einkommen ab. Dem muss entschieden
40 entgegengewirkt werden.

41 2.3. Die aktuelle Finanzpolitik entzieht der Versorgung die Grundlage. Das Honorar
42 der Psychotherapeut*innen wurde um 4,5 % gekürzt. Trotz der Erhöhung der
43 Strukturzuschläge um 14,25 % profitieren nicht alle Praxen davon, viele müssen trotz
44 Zuschlag eine Honorarsenkung von 2,3 % hinnehmen. Mit 52 Euro pro Arbeitsstunde nach
45 Abzug der Praxiskosten verdienen sie nur die Hälfte im Vergleich zu anderen
46 fachärztlichen Praxisinhaber*innen. Da Therapiesitzungen zeitlich starr auf 50
47 Minuten begrenzt sind, lässt sich der Verdienst nicht durch mehr Patient*innen
48 steigern. Außerdem ist eine Budgetierung von psychotherapeutischen Leistungen und
49 eine Streichung der Kurzzeittherapie-Zuschläge geplant. Dadurch wird die
50 Psychotherapie massiv eingeschränkt werden. Trotz ähnlicher Ausbildung verdienen
51 Psychotherapeut*innen weitaus weniger als entsprechende Fachärzt*innen.

52 2.4. Wir stehen auf der Seite der Psychotherapeut*innen und denjenigen, die es noch
53 werden wollen. Die mentale Gesundheit ist Kernelement einer funktionierenden,
54 solidarischen und diskriminierungsfreien Gesellschaft. Diesem Kampf schließen wir uns
55 entschlossen an!

56

57 3. Die Forderungen der GRÜNEN JUGEND sind die folgenden:

58 3.1. Ausbildungslücke schließen und vollständige Finanzierung der Weiterbildung
59 garantieren: Das beinhaltet über die Verhandlung der Leistungen gegenüber
60 Versicherten mit der GKV hinaus die Finanzierung der Theorie, Supervision und
61 Selbsterfahrung, die kein privates finanzielles Risiko bleiben dürfen. Die monatliche
62 Finanzierungslücke von rund 2.700 Euro muss durch einheitliche, bürokratiearme
63 Vergütungsmodelle für die Therapieleistungen von Psychotherapeut:innen in
64 Weiterbildung (PtW) ersetzt werden, welche die Finanzierungslücke berücksichtigen.

65 3.2. Die Schaffung von fairen Arbeitsbedingungen in Kliniken: Die Gehälter von
66 Psychotherapeut*innen in Weiterbildung sind umgehend über die
67 Bundespflegesatzverordnung fest im Klinikbudget abzusichern, flankiert von
68 verbindlichen Mindestquoten für Weiterbildungsplätze.

69 3.3 Eine deutliche Erhöhung der Honorare: Wer Menschen in psychischen Notlagen
70 versorgt, braucht selbst finanzielle Sicherheit. Damit Psychotherapeut*innen ihre
71 wichtige Arbeit nachhaltig leisten können, müssen die Honorare deutlich steigen und
72 sich dem Niveau von Fachärzt*innen annähern. Therapeutische Arbeit ist systemrelevant
73 und muss entsprechend vergütet werden. Die Budgetierungspläne müssen vollständig aus
74 dem GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz gestrichen werden und die Streichung der
75 Kurzzeittherapie-Zuschläge muss verhindert werden.

76 3.4. Wir fordern in allen Bundesländern bedarfsorientierte Förderprogramme, um dem
77 drohenden Generationenabriss entgegenzuwirken und regionale Unterversorgungen
78 systematisch auszugleichen. Das soll durch Weiterbildungszuschüsse für eine begrenzte
79 Anzahl von PtW orientiert am zukünftigen Nachwuchsbedarf der Folgejahre geschehen.

80 3.5. Den systematischen Ausbau von Kassensitzen sowie die Bedarfsplanung zu
81 modernisieren: Für eine verlässliche, flächendeckende Versorgung brauchen wir eine
82 spürbare Erhöhung der Kassensitze, besonders im ländlichen Raum und in Ballungsräumen
83 wie dem Ruhrgebiet. Die Verhältniszahlen in der veralteten psychotherapeutischen
84 Bedarfsplanung müssen um mindestens 20 Prozent gesenkt werden. Die Budgetierung ist
85 zu stoppen und existierende Kassensitze müssen zu transparenten und bezahlbaren
86 Konditionen übergeben werden.

87 3.6. Eine stärkere Prävention und die Sicherung der Akuthilfe für junge Menschen:
88 Wir fordern einen massiven Ausbau niedrigschwelliger psychosozialer
89 Beratungsangebote. Das umfasst deutlich mehr psychologische Beratung an Schulen und
90 Hochschulen, mehr Schulpsycholog*innen und eine starke aufsuchende Sozialarbeit. Um
91 den eklatanten Wartezeiten für die junge Generation entgegenzuwirken, braucht es
92 flächendeckend offene Kriseninterventionszentren und einen massiven Ausbau der
93 Behandlungsplätze in der Kinder- und Jugendpsychotherapie.

94 3.7. Die Schaffung einer diskriminierungsfreien Versorgung und konsequente
95 Entstigmatisierung: Unser Gesundheitssystem muss einer Vielfaltsgesellschaft gerecht
96 werden. Wir fordern den Ausbau kultursensibler, rassismuskritischer und
97 queersensibler Behandlungsangebote sowie die standardmäßige Kostenübernahme für
98 qualifizierte Sprachmittlung durch die Krankenkassen.

99

Begründung

Bei Fragen meldet euch sehr gerne über Signal bei Daniel.76844
Hannah B. (KV Münster) hat diesen Antrag mitgeschrieben.

Quellen:

1. <https://www.ptk-nrw.de/aktuelles/meldungen/detail/bptk-studie-2018-rund-20-wochen-wartezeit-auf-psychotherapeutische-behandlung>
2. <https://www.bptk.de/pressemitteilungen/psychisch-krank-warten-142-tage-auf-eine-psychotherapeutische-behandlung/>
3. <https://www.simon-schnetzer.com/jugendstudien/jugend-in-deutschland-2026>
4. <https://www.kv-rlp.de/index.php?eID=dumpFile&t=f&f=4687&token=b20b415542aab62f2783f76acdce89cc71575c52>
5. <https://www.bptk.de/ausbildungskosten-und-verguetungsanteile/>
6. <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/arbeitsmarkt/kassensitze-psychotherapie-praxen-100.html>
7. <https://www.spiegel.de/psychologie/psychotherapie-ausbildung-kampf-um-eine-bessere-bezahlung-a-e04deff2-c4ee-4aca-9109-7dacc15bae10>
8. <https://www.dptv.de/psychotherapie/junge-psychotherapeutinnen/psychotherapie-weiterbildung/allgemeine-infos/>
9. <https://www.dptv.de/aktuelles/meldung/bundesrat-ausschuss-gegen-psychotherapie-budgetierung/>

10. <https://www.kbv.de/documents/infothek/zahlen-und-fakten/Bundesarztregister/statistische-informationen-bar-2025.pdf>
11. <https://www.bdp-verband.de/aktuelles/detailansicht/faktenblatt-verguetung-psychotherapie>
12. https://api.bptk.de/uploads/20221209_pm_Wartezeitenstudie_GKV_SV_9e58f8e502.pdf

Antrag V-06: Liebe kann auch mehr als zwei: Für die Anerkennung von Polyamorie und gegen Hetero- und Mononormativität

Antragsteller*in:	Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND Bayern
Status:	angenommen
Tagesordnungspunkt:	V- - TOP 5 – Verschiedene Anträge

1 Das deutsche Familien- und Steuerrecht ist noch immer von einer Denkweise geprägt,
2 die Ehe zwischen Mann und Frau, Zweierbeziehung und ökonomische Abhängigkeit
3 bevorzugt. Die historische Diskriminierung queerer Lebensweisen wirkt bis heute fort
4 und endet nicht bei Zweierbeziehungen. Menschen in polyamoren oder anderen
5 konsensuell nicht-monogamen oder geschlossenen Beziehungen erleben gesellschaftliche
6 Stigmatisierung und zusätzlichen Minoritätenstress, weil ihre Beziehungsformen vom
7 cis-heteronormativen Standard abweichen. Wer Freiheit, Selbstbestimmung und queere
8 Gerechtigkeit ernst meint, darf nicht bei der Akzeptanz der bürgerlichen Zweier-Ehe
9 stehen bleiben.

10 Die GRÜNE JUGEND fordert daher:

11

- 12 • die politische Anerkennung von Polyamorie und konsensueller Nicht-Monogamie als
13 legitime Lebens- und Beziehungsforme
- 14 • die Schaffung rechtlicher Modelle, mit denen Verantwortungsgemeinschaften
15 jenseits der romantischen Zweierbeziehung abgesichert werden können, etwa im
16 Sorge-, Auskunfts-, Unterhalts-, Miet-, Erb- und Aufenthaltsrecht
- 17 • Eine queerfeministische Familienpolitik, die Fürsorge, Solidarität und
18 Selbstbestimmung in den Mittelpunkt stellt
- 19 • Weniger Cis-Heteronormativität und Mononormativität in der deutschen und
20 europäischen Familien- und Beziehungspolitik, sowie innerhalb der Strukturen der
21 GRÜNEN JUGEND und der Landes-, Bezirks- und Kreisverbände
- 22 • Die Abschaffung des Ehegattensplittings, um ökonomischen Gründen einer Ehe
23 vorzubeugen, sowie die Senkung der Einkommensteuer auf mittlere und niedrige
24 Einkommen.

25

26 Die GRÜNE JUGEND erkennt an, dass Mononormativität (also der gesellschaftliche Druck
27 zur Monogamie) auch im eigenen Verband existiert und stellt sich aktiv gegen die
28 Abwertung konsensuell nicht-monogamer Menschen. Jedes Mitglied hat unabhängig von der
29 gewählten Beziehungsform denselben Anspruch auf Schutz, Respekt und
30 gleichberechtigter Teilhabe, im Einklang mit unseren Grundsätzen von Compliance und
31 Awareness.

Begründung

Wer queere Rechte einfordert, darf bei der Monogamie nicht aufhören. Genauso vielfältig wie wir als

Menschen sind, sind auch unsere Partner*innenschaften. Wir sollten als Gesellschaft nicht festlegen, welche Arten davon wir besonders fördern und welche nicht. Genau das macht die aktuelle Rechtslage und grenzt so Menschen durch finanzielle und rechtliche Benachteiligung aus, die nicht in monogamen Beziehungen leben.

Trotz des Kampfs für gesamtgesellschaftliche Akzeptanz erleben auch offen polyamor lebende Mitglieder innerhalb unseres Verbandes Skepsis und Abwertung. Mit diesem Antrag legen wir unsere Haltung dazu fest und setzen ein Zeichen gegen Ausgrenzung von queeren Menschen.

Antrag V-07: Damit nicht nur unsere Positionen stachelig sind

Antragsteller*in:	Laetitia Wegmann
Status:	abgelehnt
Tagesordnungspunkt:	V- - TOP 5 – Verschiedene Anträge

- 1 1. Die Grüne Jugend führt Igel als offizielle Maskottchen wieder ein.
- 2
- 3 2. Der Bundesvorstand der Grünen Jugend wird beauftragt, die notwendigen
- 4 Schritte zur Wiedereinführung von Igeln in die visuelle Identität des
- 5 Verbandes zu unternehmen. Dieser kann dabei Schrittweise geschehen, in dem der Igel
- 6 zunächst vor allem in Kampagnen und dem Design von Giveaways integriert wird, um
- 7 zusätzliche Kosten durch eine Umgestaltung des CDs umgehen zu können. Jedoch muss der
- 8 Igel spätestens bei der nächsten planmäßigen Überarbeitung des CDs prominent
- 9 integriert werden.
- 10 3. Ein einheitliches Igel Design muss schnell und niederschwellig innerhalb des
- 11 Verbands kommuniziert und zugänglich gemacht werden. Die Designs der alten GJ Igel
- 12 „Öki“ und „Aggri“ können dazu wiederverwendet werden, sind aber durch diesen Antrag
- 13 nicht verpflichtend.

Begründung

Die beiden Igel Aggri und Oeki waren über viele Jahre hinweg die prägenden Symbole und Maskottchen der Grünen Jugend. Als Sympathieträger verkörperten sie zentrale Werte unserer politischen Arbeit: Sie standen für Umwelt- und Naturschutz, für Widerstandsfähigkeit und für die Notwendigkeit, unsere heimische Tierwelt zu schützen.

Der Igel ist ein in Deutschland heimisches Tier, das durch Flächenversiegelung, Pestizideinsatz und Verkehr zunehmend bedroht ist. Als Symbol macht er auf die Dringlichkeit aufmerksam, mit der wir uns für Artenschutz und ökologische Nachhaltigkeit einsetzen müssen.

Darüber hinaus hat der Igel einen hohen Wiedererkennungswert und schafft eine emotionale Verbindung zur Grünen Jugend. Er ist niedlich und sympathisch, gleichzeitig aber auch wehrhaft und selbstbewusst – Eigenschaften, die auch unseren politischen Verband auszeichnen. Gerade in unserem Verhältnis zu Bündnis 90/DIE GRÜNEN wollen wir weiterhin der (Igel-)Stachel sein, der die Partei besonders in den Bereichen soziale Gerechtigkeit und Klimaschutz an ihre Verantwortung gegenüber den Menschen erinnert.

Die Wiedereinführung von Igeln würde nicht nur an eine erfolgreiche Tradition anknüpfen, sondern auch die Identifikation mit der Grünen Jugend stärken und unsere politischen Botschaften visuell unterstützen. Gerade in Zeiten, in denen der Umwelt- und Artenschutz immer dringlicher wird, wäre die Rückkehr von Igeln ein starkes Signal.

Mit Igeln als Maskottchen können wir zudem junge Menschen besser ansprechen und für unsere politischen Ziele begeistern. Er bietet vielfältige Möglichkeiten für kreative Kampagnen und eine ansprechende Öffentlichkeitsarbeit.

1. Länderrat der GRÜNEN JUGEND 2026
Berlin, 11.7.2026 - 12.7.2026

**GRÜNE
JUGEND**

Lasst uns gemeinsam Igel zurück in die Grüne Jugend holen!

Antrag V-08: Auskunftersuch zu einer ausstehenden Entscheidung des Bundesschiedsgerichts in der Sache F-3 über eine Abstimmung zur Erhöhung der Altersgrenze auf 30 Jahre vom 12. Oktober 2025 auf dem 59. Bundeskongress, Leipzig

Antragsteller*in:	Joachim Janas
Status:	zurückgezogen
Tagesordnungspunkt:	V- - TOP 5 – Verschiedene Anträge

1 **Auskunftersuch zu einer ausstehenden Entscheidung des Bundesschiedsgerichts in der**
2 **Sache F-3 über eine Abstimmung zur Erhöhung der Altersgrenze auf 30 Jahre vom 12.**
3 **Oktober 2025 auf dem 59. Bundeskongress, Leipzig**

4 Zum 1. Länderrat 2026 am 11. & 12. Juli 2026, Berlin

5 Antragsteller: Joachim Janas (er/ihm), Beisitzer GJ RLP

6

7 Auf dem 59. Bundeskongress hatten wir den Antrag S-3 über eine Anhebung der
8 Altersgrenze auf 30 Jahre abgestimmt. Aufgrund des Abstimmungsergebnisses mit 317 Ja-
9 Stimmen, 157 Nein-Stimmen und 28 Enthaltungen kamen Zweifel am Verfahren der
10 Abstimmung bzw. der Auszählung des Ergebnisses auf. Dabei geht es konkret um die
11 Feststellung, ob Enthaltungen bei Satzungsänderungen mit in die Berechnung des
12 Quorums fallen, oder nicht.

13 Leider wurde bisher kein Ergebnis verkündet oder wirksam kommuniziert.

14 1. Woran scheitert die Entscheidungsfindung?

15 2. Wird eine Entscheidung bewusst verzögert oder nicht an den Verband kommuniziert?

16 3. Wird die Abstimmung zum S-3 auf dem nächsten Bundeskongress wiederholt?

17 4. Was sind die Konsequenzen dessen, dass eine womöglich beschlossene
18 Satzungsänderung über acht Monate nicht in Kraft treten würde?

19 5. Falls eine entsprechende Regelung in der Satzung fehlt, welche Anpassung der
20 Satzung wird auf dem 60. Bundeskongress vorgeschlagen?

21 **Beschluss F-3: Antrag an das Bundesschiedsgericht gemäß § 2 Absatz 1 Nr. 7 der**
22 **Bundesschiedsordnung (BSO) am 12.10.2025 auf dem 59. Bundeskongress**

23 Das Bundesschiedsgericht wird beauftragt, im Rahmen seiner Zuständigkeit nach § 2
24 Absatz 1 Nr. 7 BSO (Auslegung von Satzung, Geschäftsordnung und Statuten) die
25 folgenden Fragen zu entscheiden:

26 1. Wie sind Enthaltungen bei der Entscheidung über satzungsändernde Anträge zu
27 werten?

28 2. Ist die Satzungsänderung S-3 (Anhebung der Altersgrenze auf 30 Jahre)
29 beschlossen worden?

30 Mit dem Antrag S-3 wurden das Höchstalter für Mitglieder betreffende Änderung

- 31 beantragt. In der Abstimmung haben im Rahmen einer elektronisch durchgeführten
32 Abstimmung 317 Mitglieder mit Ja, 157 Mitglieder mit Nein und 28 Mitglieder mit
33 Enthaltung gestimmt. Die zunächst vorgetragene Interpretation des Präsidiums lautete
34 dahingehend, dass Enthaltungen in der Stimmengesamtheit berücksichtigt werden (also
35 de facto wie Nein-Stimmen wirken), der Antrag also nicht beschlossen wurde.
- 36 Daraufhin kam aus der Mitte der Mitgliederversammlung der Hinweis, dass eine
37 entsprechende Regelung in der Satzung der Grünen Jugend nicht vorhanden ist, die
38 Rechtssprechung zum Vereinsrecht allgemein aber vorsieht, dass Enthaltungen nicht als
39 gültige Stimmen zu werten sind, also keinen Einfluss auf den Ausgang der Abstimmung
40 haben. In diesem Fall wäre die Satzungsänderung beschlossen.
- 41 Die Mitgliederversammlung wird in diesem Verfahren von Sebastian Dambaur und Elina
42 Schumacher vertreten.

Antrag V-09: ThyssenKrupp verstaatlichen – Gegen Konzernversagen, und für sichere Arbeitsplätze

Antragsteller*in:	Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND Nordrhein-Westfalen
Status:	angenommen
Tagesordnungspunkt:	V - TOP 5 – Verschiedene Anträge

- 1 Die Beschäftigten bei ThyssenKrupp haben die Nase voll. Jahrzehntlang wurden sie mit
2 Sparprogrammen, Umstrukturierungen, Standortdebatten und Verzichtsrunden
3 konfrontiert. Während Vorstände kamen und gingen, Strategien verkündeten und wieder
4 verwarfen, waren es die Arbeitnehmer*innen, die den Laden am Laufen gehalten haben.
5 Heute sollen erneut die Beschäftigten für das Versagen des Managements bezahlen.
6 Wir als Grüne Jugend sagen klar: Schluss damit.
- 7 Es sind nicht die Stahlarbeiterinnen in Duisburg, Bochum und Andernach oder
8 den anderen Standorten, die ThyssenKrupp in die Krise geführt haben. Es sind nicht die
9 Auszubildenden, die Schichtarbeiterinnen oder die Ingenieur*innen, die
10 Milliardenwerte vernichtet haben. Verantwortlich sind die Manager, die über Jahre
11 keine tragfähige Zukunftsstrategie entwickelt haben und stattdessen auf Verkäufe,
12 Kürzungen und kurzfristige Renditeziele gesetzt haben.
- 13 Besonders die Beschäftigten der Standorte in Duisburg, Bochum und Andernach, sowie in
14 zahlreichen Zuliefer- und Weiterverarbeitungsbetrieben leben seit Jahren in
15 Unsicherheit. Ganze Regionen hängen wirtschaftlich von der Stahlindustrie ab. Hinter
16 jedem Arbeitsplatz stehen Familien, Vereine, Kommunen und lokale
17 Wirtschaftskreisläufe.
- 18 Gleichzeitig erhält ThyssenKrupp Milliardenhilfen und staatliche Unterstützung für
19 den Umbau zur klimaneutralen Stahlproduktion. Die öffentliche Hand finanziert einen
20 erheblichen Teil der Transformation – doch die Kontrolle soll weiterhin bei jenen
21 bleiben, die den Konzern in seine heutige Lage gebracht haben.
- 22 Das ist absurd.
- 23 Wenn Steuergelder eingesetzt werden, muss auch demokratische Kontrolle folgen.
- 24 Wer Milliarden aus öffentlichen Kassen erhält, kann sich nicht gleichzeitig auf die
25 Freiheit berufen, Arbeitsplätze abzubauen, Standorte auszuhöhlen und Teile des
26 Unternehmens an Investoren zu verschern.
- 27 Die Stahlindustrie ist keine beliebige Branche. Sie ist das Fundament unserer
28 industriellen Wertschöpfung. Ohne Stahl gibt es keine Windkraftanlagen, keine
29 Bahntrassen, keine Brücken, keine Wasserstoffwirtschaft und keine industrielle
30 Souveränität Europas.
- 31 Deshalb darf die Zukunft des Stahls nicht von den Renditeerwartungen einiger
32 Aktionäre oder Investmentfonds abhängen.
- 33 Gleichzeitig sehen wir, dass das Konzernmanagement lieber auf kurzfristige Profite
34 setzt und dabei die Menschenrechte der indigenen Bevölkerung, den Umwelt- und den
35 Klimaschutz im Ausland komplett ignoriert. So baut thyssenkrupp Uhde, finanziert von

36 der deutschen KfW Bank, eine Düngemittel-Produktionsanlage in einem Naturschutzgebiet
37 in Mexiko und zerstört dafür wichtige Mangrovenwälder. Die Gesundheit etwa von der
38 betroffenen Mayo-Yoreme-Indigenen-Gemeinde wird durch potentielle toxische Ammoniak-
39 Unfälle gefährdet und dreckiges Frackinggas aus den USA wird dafür verwendet. Diesem
40 kapitalistischen, ausbeuterischen Profitgedanken muss ein Ende gesetzt werden, indem
41 thyssenkrupp verstaatlicht wird und Projekte daraufhin konsequent geprüft werden auf
42 ihre Umwelt-, Klima-, Sozialen und Menschenrechtsrechts-Auswirkungen.

43

44 Wir wenden uns entschieden gegen die Politik des Konzernmanagements um Miguel López
45 und zeigen Solidarität mit den Beschäftigten, sowie mit den Betroffenen von
46 ausbeuterischen Konzernprojekten. Wer heute tausende Arbeitsplätze gefährdet und
47 gleichzeitig von einer erfolgreichen Transformation spricht, betreibt eine Politik
48 gegen die Beschäftigten und gegen den Industriestandort Deutschland.

49 Eine Transformation, die Arbeitsplätze vernichtet, ist keine gerechte Transformation.

50 Eine Transformation, die Regionen verarmen lässt, ist keine nachhaltige
51 Transformation.

52 Eine Transformation, die öffentliche Milliarden verschlingt, ohne öffentliche
53 Kontrolle zu schaffen, ist keine demokratische Transformation.

54 Deshalb fordern wir:

- 55 • die Verstaatlichung der ThyssenKrupp-Stahlsparte,
- 56 • eine öffentliche Mehrheitsbeteiligung an allen strategisch relevanten
- 57 Unternehmensbereichen,
- 58 • den Erhalt der Standorte Duisburg, Bochum und Andernach ,
- 59 • einen verbindlichen Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen,
- 60 • eine Ausbildungs- und Beschäftigungsgarantie,
- 61 • demokratische Mitbestimmung der Beschäftigten auf allen Ebenen,
- 62 • die Knüpfung und konsequente Prüfung von Konzernprojekten an dem Schutz der Umwelt,
- 63 des Klimas und von Menschenrechten,
- 64 • den Stopp von ausbeuterischen Projekten im Ausland wie etwa der Düngermittelfabrik
- 65 in Sinaloa, Mexiko,
- 66 • massive Investitionen in wasserstofffähige Direktreduktionsanlagen,
- 67 • den Aufbau einer europäischen Strategie für grünen Stahl unter öffentlicher
- 68 Kontrolle.

69 •

70 Die Geschichte der deutschen Industrie ist voller Beispiele dafür, dass Beschäftigte
71 und Gesellschaft für Managementfehler bezahlen mussten. Diesen Fehler dürfen wir
72 nicht wiederholen.

73 Wer von den Arbeiter*innen Verzicht verlangt, während Manager*innen Millionen
74 verdienen, hat jede Glaubwürdigkeit verloren.

- 75 Wer Milliarden an staatlicher Förderung erhält, aber gleichzeitig Arbeitsplätze
76 streicht, hat sein Recht auf unternehmerische Alleinentscheidung verspielt. Wer die
77 Zukunft der Stahlindustrie dem Markt überlassen will, riskiert Deindustrialisierung,
78 Arbeitsplatzverlust und das Scheitern der sozial-ökologischen Transformation.
- 79 Wir sagen deshalb deutlich:
- 80 **Die Stahlwerke in Duisburg gehören nicht Spekulanten. Die Zukunft der Beschäftigten**
81 **in Bochum gehört nicht Investmentfonds. Die industrielle Zukunft darf nicht an den**
82 **Meistbietenden verkauft werden.**
- 83 **ThyssenKrupp Stahl gehört in öffentliche Hand. Für gute Arbeit statt Konzernprofite.**
84 **Für grünen Stahl statt Standortabbau. Für demokratische Kontrolle statt**
85 **Managementversagen.**

Antrag V-10: Gegen die Kälte des Kürzungskurses und für einen Sozialstaat der Würde

Antragsteller*in:	Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND Nordrhein-Westfalen
Status:	angenommen
Tagesordnungspunkt:	V - TOP 5 – Verschiedene Anträge

1 Gegen die Kälte des Kürzungskurses und für einen Sozialstaat der Würde

2 Antrag an den Länderrat der GRÜNEN JUGEND

3

4 Demokratie lebt nicht allein von freien Wahlen. Demokratie lebt davon, dass Menschen
5 das Gefühl haben, Teil dieser Gesellschaft zu sein. Sie lebt davon, dass Menschen
6 Vertrauen haben, dass politische Entscheidungen ihr Leben verbessern können und von
7 der Gewissheit, dass niemand vergessen, herabgewürdigt oder aufgegeben wird. Doch
8 dieses grundlegende Versprechen wird in derzeit durch Angriffe der Bundesregierung
9 auf den sozialen Zusammenhalt systematisch zertrümmert. Diese Politik ist kein Zufall
10 und kein alternativloser Sachzwang, sondern die aktive Entscheidung, Politik nur für
11 einige Wenige in dieser Gesellschaft zu betreiben. Sie erklärt die Schwächsten der
12 Gesellschaft zu Sündenböcken für kapitalistische Krisen und opfert die soziale
13 Sicherheit für eine überholte Sparpolitik.

14

15 Besonders deutlich wird die soziale Krise bei Kindern und Jugendlichen. Millionen
16 Kinder in Deutschland wachsen in Armut oder armutsgefährdeten Verhältnissen auf.
17 Armut bedeutet dabei nicht nur weniger Geld. Sie bedeutet schlechtere Chancen in der
18 Schule, schlechtere Gesundheitsversorgung, weniger kulturelle Teilhabe und oft das
19 Gefühl, von Anfang an nicht die gleichen Möglichkeiten zu haben wie andere. Eine
20 Gesellschaft, die zulässt, dass Kinder in Armut aufwachsen, verspielt nicht nur
21 Zukunftschancen. Sie gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wir stellen uns
22 dieser Kälte mit aller Entschiedenheit und der Vision einer solidarischen Gesellschaft
23 entgegen.

24

25 Ein Sozialstaat, der seinen Namen verdient

26 Der Sozialstaat ist kein Reparaturbetrieb des Kapitalismus und kein System für
27 herablassende Almosen. Ein echter Sozialstaat ist das Fundament individueller
28 Freiheit und das Schutzschild echter demokratischer Teilhabe. Er muss die
29 bedingungslose Garantie dafür sein, dass jeder Mensch ein Leben in Würde, Sicherheit
30 und Selbstbestimmung führen kann, völlig unabhängig von Verwertbarkeit auf dem
31 Arbeitsmarkt.

32 Der neoliberalen Erzählung, dass ein ausgebauter Sozialstaat lediglich Faulheit
33 begünstige, widersprechen wir deutlich. Ein Netz der Sozialversicherungssysteme, durch
34 das niemand durchfällt, schafft überhaupt erst ein Klima, in dem Menschen mit
35 Vertrauen und Sicherheit an ihrer Entfaltung arbeiten können.

36 Ein gerechter Sozialstaat darf Menschen nicht disziplinieren, schikanieren,

37 sanktionieren oder lückenlos überwachen. Wenn der Staat den Ärmsten die
38 Lebensgrundlage entzieht, um die Privilegien und den Reichtum der Wenigen zu
39 schützen, verliert er seine moralische und demokratische Legitimität. Soziale
40 Sicherheit ist kein Luxusgut, das Menschen sich nur in wirtschaftlichen Boomphasen
41 leistet und in Krisenzeiten wegkürzt. Sie ist die Grundlage des gesellschaftlichen
42 Friedens.

43 Der Kampf für den Sozialstaat ist ein Kampf gegen die Macht von Überreichen und
44 Kapital. Wir wollen eine tiefgreifende Demokratisierung aller Lebensbereiche. Deshalb
45 muss der gesellschaftlich erarbeitete Reichtum solidarisch von oben nach unten
46 umverteilt werden, statt sich in den Händen weniger Konzerne und Superreicher zu
47 konzentrieren. Eine Wirtschaft, die sich an Profitmaximierung orientiert, schafft
48 keine soziale Gerechtigkeit. Wir brauchen eine Wirtschaft, die sich an den
49 Bedürfnissen der Menschen orientiert.

50

51

52 **Zukunft? Gerecht verteilen.**

53 Der aktuelle Sparkurs schnürt der Zukunft unseres Landes die Luft ab. Wer in Zeiten
54 des Wandels und der Krise die öffentliche Infrastruktur kaputtspart, betreibt
55 bewusste Sabotage an den kommenden Generationen. Es braucht eine radikale Kehrtwende
56 in der Finanz- und Wirtschaftspolitik. Deshalb fordern wir:

57 1. die sofortige und ersatzlose Abschaffung der Schuldenbremse im Grundgesetz, da
58 dieses Dogma die dringend notwendigen Investitionen in Schulen, Krankenhäuser,
59 den öffentlichen Nahverkehr und den sozialen Wohnungsbau blockiert.
60 Zukunftsinvestitionen dürfen nicht durch künstliche Haushaltsgrenzen verhindert
61 werden.

62 2. die Wiedereinführung einer progressiven Vermögenssteuer für Überreiche sowie
63 eine Reform der Erbschaftssteuer, die große Betriebsvermögen und Millionen- bzw.
64 Milliardenerbenschaften nicht länger privilegiert. Wer über enorme Vermögen
65 verfügt, muss einen entsprechend größeren Beitrag zur Finanzierung des
66 Gemeinwesens leisten.

67 3. ein fundamentaler Systemwechsel in der Wirtschaftspolitik, welcher staatliche
68 Wirtschaftsförderung und Subventionen strikt an soziale und ökologische
69 Kriterien koppelt. Unterstützung darf es nur noch für Unternehmen geben, die
70 Tarifverträge einhalten, gute Arbeitsbedingungen garantieren und nachweislich
71 klimafreundlich wirtschaften.

72 4. die vollständige, unbürokratische und ausreichende Ausfinanzierung einer echten
73 Kindergrundsicherung, die jedes Kind erreicht. Jedes Kind erhält einen
74 garantierten, einkommensunabhängigen Basisbetrag sowie einen Zusatzbetrag, der
75 Armut effektiv verhindert und alle Bedarfe für Bildung und soziale Teilhabe
76 automatisch abdeckt.

77 **Existenz sichern und Eingliederung ermöglichen**

78 Das Prinzip von Strafe, Misstrauen und Schikane im aktuellen System muss durch echte

79 Solidarität und Respekt ersetzt werden. Menschen dürfen nicht durch die Androhung von
80 Obdachlosigkeit oder Hunger gefügig gemacht werden. Deshalb fordern wir:

- 81 1. die Einführung einer bedingungslosen und vollkommen sanktionsfreien
82 Garantiesicherung, welche das aktuelle System von Repression und Kürzungen beim
83 Bürgergeld sowie bei der Grundsicherung beendet. Das soziokulturelle
84 Existenzminimum ist unverhandelbar und darf unter keinen Umständen
85 unterschritten oder gekürzt werden.
- 86 2. eine massive Aufstockung sowie eine qualitative Verbesserung der
87 Eingliederungshilfen. Statt Menschen in prekäre Leiharbeit, Niedriglohnsektoren
88 oder sinnlose Beschäftigungsmaßnahmen zu drängen, fordern wir echte
89 Weiterbildung, Umschulung und langfristige Perspektiven auf Augenhöhe.
- 90 3. eine Politik der solidarischen Integration auf dem Arbeitsmarkt, die Menschen
91 mit Fluchtgeschichte oder Migrationshintergrund den sofortigen, unbürokratischen
92 Zugang zu regulärer Arbeit und umfassenden Sprachkursen ermöglicht. Jede Form
93 von Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt muss rechtlich deutlich schärfer
94 sanktioniert werden, egal ob sie durch Betriebe oder staatliche Stellen
95 geschieht.

96

97 **Solidarische Absicherung in Rente, Gesundheit und Pflege**

98 Das Versprechen eines Lebens in Würde gilt für die gesamte Lebensspanne. Die
99 Privatisierung und Ökonomisierung des Sozialen hat zu einem dramatischen
100 Pflegenotstand und zu grassierender Altersarmut geführt. Stattdessen fordern wir:

- 101 2. Die Abschaffung der ungerechten Zweiklassenmedizin durch die Einführung einer
102 solidarischen Bürger*innenversicherung für alle im Gesundheitssystem. Die
103 Trennung in gesetzliche und private Krankenversicherung wird beendet, sodass
104 alle Menschen den gleichen Zugang zu exzellenter medizinischer Versorgung
105 erhalten.
- 106 3. Das strikte Verbot jeglicher Eigenbeteiligungen im Gesundheitswesen.
107 Medizinische Versorgung, Medikamente, Heil- und Hilfsmittel, notwendige
108 Therapien, psychotherapeutische Behandlungen sowie ambulante und stationäre
109 Pflege müssen vollständig von der Solidargemeinschaft finanziert werden. Niemand
110 darf aus finanziellen Gründen auf notwendige Behandlungen verzichten,
111 Medikamente nicht einlösen oder pflegebedürftige Angehörige unzureichend
112 versorgen. Gesundheit ist ein Grundrecht und keine Ware. Deshalb darf der Zugang
113 zu einer hochwertigen Gesundheitsversorgung niemals vom Einkommen, Vermögen oder
114 Wohnort abhängen. Statt Zuzahlungen und Eigenanteilen braucht es eine
115 solidarisch finanzierte Gesundheits- und Pflegeversicherung, in die alle
116 entsprechend ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit einzahlen und aus der
117 alle die Versorgung erhalten, die sie benötigen.
- 118 4. Die Aufrechterhaltung der telefonischen Krankschreibung sowie die Abkehr von der
119 Initiative Krankmeldungen künftig bereits ab dem 1. Krankheitstag vorlegen zu müssen.
- 120 5. Ein Ende der geplanten Kürzungsvorhaben im Bereich Gesundheit und Pflege wie

121 beispielsweise die geplante Abkehr von Pflegepersonaluntergrenzen oder die
122 Einführung eines neuen Pflege-Finanzierungssystems, das sich an finanziellen
123 Zielmarken und weniger an menschlichen Bedürfnissen orientieren soll.
124

125 Als GRÜNE JUGEND glauben wir an das Gute im Menschen.
126

127 Wir weigern uns, die zynische Kälte eines Systems hinzunehmen, das auf Misstrauen und
128 blanker Existenzangst gebaut ist. Eine Politik, die straft und kürzt, erstickt die
129 Hoffnung und bricht den gesellschaftlichen Willen. Wir aber wissen aus tiefster
130 Überzeugung, dass Menschen füreinander eintreten und über sich hinauswachsen, wenn
131 wir ihnen mit Vertrauen, Respekt und grenzenloser Solidarität begegnen.
132

133 Ein wahrer Sozialstaat ist kein eiskalter Apparat der Disziplinierung. Er ist das
134 warme Fundament, auf dem wir alle sicher und angstfrei stehen können. Wenn wir die
135 lähmende Furcht vor dem Absturz endlich aus unserem Leben verbannen, entsteht Raum
136 für echten Mut, für Träume und für ein freies und starkes Miteinander. Unsere Antwort
137 auf die Dunkelheit dieses Kürzungsdiktats ist der unerschütterliche Glaube an unserer
138 Solidarität. Wir kämpfen für eine Gesellschaft, die wärmt, schützt und wirklich
139 niemanden zurücklässt.
140

Begründung

Erfolgt mündlich

Antrag V-11: Solidarität mit ALLEN Wohnungs- und Obdachlosen

Antragsteller*in:	Sofie Richter, Daniel Cruismann
Status:	angenommen
Tagesordnungspunkt:	V- - TOP 5 – Verschiedene Anträge

1 **1. Das Selbstverständnis der GRÜNEN JUGEND ist das folgende:**

2 1.1. Ein Dach über dem Kopf ist kein Privileg, sondern der Grundstein menschlicher
3 Würde. Wo die Kälte der Straße oder die nächste Hitzewelle nach Menschen greift,
4 antworten wir als GRÜNE JUGEND mit unteilbarer Solidarität und stehen für eine
5 Gesellschaft, die niemanden im Stich lässt. Wir träumen nicht nur von einer gerechten
6 Welt, wir streiten für sie: für Räume des Schutzes, der Wärme und der Abkühlung,
7 sowie des bedingungslosen Ankommens für jeden einzelnen Menschen. Deshalb kämpfen wir
8 für einen solidarischen Umgang mit allen wohnungs- und obdachlosen Personen.
9 Herkunft, Aufenthaltsstatus oder bürokratische Hürden dürfen niemals über den Wert
10 eines Menschen oder sein Recht auf Obdach entscheiden, denn das Recht auf Wohnen
11 kennt keine Grenzen.

12

13 **2. Die Auffassungen der GRÜNEN JUGEND sind die folgenden:**

14 2.1. Menschenwürdige Unterbringung muss ausnahmslos für alle von Wohnungs- und
15 Obdachlosigkeit betroffenen Personen gelten. Weder Herkunft, Aufenthaltsstatus oder
16 Staatsbürgerschaft, noch Zuständigkeitsfragen dürfen jemals als Vorwand dienen,
17 Menschen von Schutzangeboten auszuschließen oder abzuschrecken. Das Recht auf eine
18 sichere Behausung kennt keine Grenzen oder Formalien.

19 2.2. Die Länder stehen in der Pflicht, gemeinsam mit den Kommunen verbindliche
20 Mindeststandards festzulegen, die sich strikt an den fachlichen Empfehlungen der
21 zuständigen Ministerien orientieren. Not- und Obdachlosenunterkünfte müssen zwingend
22 menschenrechtskonform ausgestaltet sein. Das bedeutet für uns eine angemessene
23 Wohnqualität, konsequenter Schutz vor Gewalt, die Berücksichtigung besonderer
24 Schutzbedarfe sowie transparente Beschwerde- und Mitbestimmungsstrukturen für die
25 untergebrachten Personen. Gleichzeitig muss die Schwelle für den Zugang zu diesen
26 Einrichtungen massiv und dauerhaft gesenkt werden.

27 2.3. Die Klimakrise eskaliert und Extremwetterereignissen werden immer häufiger und
28 das trifft neben jungen und alten Menschen, sowie Menschen mit Vorerkrankungen vor
29 allem Menschen in Armut und Obdachlose Personen. Diese sind am stärksten der Winter-
30 Kälte und den Sommer-Hitzewellen ausgesetzt und brauchen mehr Klimaanpassung, da sie
31 der Gefahr auf der Straße dauerhaft ausgesetzt sind und nicht wie Überreiche einfach
32 in den Pool springen oder die Klimaanlage anschalten können. Diese Ungerechtigkeit
33 ist tödlich wie die letzte Hitzewelle Ende Juni mit 1300 zusätzlichen Toten
34 europaweit uns erneut deutlich gemacht hat. Da hilft es nicht einfach zu appellieren
35 mehr Wasser zu trinken, sondern die Politik muss konkrete Schutzmaßnahmen und -
36 Konzepte umsetzen. Fossile Brennstoffe müssen gestoppt, Städte mit grüner und blauer

37 Infrastruktur umgebaut, ausreichend gekühlte Schutzräume für Wohnungslose zur
38 Verfügung gestellt, sowie Extremwetter-Aktionspläne und Hitzegefahren-Karten mit
39 eingezeichneten Abkühlungsräumen erstellt werden.

40 2.4. Wir vertreten die Auffassung, dass finanzielle Landeshilfen für die
41 Obdachlosenunterbringung kein Freifahrtschein für die Kommunen sein dürfen. Sie
42 müssen strikt an die Umsetzung der Mindeststandards und an messbare Verbesserungen in
43 der Versorgung geknüpft werden.

44 2.5. Wer von gesellschaftlicher Diskriminierung betroffen ist, ist in der Wohnungsnot
45 besonders verletzlich. Wir erwarten eine Infrastruktur, in der LSBTIQA*, Menschen mit
46 Migrationshintergrund, Alleinerziehende und einkommensschwache Personen in den
47 Unterkünften aktiv und strukturell vor Diskriminierung bewahrt werden. Ein zentraler
48 Fokus muss zudem auf dem Jugendschutz liegen. Careleaver*innen benötigen beim
49 Übergang aus der Jugendhilfe in die Selbstständigkeit eine lückenlose, proaktive
50 Unterstützung, damit das Risiko der Wohnungslosigkeit von vornherein abgewendet wird.

51 2.6. Land und Kommunen müssen eine lückenlose und regelmäßige öffentliche
52 Berichterstattung über die Realität der ordnungsrechtlichen Unterbringung
53 sicherstellen. Wir verlangen ungeschönte Daten zur Belegung und Auslastung, zu
54 Schutzkonzepten, zu dokumentierten Gewaltvorfällen und den bestehenden Hürden. Nur
55 wenn der tatsächliche Mangel an Plätzen, Personal und Unterstützung vor Ort
56 schonungslos benannt wird, kann Politik echte Lösungen schaffen.

57

58 **3. Die bundespolitischen Forderungen der GRÜNEN JUGEND sind die folgenden:**

59 3.1. Wir fordern eine sofortige Anschubfinanzierung des Bundes, um "Housing First"
60 flächendeckend zum Standard zu machen. Statt 30 mindestens 50 Euro pro Nacht für
61 perspektivlose Notunterkünfte zu verschwenden, müssen die über 50.000 obdachlosen und
62 400.000 wohnungslosen Menschen in Deutschland bedingungslose, reguläre Mietverträge
63 erhalten.

64 3.2. Der freie Markt löst die Wohnungskrise nicht. Wir fordern vom Bund die
65 Aufstockung der Fördermittel auf mindestens 5 Milliarden Euro pro Jahr, um das reale
66 Defizit zu schließen und jährlich 100.000 neue Sozialwohnungen (statt aktuell 25.000)
67 zu bauen. Jeder geförderte Neubau muss zwingend mit einer ewigen Mietpreisbindung
68 versehen werden.

69

70 3.3. Außerdem braucht es mehr finanzielle Mittel zur sozialen Klimaanpassung für die
71 Kommunen, damit diese ihre Siedlungen und Städte klimagerecht umbauen können, sowie
72 mehr Räume zur Abkühlung und Wärme zur Verfügung stellen können.

73 3.4. Zwangsräumungen zerstören Existenzen und kosten den Staat pro Fall völlig
74 sinnlos 3.000 bis 5.000 Euro. Wir fordern ein 50-Millionen-Euro-Bundesprogramm zur
75 dauerhaften Finanzierung kommunaler Präventionsstellen. Mietschulden müssen
76 frühzeitig aufgefangen und Räumungsklagen konsequent abgewendet werden, bevor
77 Menschen auf der Straße landen.

78

Begründung

Die Anzahl wohnungs- und obdachloser Menschen in Deutschland steigt seit Jahren rapide. Bereits im Jahr 2017 fehlte es ca. 650.000 Menschen an einer Wohnung, hinzu kommen tausende Wohnungs- und Obdachlose, deren Anzahl nicht systematisch erfasst ist.

Der Masterplan der Bundesregierung zur Überwindung von Obdach- und Wohnungslosigkeit bis 2030 steht in starkem Widerspruch zu den aktuellen Sozialkürzungen, finanzielle Repression bei denjenigen, die sich sowieso schon in einem sozioökonomischen Abstieg befinden, schafft bloß noch mehr Obdachlosigkeit.

Wohnungs- und Obdachlosigkeit ist in den allermeisten Fällen keine bewusste Entscheidung, sondern das Ergebnis struktureller Benachteiligung. Besonders betroffen von Wohnungsnot sind Menschen mit geringerem Einkommen, Familien mit Kindern, Alleinerziehende, Arbeitssuchende, LSBTIQA*, Menschen mit Behinderung sowie Migrant*innen. Sie werden bei der Vergabe von Wohnungen häufig diskriminiert. Viele Betroffene von Wohnungs- und Obdachlosigkeit stammen also aus marginalisierten Gruppen und sozioökonomisch prekären Lebenslagen, und geraten durch einzelne Krisen, wie Arbeitsplatzverlust, Krankheit, Suchterkrankung, Trennung oder Gewalt, in Abwärtsspiralen, aus denen sie sich ohne Unterstützung nicht selbst befreien können. Gerade in solchen Situationen sind niedrigschwellige, anonyme, diskriminierungsfreie und verlässliche Hilfsangebote existenziell. Da es sich bei der Versorgung und Unterbringung von obdachlosen Personen um eine Aufgabe der Kommunen handelt, sind die Herangehensweisen der Kommunen zum Umgang mit Obdachlosigkeit nicht einheitlich. Die Zuständigkeit der Kommunen ist zwar sinnvoll, da sie besser die ortsspezifischen Problemstellungen einschätzen und lösen können. Damit jedoch die Qualität und der Umfang von Hilfsangeboten nicht ausschließlich davon abhängig ist, wie großzügig eine Kommune ist, braucht es landes- und bestenfalls bundesweite Mindeststandards.

Oft werden Träger*innen von Obdachlosenunterkünften nur dann vollständig refinanziert, wenn die untergebrachten Personen ihren gewöhnlichen Aufenthalt in einem bestimmten Stadtgebiet haben. Das führt dazu, dass Unterbringung nicht allein nach Bedarf erfolgt, sondern nach formalen Kriterien, die für die akute Notlage der Betroffenen irrelevant sind. Damit entsteht ein System, in dem Hilfe und die Einhaltung von Menschenrechten von Verwaltungsgrenzen abhängt. Das häufig vorgebrachte Argument, man könne nicht sämtliche obdachlose Menschen aufnehmen, überzeugt weder rechtlich noch moralisch. Juristisch ist die Kommune verpflichtet, bei unfreiwilliger Obdachlosigkeit eine menschenwürdige Unterbringung zu gewährleisten, um Gefahren für Leib und Leben abzuwenden. Diese Pflicht besteht unabhängig davon, wo sich der letzte Wohnsitz befand. Wenn reguläre Unterkünfte ausgelastet sind, müssen andere Formen der Unterbringung gefunden werden. Dabei dürfen Zuständigkeitsfragen oder andere individuelle und strukturelle Faktoren den Betroffenen nicht zur Last fallen. Auch moralisch ist es nicht hinnehmbar, Menschen aus Angst vor einer Überlastung des Systems Hilfe zu verweigern.

Dass obdachlose Personen ihren ursprünglichen Aufenthaltsort verlassen, hat häufig nachvollziehbare Gründe. In vielen ländlichen Regionen fehlen ausreichende Strukturen der Wohnungslosenhilfe. Hinzu kommt, dass es in Unterkünften immer wieder zu Gewalt, auch sexualisierter Gewalt, kommt, sodass ein Verbleib dort für Betroffene nicht zumutbar ist. Ein Ortswechsel kann daher eine notwendige Schutzmaßnahme sein und kein Ausdruck von Missbrauch sozialer Systeme. Das Thema Obdachlosigkeit ist zudem für Betroffene mit großer Scham verbunden, weshalb es für uns zur individuellen Freiheit zählt, wie Menschen mit dieser Betroffenheit umgehen und welche Orte sie

aufsuchen.

Die Bekämpfung von Obdachlosigkeit in Deutschland darf nicht zu einem Wettbewerb werden, bei dem Kommunen ihre Hilfsangebote möglichst niedrig halten, um keine zusätzlichen Menschen aufzunehmen, und in dem die einzigen wirklichen "Maßnahmen" gegen Obdachlosigkeit darin bestehen, die Betroffenen von öffentlichen Plätzen fernzuhalten bzw. ihnen durch defensive Architektur wie Bänken mit Armlehnen, oder Rampen vor Ladeneingängen, einen Schlafplatz zu nehmen. Ein solcher menschenunwürdiger und nicht menschenrechtskonformer Ansatz ist, besonders bei der steigenden Zahl der Wohnungslosen, nicht zumutbar und verschärft bzw. verlagert bestehende Probleme nur. Notwendig ist also eine solidarische Zusammenarbeit zwischen Kommunen sowie eine stärkere Verantwortung des Landes in Form von Koordinierungsarbeit und verbindlicher, höherer Maßstabsetzung, um eine verlässliche und gerechte Finanzierung sicherzustellen.

Dieser Antrag zielt darauf ab, Obdachlosenhilfe konsequent an den Bedürfnissen der Betroffenen auszurichten und klarzustellen, dass existenzielle Hilfe nicht an Stadtgrenzen enden darf.

Um dies zu gewährleisten, müssen die Kommunen ihre rechtlichen Pflichten zur Unterbringung von jeder bedürftigen Person ernst nehmen. Es muss regelmäßige Berichterstattung, insbesondere mit Aussagen zu Belegung und Auslastung, zu Schutzkonzepten, zu dokumentierten Gewaltvorfällen, zu bestehenden Zugangshürden sowie zu weiterem Bedarf an Plätzen, Personal und Unterstützungsangeboten in Not- und Obdachlosenunterkünften geben.

Weitere Informationen: Claudia Engelmann / Deutsches Institut für Menschenrechte (Hrsg.),
Notunterkünfte für Wohnungslose menschenrechtskonform gestalten: Leitlinien für Mindeststandards
in der ordnungsrechtlichen Unterbringung

Antrag V-12: Antifa ist queerfeministisch: TINA*-Rechte schützen und Vernetzung stärken!

Antragsteller*in:	Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND Bayern, Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND Hessen
Status:	angenommen
Tagesordnungspunkt:	V - TOP 5 – Verschiedene Anträge

1 Weltweit steigen Gewalt und politische Bedrohung gegen trans*, inter, nicht-binär und
2 agender Personen (abgekürzt: TINA*-Personen). Ob offene Anfeindungen, Diskriminierung
3 oder die systematische Infragestellung der Existenz queerer Menschen - immer mehr
4 Menschen müssen um Zugehörigkeit kämpfen. In Großbritannien werden trans* Frauen
5 gesetzlich nicht mehr als Frauen anerkannt, in den USA und Indien wird die
6 Selbstbestimmung durch neue Gesetze und Dekrete eingeschränkt. Vor allem rechte
7 Parteien nutzen TINA*-Personen als Feindbild und schüren Hass. Dabei
8 instrumentalisieren sie gezielt einen reaktionären „Feminismus“, der mit
9 rassistischen Narrativen gegen Migrant*innen verknüpft wird. Gleichzeitig müssen in
10 progressiven Parteien oft Betroffene Aufklärungsarbeit leisten, während TINA*-
11 Personen selbst in internen Strukturen ausgegrenzt werden. Als GRÜNE JUGEND wissen
12 wir: Feministisch kämpft man nur gemeinsam!

13 Diese permanente Bedrohung hinterlässt bei vielen Spuren: Mehrere Studien zeigen etwa
14 eine erhöhte Suizidalität unter trans* Personen und laut dem „Trans Murder
15 Monitoring“ der „TGEU“ wurden seit 2009 über 5.000 trans* Personen ermordet.
16 Besonders migrantisierte und BiPoC-TINA*-Personen erleben ein extremes Ausmaß an
17 Gewalt und müssen zusätzlich gegen institutionellen und intersektionalen Rassismus
18 ankämpfen.

19 Auch in Deutschland werden politische Angriffe auf die Rechte von TINA*-Personen
20 vorbereitet und bereits umgesetzt.. Das Selbstbestimmungsgesetz regelt die
21 Datenweitergabe eigentlich streng durch das sogenannte Offenbarungsverbot: Daten vor
22 der Änderung des Geschlechtseintrags dürfen grundsätzlich nicht weitergegeben werden.
23 Dennoch gibt es Versuche, vermeintliche rechtliche Spielraum auszunutzen, die immer
24 wieder eingebracht werden. Einzelne Bundesländer befürworten eine automatisierte
25 Datenweitergabe an Sicherheitsbehörden und die Polizei. In Baden-Württemberg soll
26 dies beispielsweise durch eine Änderung in der Meldeverordnung im November 2026 in
27 Kraft treten. Darüber hinaus entwirft das Bundesinnenministerium aktuell ein
28 deutschlandweites Sonderregister, über das der Bundesrat noch abstimmen muss. Der
29 Entwurf sieht vor, dass der frühere Geschlechtseintrag, der frühere Vorname, das
30 Datum der Änderung sowie die ändernde Behörde mit Aktenzeichen routinemäßig
31 weitergegeben werden - angeblich, damit Meldeämter „ihre Aufgabe erfüllen können“.
32 Neben diesen Bedrohungen durch diese Sonderregister, welche faktisch Zwangsausgangs
33 schon bei einem Umzug bedeuten würden, hat auch die 97. Justizminister*innenkonferenz
34 (JuMiKo) im Juni 2026 angestoßen, das Selbstbestimmungsgesetz weiter auszuhöhlen,
35 indem die Justizminister*innen empfehlen, das Selbstbestimmungsgesetz um
36 „verhältnismäßigen, rechtssicheren und entstigmatisierenden Prüfmechanismus für Fälle

- 37 offenkundigen Missbrauchs des SBGG“ zu erweitern. Dies stellt jedoch nur eine
38 Erschwerung und Verschärfung der aktuellen Gesetzeslage dar, denn wie der Fall
39 Liebich schon zeigte, sind nötige Instrumente zum Schutz vor missbräuchlicher
40 Inanspruchnahme schon vorhanden und in diesem Fall auch schon genutzt worden.
- 41 Es zeigt sich also: Sowohl auf Landes-, als auch auf Bundesebene werden die Rechte
42 von TINA*-Personen angegriffen! Für uns ist klar, dass diese Regelungen einen
43 Generalverdacht und ein systematisches Misstrauen des Staates gegenüber den eigenen
44 Bürger*innen ausdrückt. Und das hat Geschichte: Bereits 1933 legten Polizeibehörden
45 „rosa Listen“ an, um homosexuelle Männer zu erfassen. Im Nationalsozialismus wurden
46 diese zentralisiert und für staatliche Verfolgung genutzt. Sonderregister,
47 Meldelisten und jede Form der gezielten Entrechtung sind nicht nur unverhältnismäßig,
48 sie bedrohen gezielt Minderheiten. Gerade jetzt, in einer Zeit, in der faschistische
49 Akteur*innen an Zuspruch gewinnen, wird Ungleichheit institutionalisiert und aktiv
50 gefördert. Das Gegeneinander-Ausspielen von Minderheiten ist ein deutliches
51 Warnsignal, eben weil Ungleichheit der Nährboden für Faschismus ist!
- 52 Wenn international TINA*-Personen unter Generalverdacht stehen und fundamentale
53 Rechte angegriffen werden, dürfen wir dazu nicht schweigen. Es ist unsere Pflicht,
54 uns weiterzubilden, Betroffenen sicherere Räume zu bieten und politischen Widerstand
55 als Teil unserer queerfeministischen und antifaschistischen Praxis zu verstehen!
- 56 Behördengänge dürfen niemandem Angst machen. Menschenrechte, und damit auch die
57 Sicherheit von TINA*-Personen, stehen für uns immer im Vordergrund.
- 58 Anknüpfend an den Antrag des 59. Bundeskongress „Nie wieder Rosa Listen“ sowie den
59 Beschluss „Keine Rosa Listen 2.0!“ der GRÜNEN JUGEND Hamburg, fordern wir:
- 60 • Den Stopp aller Sonderregister - keine neue „Rosa Liste“! Das bedeutet das
61 sofortige Ende aller Entwürfe für Sonderregister oder Sonderkennzeichnungen.
62 Keine dauerhafte Speicherung oder Übermittlung früherer Geschlechtseinträge über
63 das absolut notwendige Mindestmaß hinaus. Kein Extrablatt, keine Marker-Felder
64 und keine technische Hervorhebung von trans* Personen in den Melderegistern.
 - 65 • Konsequenter Schutz des Offenbarungsverbots - Menschenrechte und die Sicherheit
66 von TINA*-Personen stehen dabei immer im Vordergrund. Ohne Einwilligung dürfen
67 frühere Einträge weder offengelegt noch ausgeforscht werden. Ausnahmen müssen
68 eng gefasst, verhältnismäßig und nachverfolgbar sein. Verstöße müssen
69 sanktioniert werden.
 - 70 • Echter Datenschutz für sensible Daten und keine automatisierte Weitergabe
71 zwischen Behörden.
 - 72 • Transparenz und Kontrolle über eigene Daten -leicht zugängliche, unbürokratische
73 Widerspruchs- und Beschwerdemöglichkeiten gegen Datenübermittlungen.
 - 74 • Ausbau von Schutz und Antidiskriminierung - Behördengänge sollten niemandem
75 Angst machen. Dazu benötigt es die Stärkung von Antidiskriminierungs- und
76 Gewaltschutzstrukturen, Schutzunterkünften und unabhängigen Beratungsstellen,
77 sowie verpflichtende Fortbildungen zu queerfeindlicher Diskriminierung bei der
78 Polizei und Justiz.
 - 79 • Schutz von TINA*-Personen und Vernetzungsangebote als Teil unserer

- 80 antifaschistischen Praxis in der GRÜNEN JUGEND - wir nehmen unsere Verantwortung
81 ernst und fördern TINA*-Personen, damit deren Perspektiven mehr Platz innerhalb
82 unseres Verbands bekommen. Dafür benötigt es eine intersektionale Überarbeitung
83 der Geschlechterstrategie auf mehrfach marginalisierte Perspektiven, welche
84 Vorschläge für eine intersektionale Umsetzung auf allen Ebenen der GRÜNEN
85 JUGEND, regionale Vernetzungsangebote und das Mitdenken queerer Perspektiven in
86 unserer Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit beinhalten muss.
- 87 • Konsequente Kritik und den Ausbau an Strategien für einen wirklich inklusiven
88 Queerfeminismus bei Bündnis 90/Die Grünen
- 89 Niemand sollte Angst vor einem Zwangsouting oder der Diskriminierung bei
90 Behördengängen haben - Selbstbestimmung gilt auch beim Datenverkehr!

Begründung

Erfolgt mündlich

Antrag V-13: Krieg ist kein Geschäft - Rüstungskonzerne verstaatlichen!

Antragsteller*in:	Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND Bayern
Status:	angenommen
Tagesordnungspunkt:	V- - TOP 5 – Verschiedene Anträge

1 Die GRÜNE JUGEND fordert Bündnis 90/Die Grünen und die Bundesregierung auf, sich für
2 eine Verstaatlichung der deutschen Rüstungsindustrie und im Besonderen großer
3 Rüstungskonzerne einzusetzen.

4 Der Aktienpreis von Rheinmetall ist seit der Zeitenwende-Rede von Olaf Scholz um fast
5 2000% auf ein nie dagewesenes Hoch angestiegen. Auch andere Unternehmen der
6 Rüstungsbranche berichten von nie dagewesenen Gewinnen oder um ein vielfaches
7 angestiegene Aktienpreise - horrenden Profite, die nicht in den Taschen privater
8 Investor*innen landen sollten.

9 Die Bereicherung durch Waffen und Rüstungsgüter stellt auch einen grundlegenden
10 Interessenkonflikt zwischen der Profitmaximierung privater Unternehmen und dem
11 allgemeinen Wunsch nach Frieden dar. Die kapitalistische Notwendigkeit, Profite zu
12 steigern und immer mehr zu produzieren, macht Frieden für diese Unternehmen und ihre
13 Interessenvertreter*innen uninteressant, das darf nicht so sein!

14 Um diesen Konflikt aufzulösen, müssen die deutschen Rüstungskonzerne in staatliche
15 Hand überführt werden. Dies soll geschehen, um den Unternehmen den Zwang zur
16 Profitmaximierung und damit das wirtschaftliche Interesse an Kriegen zu nehmen.

17 Eine Industrie, welche Schutz als öffentliches Gut anbietet und enorme staatliche
18 Summen kassiert, sollte nicht in privater, sondern staatlicher Hand verbleiben!

19

20 Deutsche Waffenexporte kritisch hinterfragen und strikter begrenzen

21 Deutschland ist noch immer der fünft-größte Waffenexporteur der Welt, mit vielen
22 Käufer*innen im globalen Süden. Viele dieser Waffen und Rüstungsgüter werden von
23 autoritären Staaten und in Krisengebieten eingesetzt, um Zivilist*innen zu
24 unterdrücken und zu töten. Selbst in russischen Waffen, die benutzt wurden, um die
25 Ukraine anzugreifen, fanden sich Komponenten aus deutscher Produktion.

26 Eine staatliche Rüstungsindustrie würde es der Bundesregierung und dem Bundestag
27 ermöglichen, die Exporte von Waffen und Rüstungsgütern stärker zu begrenzen und zu
28 lenken, über die bisherigen Kompetenzen des Bundessicherheitsrats hinaus. Damit
29 könnte viel durch Profitgier ermöglichtes Leid verhindert und durch gezieltere
30 Exporte von Rüstungsgütern eine stärker wertebasierte Außenpolitik gestaltet werden.
31 Rüstungsexporte müssen von der Zivilgesellschaft aktuell und auch weiterhin kritisch
32 begleitet werden können, da diese Exporte aktuell häufig keine wertebasierte
33 Außenpolitik verfolgen. Daher unterstützen wir friedliche Proteste, die sich gegen
34 Rüstungsexporte zum Leid der Zivilgesellschaft in betroffenen Regionen einsetzen.

35

36 Staatliche Verteidigungsfähigkeit durch staatliche Unternehmen!

37 Eine nicht profitorientierte Ausrichtung von Rüstungsunternehmen würde ebenfalls
38 geringere Kosten für den deutschen Staat bedeuten, da nun durch Produktion und
39 Verkauf keine Gewinne erwirtschaftet werden müssten. Aktuell profitieren davon
40 Überreiche sowie Aktionär*innen, die somit durch Kriege massive Gewinne machen. Mit
41 einer Änderung dieser bisherigen Praxis könnten die Bundeswehr, andere Staatsorgane
42 und Verbündete gleiche Güter zu einem geringeren Preis einkaufen und die finanzielle
43 Last einer Verteidigungsfähigkeit schmälern. Eine staatliche Kontrolle der
44 Rüstungsindustrie würde die Bundeswehr sowie andere verbündete europäische
45 Streitkräfte autonomer machen und die Notwendigkeit nehmen, auf Importe aus
46 autokratischen Staaten zurückzugreifen.

47 Zudem würde die Verstaatlichung von Rüstungskonzernen die Bündelung von Ressourcen
48 sowie die Vereinheitlichung von Standards massiv erleichtern und fördern. Gerade in
49 Hinblick auf eine koordinierte Verteidigung im europäischen Verbund ist die
50 gemeinsame Beschaffung von Rüstungsgütern essentiell. Dafür sind gemeinsame,
51 vereinheitlichte Standards unabdingbar, welche durch staatliche Rüstungsunternehmen
52 deutlich einfacher umzusetzen sind und von diesen noch gefördert werden können.

53 Die Bundeswehr und alle anderen Armeen unserer europäischen Partner*innen benötigen
54 Waffen und Güter von bestimmter Beschaffenheit. Sie wissen selbst am besten, welche
55 Eigenschaften und Produktionsstandards für die Ausrüstung der Soldat*innen gebraucht
56 werden. Auch vor diesem Hintergrund sind staatliche Rüstungsunternehmen effizienter:
57 Sie antworten exakter auf die Bedarfe der Armee und können die Produktion ggf.
58 schneller an neue Konfliktlagen anpassen, als dies privatwirtschaftliche Akteur*innen
59 vermögen. Staatliche Rüstungsunternehmen sind in der Lage, besser und enger mit
60 denjenigen staatlichen Institutionen zusammenzuarbeiten, die für die Sicherheit
61 unseres Staats zuständig sind, und die liberale Demokratie effektiver gegen Angriffe
62 autoritärer Staaten zu schützen. Vor dem Hintergrund geopolitischer
63 Auseinandersetzungen und besonders des Kriegs in der Ukraine ist die Verstaatlichung
64 von Rüstungskonzernen für die praktische Verteidigung des Bündnisgebiets
65 unverzichtbar.

66

67 **Wir lassen uns nicht gegeneinander ausspielen - *tax the rich* statt Sozialabbau!**

68 Wir sehen mit Sorge, dass Investitionen in andere Schlüsselbereiche unserer
69 Gesellschaft, so z.B. die Ausgaben im sozialen Bereich, beim Klimaschutz, in unsere
70 Bildung und bei globaler Zusammenarbeit aktuell nicht ausreichend stattfinden. Vor
71 dem Hintergrund der geopolitischen Herausforderungen verschärft dies bestehende
72 gesellschaftliche Ungleichheiten und globale Krisen und vernachlässigt die anderen
73 zentralen Handlungsfelder sowie Verantwortlichkeiten des Staats.

74 Verteidigungsfähigkeit und dringend notwendige Ausgaben in anderen Politikbereichen
75 dürfen aber keinesfalls gegeneinander ausgespielt werden! Daher fordern wir
76 Verteidigungsfähigkeit nicht auf Kosten sozialer Ausgaben und somit des
77 gesellschaftlichen Zusammenhaltes zu erreichen, sondern stattdessen Überreiche und
78 Unternehmen endlich gerecht zu besteuern. Wir setzen uns daher weiter für eine
79 gerecht ausgestaltete Besteuerung der Gesellschaft und konsequente Verfolgung von

- 80 Steuerhinterziehung ein, damit unsere Gesellschaft auch in allen anderen
81 Politikbereichen zukunftsfest gemacht wird!

Begründung

Eingereicht für den Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND Bayern

In Zeiten zunehmender geopolitischer Herausforderungen und dem seit mehr als 4 Jahre andauernden Krieg in der Ukraine ist die Verteidigungsfähigkeit Europas ein essentielles Element zur Bewahrung von Demokratie und Freiheit.

Die Rüstungsindustrie besteht derzeit aber fast ausschließlich aus privaten Konzernen, die mit der Lieferung von Waffen an Armeen und paramilitärische Akteur*innen weltweit Profit machen.

Um den kapitalistischen Anreiz der Konzerne zu unterlaufen, dass sie immer mehr Waffen und Kriegsgüter absetzen und damit weltweit Kriege in Gang halten, ist es unabdingbar, die Rüstungsunternehmen in Deutschland zu verstaatlichen. Dadurch besteht kein kapitalistischer Zwang zur Waffenproduktion mehr, es gelingt eine stärkere Kontrolle von Waffenexporten und auch eine zielgenauere Produktion für gemeinsame europäische Standards wird so möglich.

Wir sollten Rüstungskonzerne dringend verstaatlichen, weil Krieg kein Geschäft ist!

Antrag V-14: GRÜNE JUGEND goes VEGAN - Für Veganismus und gegen Speziesismus

Antragsteller*in:	Sofie Richter, Daniel Cruismann		
Status:	abgelehnt		
Tagesordnungspunkt:	V- - TOP 5 – Verschiedene Anträge		
Antrag V-14 Abstimmung	Ja:	(39,583 %)	19
	Nein:	(47,917 %)	23
	Enthaltung:	(12,5 %)	6
	Gültige Stimmen:		48

1

2 **1. Das Selbstverständnis der GRÜNEN JUGEND ist das folgende:**

3 Klar ist, dass wir entschlossen gegen jede Art von Diskriminierung, Ausbeutung und
4 Unterdrückung eintreten. Gleichzeitig beobachten wir, dass täglich Millionen fühlende
5 Lebewesen, die Schmerz, Angst und tiefgründige Emotionen spüren, zu bloßen
6 Produktionsmitteln degradiert werden. Ihr Dasein wird auf den reinen Nutzen für uns
7 Menschen reduziert, ihr Herzschlag am Fließband beendet.

8 Die Grundlage dieses Leids ist der Speziesismus. Diese grausame und willkürliche
9 Grenzziehung, die darüber entscheidet, wessen Leben schützenswert ist und wessen
10 nicht. Wahre Solidarität darf keine Artgrenzen kennen. Wenn wir intersektional für
11 eine Welt kämpfen, die frei von Unterdrückung, Ausbeutung und Diskriminierung ist, dann
12 gilt dieser Grundsatz zwingend für alle fühlenden Lebewesen.

13 Veganismus ist für uns deshalb weit mehr als eine leise Konsumententscheidung auf dem
14 eigenen Teller. Er ist eine tiefgreifende politische Praxis und unser täglicher
15 Widerstand gegen ein Wirtschaftssystem, das fühlendes Leben in nackten Profit
16 verwandelt. Wir stehen für einen radikalen Wandel, der die Tierindustrie überwindet
17 und Platz macht für eine Gesellschaft, in der grenzenlose Solidarität die stärkste
18 politische Kraft bildet.

19

20

21 **2. Wir stehen für konsequenten Tierschutz in der gesamten GRÜNEN JUGEND ein und**
22 **setzen folgende Maßnahmen im Bundesverband um:**

23 2.1. Sämtliche Lebensmittel, die aus Geldern des Bundesverbandes der GRÜNEN JUGEND
24 finanziert oder im Rahmen des Bundesverbandes der GRÜNEN JUGEND angeboten werden,
25 müssen rein pflanzlich sein.

26 Rahmen der GRÜNEN JUGEND angeboten werden, müssen grundsätzlich rein pflanzlich sein.

27 2.2. Alle weiteren Produkte, die aus Geldern des Bundesverbandes der GRÜNEN JUGEND
28 finanziert werden, müssen, wenn die Möglichkeit besteht, frei von tierischen
29 Erzeugnissen sein.

30

31 **3. Die Auffassungen der GRÜNE JUGEND sind die folgenden:**

32 3.1 Speziesismus entschlossen bekämpfen:

- 33 1. Tiere sind leidensfähige Subjekte und keine Objekte. Sie verdienen ein Leben,
34 das frei von menschlich verursachtem Leid und Ausbeutung ist und bleibt. In
35 ihrem Empfinden von Schmerz, Freude, Angst oder Einsamkeit unterscheiden sie
36 sich nicht grundlegend vom Menschen. Diese geteilte Fähigkeit zur Empfindung
37 begründet eine ethische Verpflichtung, Speziesismus als Form der Diskriminierung
38 konsequent zu beenden und den inhärenten Wert eines jedes Individuums ins
39 Zentrum zu rücken.
- 40 2. Die gegenwärtige kapitalistische Tierhaltung ist ein Gewaltverhältnis, das
41 systematisch auf der Unterdrückung empfindungsfähiger Wesen beruht. Eine
42 wirklich artgerechte Haltung innerhalb eines kommerziellen Verwertungssystems
43 ist ein Widerspruch in sich selbst. Wo Tiere als bloße Rohstofflieferanten oder
44 Produktionsfaktoren betrachtet werden, bleibt ihre Individualität zwangsläufig
45 auf der Strecke.
- 46 3. Wir fordern die Anerkennung von Tieren als Träger individueller Rechte auf
47 Leben, Freiheit und Unversehrtheit. Tiere besitzen einen inhärenten Wert, der
48 unabhängig von ihrem Nutzen für den Menschen existiert. Jede Form der
49 kommerziellen Nutzung verletzt diese Rechte fundamental und ist daher ethisch
50 nicht vertretbar.
- 51 4. Der Fokus auf Bio-Siegel verschleiert oft die Realität der Verwertung. Auch
52 ökologische Haltungsformen enden für die Tiere im selben Schlachthof und
53 basieren auf der gewaltvollen Trennung von Mutter und Kind, sowie der Tötung am
54 Ende der Rentabilität. Ein Siegel kann die fundamentale ethische Problematik der
55 Tötung eines Lebewesens gegen seinen Willen nicht heilen. Wir lehnen die
56 Vermarktung von Tierprodukten als ethisch unbedenklich ab, solange das Prinzip
57 der Nutzung fühlender Lebewesen als Ressourcenlieferant bestehen bleibt.
- 58 5. Eine rein vegetarische Lebensweise blendet die untrennbare Verknüpfung von
59 Milch- und Eierproduktion mit der Fleischindustrie aus. Die Ausbeutung der
60 weiblichen Fortpflanzungsorgane in der Milchwirtschaft und das Schreddern oder
61 die Mast männlicher Nachkommen in der Ei-Industrie sind immanente Bestandteile
62 dieser Industriezweige. Nur der konsequent pflanzliche Weg beendet den Kreislauf
63 aus Zwangsbefruchtung, Entzug der Neugeborenen und schlussendlicher Schlachtung.

66 3.2. Klima- und Umweltschutz:

- 67 1. Die Tierindustrie gehört zu den Hauptverursachern der globalen Klimakrise. Sie
68 beansprucht gigantische Flächen, verschmutzt durch Gülle das Grundwasser und
69 trägt massiv zum Artensterben bei. Der Übergang zu einer rein pflanzlichen
70 Produktion ist der effizienteste Hebel, um Treibhausgasemissionen zu senken und
71 wertvolle Ökosysteme zu renaturieren. In der gesamten GRÜNEN JUGEND muss die
72 Ernährungswende als aktiver Umweltschutz begriffen werden.

75 3.3. Gesellschaft und Soziales:

- 76 1. Es ist ein ethischer Skandal, dass wertvolle Kalorien in Form von Getreide und
77 Soja als Futtermittel verschwendet werden, während weltweit Menschen hungern.
78 Der Veredelungsverlust durch den Umweg über das Tier ist ökologisch und
79 ökonomisch unverantwortlich. Eine pflanzliche Ernährung ermöglicht es,
80 wesentlich mehr Menschen mit deutlich weniger Ressourcen zu ernähren und stellt
81 somit einen Akt der globalen Solidarität dar.
- 82 2. Für uns ist klar: wir kritisieren Systeme und keine Individuen. Die gezielte
83 Förderung von veganen Lebensmittel und Produkten in Systemen und Strukturen ist
84 dabei die richtige Vorgehensweise. Verbotskultur lehnen wir dabei entschieden
85 ab. Niemandem darf vorgeschrieben werden, was gegessen werden darf und was
86 nicht. Wir wollen, dass die GRÜNE JUGEND mit gutem Beispiel für unsere Ziele
87 und Ideale vorangeht, denn Veganismus wird dadurch niedrigschwelliger und
88 deutlich zugänglicher für strukturell benachteiligte Menschen. Dadurch gelingt
89 der gesellschaftliche Kompromiss zwischen veganer Lebensweise und Gesellschaft,
90 ohne elitäre Gruppenbildung.
- 91 3. Eine vollwertige pflanzliche Ernährung reduziert das Risiko für
92 Zivilisationskrankheiten wie Adipositas, Typ-2-Diabetes und Herz-Kreislauf-
93 Erkrankungen signifikant. Wir setzen uns dafür ein, dass die pflanzliche Option
94 in öffentlichen Einrichtungen der Standard wird. Dies fördert nicht nur die
95 individuelle Vitalität, sondern entlastet langfristig auch die öffentlichen
96 Gesundheitssysteme.

97

98 **4. Appell an die Landes- und Kreisverbände**

99 Landesverbände genießen nach Satzung Finanzautonomie. Daher der ausdrückliche Appell
100 an die Landes- und Kreisverbände, im Rahmen ihrer Möglichkeiten ebenfalls
101 ausschließlich rein pflanzliche Produkte und Lebensmittel zu finanzieren und
102 anzubieten.

Begründung

Zu 3.1 Speziesismus entschlossen bekämpfen:

Der Begriff wurde 1970 von Richard Ryder geprägt und beschreibt die moralische Diskriminierung ausschließlich aufgrund der Artzugehörigkeit.

Die „Cambridge Declaration on Consciousness“ vom 7. Juli 2012 bestätigt wissenschaftlich, dass Säugetiere, Vögel und viele Wirbellose über neurobiologische Grundlagen für Bewusstsein und Leidensfähigkeit verfügen.

Die systemimmanente Trennung von Kuh und Kalb erfolgt zumeist innerhalb der ersten 24 Stunden, was durch messbare Reaktionen tiefgreifenden Stress und Traumata auslöst.

Historisch wurden in Deutschland jährlich rund 45 Millionen männliche Eintagsküken getötet. Das seit

2022 geltende Verbot wird aktuell durch die In-Ovo-Selektion umgangen. Diese ist nach Gesetzesanpassung bis zum 12. Bebrütungstag erlaubt, da ein Schmerzempfinden der Embryonen ab dem 13. Tag wissenschaftlich nicht mehr ausgeschlossen werden kann.

Cambridge Declaration on Consciousness - Philip Low Foundation

Philosophischer Grundbegriff - Antispeziesismus - Philosophie Magazin

Behavioral responses to cow and calf separation - separation at 1 and 100 days after birth - PMC

Tierschutz - Verbot des Kükentötens - BMEL

Zu 3.2. Klima und Umweltschutz:

Das globale Ernährungssystem verursacht 26 % (13,7 Milliarden Tonnen CO₂-Äquivalente) der weltweiten Emissionen. Über 58 % davon entfallen auf tierische Produkte, obwohl diese global nur 18 % der Kalorien und 37 % der Proteine bereitstellen. Methan ist auf 100 Jahre gerechnet 25 bis 28-mal, auf 20 Jahre über 80-mal klimaschädlicher als CO₂. Lachgas wirkt fast 300-mal stärker als CO₂.

Tierische Erzeugnisse beanspruchen 83 % der globalen Agrarflächen. Etwa 80 % der weltweiten Sojaernte fließt in die Tierfütterung. Eine globale pflanzliche Ernährung könnte den Flächenbedarf um über 75 % senken. Tierische Produkte verantworten zudem 82 % der Emissionen aus Landnutzungsänderungen in der Agrarwirtschaft.

Der Grenzwert für einen guten chemischen Grundwasserzustand liegt bei 50 Milligramm Nitrat pro Liter. Laut Nitratbericht 2024 wird dieser Wert an 25,6 % der deutschen EU-Messstellen überschritten. In Nordrhein-Westfalen mussten die ausgewiesenen „Roten Gebiete“ jüngst auf über 500.000 Hektar verdreifacht werden.

Reducing food's environmental impacts through producers and consumers - ResearchGate

Nitratbericht 2024 - Bundesumweltministerium

Zu 3.3. Gesellschaft und Soziales:

Meta-Analysen belegen, dass eine pflanzliche Ernährung das Risiko für Herz-Kreislauf-Erkrankungen um 20 bis 25 % senkt. Der tägliche Ersatz von lediglich 50 Gramm verarbeitetem Fleisch durch pflanzliche Proteine reduziert das Risiko für Herzkrankheiten und Typ-2-Diabetes um rund 20 bis 25 %. Weltweit fließen nur 55 % der pflanzlichen Kalorien in die direkte menschliche Ernährung. 36 % werden an Tiere verfüttert, 9 % gehen in Industrie und Biokraftstoffe. Von den 36 % der verfütterten Kalorien gelangen am Ende nur 12 % in Form von Fleisch, Milch oder Eiern in den menschlichen Konsum, was einen massiven Verlust von 88 % bedeutet. Eine direkte Nutzung der heutigen Futterpflanzen für den Menschen könnte die global verfügbaren Kalorien um bis zu 70 % steigern und den Bedarf von vier

Milliarden zusätzlichen Menschen decken.

Position of the Academy of Nutrition and Dietetics - Vegetarian Diets - PubMed

Plant-based diets and risk of type 2 diabetes - systematic review and dose–response meta-analysis -
Cambridge Core

Redefining agricultural yields - from tonnes to people nourished per hectare - ResearchGate

Plant-based default nudges effectively increase the sustainability of catered meals on college campuses
- Three randomized controlled trials - Frontiers

Antrag W-01: Kein Frieden durch Krieg - Für einen gerechten Frieden in Israel und Palästina!

Antragsteller*in:	Bundesvorstand, Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND Baden-Württemberg, Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND Hessen, Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND Mecklenburg-Vorpommern, Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND Bremen, Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND Saarland, Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND Sachsen, Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND Sachsen-Anhalt		
Status:	angenommen		
Tagesordnungspunkt:	W- - TOP 4 – Kein Frieden durch Krieg: Für einen gerechten Frieden in Israel und Palästina		
Antrag W-01 Gesamtabstimmung	Ja:	(82,222 %)	37
	Nein:	(17,778 %)	8
	Enthaltung:		3
	Gültige Stimmen:		48

1 Als GRÜNE JUGEND wollen wir internationale Konflikte nicht nur als Machtpolitik
2 einzelner Staaten verstehen, sondern die Verantwortung für Menschenrechte,
3 internationale Solidarität und die Verteidigung des Völkerrechts hochhalten. Gerade
4 in Zeiten globaler Krisen, autoritärer Verschiebungen und zunehmender Militarisierung
5 braucht es eine internationalistische Politik, die Sicherheit universell denkt und
6 die notwendigen Voraussetzungen dafür schafft, dass alle Menschen in friedlichen,
7 freiheitlichen und gerechten Verhältnissen leben können.

8

9 Im Israel-Palästina-Konflikt bedeutet das für uns die Sicherheit, das Recht auf
10 Selbstbestimmung und den Schutz vor Terror, Krieg und Vertreibung für alle Menschen -
11 unabhängig von ihrer Religion, Herkunft oder Ethnie. Außenpolitik muss historische
12 und gegenwärtige Ungleichheiten mitdenken, um sie nicht zu reproduzieren, sondern
13 bekämpfen zu können und ein staatliches Selbstbestimmungsrecht, das z.B. die
14 Schaffung zweier Staaten Israel und Palästina, zum Ziel haben.

15 Gerade hier wird deutlich, dass Außenpolitik nicht losgelöst von den bestehenden
16 wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnissen betrachtet werden kann.
17 Internationale Politik ist eng mit globalen Macht- und Eigentumsstrukturen verbunden,
18 die bis heute von imperialistischen Kontinuitäten geprägt sind. Wirtschaftliche,
19 politische und militärische Macht konzentrieren sich dabei vor allem in den
20 kapitalistischen Zentren, insbesondere im Globalen Norden, während die sozialen und
21 humanitären Folgen von Krieg, Destabilisierung und Ausbeutung häufig auf die
22 kapitalistische Peripherie, also z.B. Länder des globalen Südens, abgewälzt werden.

23 Die Interessen von Staaten und großen Unternehmen, insbesondere der Rüstungs-,
24 Energie- und Rohstoffindustrie, sind dabei oftmals eng miteinander verflochten.
25 Militarisierung, Aufrüstung und staatliche Gewalt dienen nicht selten der Absicherung
26 geopolitischer Einflusszonen, wirtschaftlicher Interessen und bestehender
27 Eigentumsverhältnisse. Kriege entstehen daher nicht ausschließlich aus
28 sicherheitspolitischen Konflikten, sondern stehen vielfach auch im Zusammenhang mit

29 globalen Konkurrenzverhältnissen, strategischen Ressourcen und ökonomischer Macht.

30 Die Folgen dieser Politik zeigen sich weltweit in Form von Tod, Vertreibung, Armut
31 und gesellschaftlicher Zerstörung, während gleichzeitig enorme Profite mit Krieg und
32 Aufrüstung erzielt werden. Eine internationalistische Politik muss diese
33 strukturellen Zusammenhänge sichtbar machen und sich gegen eine Logik stellen, die
34 Profit über menschliches Leben stellt. Solange sich mit Krieg wirtschaftlich
35 bereichert wird und Aufrüstung als Mittel politischer und ökonomischer Einflussnahme
36 funktioniert, fehlt häufig der tatsächliche Anreiz, Konflikte nachhaltig zu beenden.

37 Dieser Antrag versteht sich als Weiterführung der Beschlusslage des Sommerländerrats
38 2025 der GRÜNEN JUGEND und entwickelt diese Positionen inhaltlich weiter. Dabei
39 knüpfen wir an bestehende Grundsatzbeschlüsse an (s. dazu u.a. A-6 Zivilgesellschaft
40 in Israel und Palästina schützen - Gerechten Frieden schaffen (1. Länderrat 2025); L1
41 Eine Welt in Unordnung - außenpolitische Eckpfeiler in einer Welt voller Kriege (1.
42 Länderrat 2024); V-4 Überall Krieg, nirgendwo Schutz (2. Länderrat 2024) und führen
43 diese im Lichte der aktuellen Entwicklungen fort.

44 Zu einer gerechten und progressiven Politik gehört für uns außerdem, bestehende
45 Machtverhältnisse und kolonialistische Kontinuitäten auch sprachlich zu reflektieren.
46 Sprache ist niemals neutral, sondern prägt die Wirklichkeit und unsere Wahrnehmung
47 von ihr.

48 Der Begriff „Naher Osten“ ist kein neutraler geographischer Begriff, sondern Ausdruck
49 eines eurozentristischen und kolonialistisch geprägten Weltbilds. Dass eine Region
50 als „nah“ bezeichnet wird, ergibt sich allein aus der Perspektive Westeuropas, das
51 sich historisch selbst zum Bezugspunkt der Welt gemacht hat. Andere Regionen werden
52 dadurch nicht aus ihrer eigenen Realität heraus benannt, sondern in Relation zu
53 Europa eingeordnet.

54 Als GRÜNE JUGEND verwenden wir den Begriff „Nahost“ deshalb nicht. Stattdessen
55 sprechen wir von „Westasien“ oder benennen die betroffenen Orte und Gebiete konkret:
56 Westjordanland, Israel, Gaza, Palästina, Iran, Jemen und den Libanon. Damit wollen
57 wir eine präzisere, entkolonialisierte und weniger eurozentristische Sprache
58 verwenden. Diese sprachliche Konkretisierung soll sich auch in unserer konkreten
59 politischen Praxis wiederfinden, indem wir den Konflikt in Westasien, im Gebiet
60 Palästina und Israel auch als koloniale Gewalt begreifen.

61 Der Krieg in Gaza und die Besatzung von Land durch Israel, der Terror der Hamas, die
62 Eskalation von Gewalt sowie die zunehmende Polarisierung der Debatte stellen auch uns
63 als politische Jugendorganisation vor Herausforderungen. Wir erleben, wie Debatten
64 verrohen, wie Menschen gegeneinander ausgespielt werden und wie Antisemitismus,
65 antimuslimischer, palästinensischer, arabischer Rassismus und autoritäre Narrative
66 wieder lauter werden. Gerade deshalb sehen wir es als unsere Aufgabe, politische
67 Räume zu schaffen, die sich gegen jegliche Form der Entmenschlichung stellen,
68 universelle Menschenrechte verteidigen und Menschenrechtsverbrechen klar verurteilen,
69 unabhängig davon, wo sie passieren oder wer sie begeht.

70 Für uns bedeutet internationale Solidarität, Leid nicht gegeneinander auszuspielen.
71 Weder dürfen antisemitische Gewalt und die Traumata von Juden*Jüdinnen relativiert

72 werden, noch darf das Leid der palästinensischen Zivilbevölkerung, das durch die
73 menschenrechtswidrige Politik der israelischen Regierung, die Fatah-Herrschaft, aber
74 auch durch die Terrorherrschaft der Hamas, entstanden ist unsichtbar gemacht werden.
75 Eine linke Haltung zeigt sich gerade darin, Widersprüche auszuhalten, klare Haltung
76 gegen Terror und Menschenrechtsverletzungen einzunehmen und dennoch an den Prinzipien
77 von Menschenwürde, Völkerrecht und gleicher Freiheit für alle festzuhalten.

78 Als GRÜNE JUGEND wollen wir zu einer internationalistischen Politik beitragen, die
79 auf Diplomatie, zivile Konfliktlösung, globale Gerechtigkeit und starke
80 internationale Institutionen setzt.

81 Frieden entsteht nicht durch uneingeschränkte Militarisierung, Besatzung oder
82 autoritäre Gewalt, sondern durch gleiche Rechte, partizipative Teilhabe, soziale
83 Sicherheit und die konsequente Durchsetzung der internationalen Rechtsstaatlichkeit.
84 Dazu gehören eine internationale Ordnung, die auf gemeinsamem Recht statt auf
85 Machtpolitik basiert, ebenso wie internationale Gerichte und Institutionen, die
86 Kriegsverbrechen, Vertreibung und Verstöße gegen Menschenrechte verfolgen und ahnden.
87 Unser Internationalismus bedeutet deshalb, solidarisch an der Seite all jener zu
88 stehen, die trotz Krieg, Terror und Repression für Frieden und Menschenrechte
89 kämpfen. Eine gerechte internationale Ordnung kann nur bestehen, wenn universelle
90 Rechte nicht selektiv angewandt werden, sondern für alle Menschen gleichermaßen
91 gelten, unabhängig von geopolitischen oder wirtschaftlichen Interessen.

92 Dabei orientieren wir uns auch an den vielen Friedensbewegungen und
93 zivilgesellschaftlichen Initiativen weltweit, die sich vor Ort gegen Gewalt, Hass und
94 Unterdrückung einsetzen. Denn nachhaltiger Frieden kann nur entstehen, wenn gerade
95 die Stimmen der Leidtragenden gehört werden.

96 Für uns bedeutet eine feministische Außenpolitik deshalb, Sicherheit nicht allein
97 militärisch zu definieren, sondern die Lebensrealitäten der Menschen und
98 gesellschaftlichen Ursachen von Gewalt und Unsicherheit in den Mittelpunkt zu
99 stellen. Krieg, Aufrüstung und autoritäre Politik verschärfen bestehende
100 Ungleichheiten und treffen insbesondere FLINTA*-Personen (also Frauen, Lesben, Inter,
101 Nichtbinäre, Trans und Agender Personen), queere Personen und marginalisierte Gruppen
102 überproportional stark. Feministische Außenpolitik setzt deshalb auf Prävention,
103 zivile Konfliktlösung, internationale Solidarität und die Stärkung
104 zivilgesellschaftlicher Strukturen.

105 Als Nation der Täter*innen des Nationalsozialismus hat Deutschland eine besondere
106 Verantwortung gegenüber Jüdinnen*Juden, für den Schutz jüdischen Lebens sowie die
107 Anerkennung der Verbrechen an allen Opfergruppen. Dazu zählt die kontinuierliche
108 Aufarbeitung in sämtlichen Gemeinden, Instituten, Firmen und staatlichen Strukturen
109 durch Forschung und gesellschaftliches Engagement, aber auch Reparationszahlungen an
110 die Hinterbliebenen der Opferfamilien, Unterstützung bei der Suche nach ihrer
111 Familiengeschichte und die Instandhaltung und Schaffung von Gedenk- und Mahnorten,
112 die heutige wie kommende Generationen als Austausch- und Lernort über den deutschen
113 Nationalsozialismus begleiten. Zugleich folgt aus der Shoa eine besondere
114 Verantwortung für die Wahrung der universellen Menschenrechte, die als direkte
115 Konsequenz aus den Verbrechen des nationalsozialistischen Deutschlands in der

116 Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte verankert wurden und durch das Völkerrecht
117 geschützt werden sollen. Diese Verantwortung gilt gegenüber allen Menschen und allen
118 Konflikten gleichermaßen und rechtfertigt niemals besondere moralische Härte oder
119 Sonderaufmerksamkeit gegenüber Israel.

120 Wir bekennen uns zur Souveränität, zum Selbstbestimmungsrecht und zum
121 Selbstverteidigungsrecht des israelischen Staates. Das Selbstverteidigungsrecht und
122 das Selbstbestimmungsrecht müssen jedoch stets im Einklang mit dem Völkerrecht
123 ausgeübt werden. Im politischen Diskurs wird häufig von einem „Existenzrecht“ Israels
124 gesprochen, auch wenn dieser Begriff im Völkerrecht keine formale Grundlage hat. Er
125 drückt aus, dass Israel als einziger jüdischer Schutzraum das Recht hat zu existieren
126 und dass diese Existenz nicht in Frage gestellt werden darf, geschweige denn
127 verhandelbar ist.

128 Dass Israel seit seiner Gründung immer wieder mit dem Ziel seiner Vernichtung
129 angegriffen wurde und wird, macht deutlich, dass das sogenannte „Existenzrecht“ keine
130 politische Floskel ist. Kein anderer Staat wird in vergleichbarer Weise mit der
131 systematischen Aberkennung seines Daseinsrechts konfrontiert. Dahinter steckt
132 letztlich die Frage des Selbstbestimmungsrechts: Dieses gilt uneingeschränkt für alle
133 Völker – für Israel wie für die Palästinenser*innen. Beide Rechte stehen nicht im
134 Widerspruch zueinander, und wir bekennen uns zu beiden.

135 Frieden kann nicht über die Köpfe der Beteiligten hinweg beschlossen werden. Nur eine
136 politische Lösung, die Sicherheit, gleiche Rechte und partizipative Perspektiven für
137 alle Menschen in der Region garantiert, kann langfristig zu einem gerechten Frieden
138 führen. Partizipative Perspektiven entstehen nicht von selbst. Sie setzen für
139 Palästina ein Ende der Gewalt auf beiden Seiten, einen dauerhaften Waffenstillstand,
140 den Schutz der Zivilbevölkerung, die Wiederherstellung grundlegender ziviler
141 Infrastruktur und ein Ende der Terrorherrschaft der Hamas voraus.

142 CN/TW: Explizite Beschreibung von Krieg, Terror, sexualisierter und tödlicher Gewalt

143 **Der 7. Oktober und historische Dimensionen des Konflikts**

144 Am 7. Oktober 2023 verübte die islamistische Terrororganisation Hamas mit anderen
145 bewaffneten Gruppierungen an einem Schabbat ein Massaker an der israelischen
146 Zivilbevölkerung. Rund 1.200 Menschen wurden getötet und über 250 Personen in den
147 Gazastreifen verschleppt. Ziel waren unter anderem mehr als zwanzig Kibbuzim, das
148 Supernova-Musikfestival sowie die Städte Sderot und Ofakim.

149 Die an diesem Tag begangenen Verbrechen waren das schwerste Verbrechen an
150 Jüdinnen*Juden seit der Shoah und von extremer Grausamkeit geprägt: Menschen wurden
151 gefoltert, zahlreiche Personen verschleppt, Frauen und queere Menschen vergewaltigt
152 und Eltern vor den Augen ihrer Kinder ermordet. Dieses Ausmaß an Gewalt hat tiefe
153 Traumata hinterlassen und Menschen in Israel wie weltweit, insbesondere
154 Jüdinnen*Juden, schwer erschüttert. Der Angriff hat das Versprechen des Staates
155 Israel von Schutz und Sicherheit für alle Jüdinnen*Juden nach Jahrhunderten der
156 Verfolgung und Ausgrenzung massiv infrage gestellt. Unsere Solidarität gilt den
157 Opfern und ihren Angehörigen. Wir gedenken dieses Tages in tiefer Anteilnahme und im

158 Bewusstsein des bis heute andauernden Leids.

159 Die Folgen des 7. Oktobers beschränken sich nicht nur auf den Tag des Angriffs
160 selbst. Auch in den darauffolgenden Monaten und Jahren waren und sind Jüdinnen*Juden
161 und Israelis wiederholt Angriffen ausgesetzt, mussten Schutzräume aufsuchen und
162 lebten vielerorts unter den fortdauernden Bedrohungen durch Raketen- und
163 Drohnenangriffe.

164 Unmittelbar nach dem Terrorangriff begann der Krieg durch die israelische Regierung
165 im Gazastreifen, der zur gezielten Ermordung der palästinensischen Bevölkerung und
166 schweren humanitären Katastrophen geführt hat und noch immer führt. Ausmaß und
167 Vorgehen werden vielfach als unverhältnismäßig und völkerrechtswidrig bewertet. Ende
168 Januar 2026 bestätigte Israel offiziell, dass 70.000 Menschen ermordet wurden. Eine
169 Studie des Max-Planck-Instituts geht von über 100.000 Opfern aus. Viele Todesopfer
170 wurden aufgrund von hohen Dunkelziffern nicht erfasst. 1 Zu den
171 Menschenrechtsverletzungen zählen gezielte Angriffe auf zivile Infrastruktur,
172 weitreichende Bombardierungen dicht besiedelter Gebiete, die Ausübung sexualisierter
173 Gewalt, herabwürdigende und gewaltvolle Behandlung Gefangener unter anderem durch
174 Folter, den Einsatz palästinensischer Gefangener für militärische Zwecke, sowie die
175 massive Einschränkung der humanitären Versorgung, die wesentlich zur humanitären
176 Katastrophe in Gaza beitragen. Unabhängig von der Gewalt des 7. Oktobers lässt sich
177 das Leid durch diesen Krieg nicht rechtfertigen. Hinzu kommen hunderttausende
178 Verletzte sowie die weitgehende Zerstörung ganzer Städte. Seit dem 7. Oktober 2023
179 wurden laut Zahlen der UN rund 90 Prozent der Bewohner*innen von Gaza vertrieben. Das
180 entspricht rund zwei Millionen Menschen.2 Humanitäre Helfer*innen und
181 Journalist*innen werden in ihrer Arbeit aktiv und absichtlich gefährdet und
182 teilweise gezielt getötet. Eine ganze Generation ist in ihrer Existenz und
183 Zukunftsperspektive massiv betroffen.

184 Das Leid der Zivilbevölkerung in Gaza ist unermesslich und betrifft auch viele
185 Menschen in Deutschland unmittelbar, die familiäre Verbindungen in die Region haben.
186 Ihre Trauer, ihre Angst und ihre Verzweiflung müssen gehört und ernst genommen
187 werden. Unser aufrichtiges Mitgefühl gilt den Opfern in Gaza, in der Westbank sowie
188 allen Menschen, die von Gewalt, Verlust und Unsicherheit betroffen sind.

189 Gleichzeitig trägt auch die Herrschaft der islamistischen Terrororganisation Hamas,
190 deren Ideologie autoritär, fundamentalistisch und antisemitisch ist, durch Gewalt,
191 Repression und Missbrauch ziviler Strukturen maßgeblich zur Eskalation und zum
192 anhaltenden Leid bei. Dazu zählen der fortgesetzte Raketenbeschuss sowie die
193 Hinrichtung von Palästinenser*innen, denen Zusammenarbeit mit Israel vorgeworfen
194 wird. Auch die Behandlung der verschleppten israelischen Geiseln, einschließlich
195 Folter, Aushungerung und sexualisierter Gewalt, stellt schwerste
196 Menschenrechtsverletzungen dar. Auch die gezielte Gefährdung von palästinensischen
197 Zivilist*innen und medizinischer Infrastruktur demonstriert die Missachtung der Hamas
198 gegenüber Menschenleben. Der Missbrauch ziviler Infrastruktur für militärische Zwecke
199 stellt ein Kriegsverbrechen dar. Diese Taten verurteilen wir unmissverständlich.

200 Der Israel-Palästina-Konflikt lässt sich weder auf aktuelle Ereignisse noch auf die
201 Staatsgründung Israels im Jahr 1948 reduzieren. Seine historischen Wurzeln reichen

202 bis in das 19. Jahrhundert und in Teilen noch weiter zurück. Im späten 19. und frühen
203 20. Jahrhundert entwickelten sich im Kontext des Osmanischen Reiches und der
204 zunehmenden politischen Umbrüche in der Region unter den arabischen Bewohner*innen
205 Palästinas politische Identitäten und nationale Bewegungen, aus denen sich
206 insbesondere während der britischen Mandatszeit ein eigenständiges palästinensisches
207 Nationalbewusstsein herausbildete, welches unterschiedliche Strömungen, von
208 demokratischen bis fundamentalistischen umfasst.

209 Während des britischen Mandats über Palästina (1920–1948) verschärften sich die
210 Spannungen zwischen der jüdischen und der arabisch-palästinensischen Bevölkerung
211 zunehmend. Die britische Mandatsmacht trug hierzu durch widersprüchliche politische
212 Zusagen und koloniale Herrschaftspraktiken wesentlich bei. So standen Versprechen an
213 die palästinensische Bevölkerung auf politische Selbstbestimmung neben der
214 Unterstützung einer „nationalen Heimstätte für das jüdische Volk“ im Rahmen der
215 Balfour-Deklaration. Anstatt einen gerechten Ausgleich zwischen den unterschiedlichen
216 Ansprüchen zu schaffen, vertiefte die britische Politik bestehende Konfliktlinien und
217 legte damit einen Grundstein für die spätere Eskalation des Konflikts.

218 Der politische Zionismus, also die Bewegung für einen eigenen, jüdischen Staat,
219 entwickelte sich zum Ende des 19. Jahrhunderts vor dem Hintergrund jahrhundertelanger
220 antisemitischer Verfolgung, Ausgrenzung und Gewalt gegen Jüdinnen*Juden in Europa und
221 anderen Teilen der Welt. Für viele war die Forderung nach einem eigenen Staat
222 Ausdruck des Wunsches nach Sicherheit, Schutz und politischer Selbstbestimmung. Die
223 historischen Erfahrungen von Verfolgung, Ausgrenzung und Gewalt fanden ihren
224 grausamsten Höhepunkt in der Shoah, der systematischen Vernichtung von über sechs
225 Millionen Jüdinnen*Juden durch das nationalsozialistische Deutschland und seine
226 Mittäter*innen. Als das größte Menschheitsverbrechen der Geschichte prägt die Shoah
227 bis heute das kollektive Gedächtnis vieler Jüdinnen*Juden sowie die Bedeutung Israels
228 als Schutzraum und Ort jüdischer Selbstbestimmung.

229 Zugleich gerät häufig in Vergessenheit, dass in den Jahrzehnten nach der
230 Staatsgründung Israels rund 850.000 Jüdinnen*Juden aus arabischen Staaten vertrieben
231 wurden oder infolge von Verfolgung, Diskriminierung und Entrechtung ihre Heimat
232 verlassen mussten, in denen teilweise seit Jahrhunderten oder Jahrtausenden jüdische
233 Gemeinschaften bestanden hatten. 4

234 Gleichzeitig ist die Geschichte der Region und des daraus hervorgegangenen Konflikts
235 eng mit massiven Verbrechen und tiefgreifenden Ungerechtigkeiten gegenüber der
236 palästinensischen Bevölkerung verbunden. Von der Nakba („Katastrophe“) in den Jahren
237 1947 bis 1949 waren rund 700.000 arabisch-palästinensische Menschen durch Flucht,
238 Vertreibung und Entrechtung unmittelbar betroffen. Zahlreiche Dörfer und Gemeinden
239 wurden zerstört oder entvölkert, Eigentum wurde enteignet und vielen Betroffenen
240 sowie ihren Nachkommen die Rückkehr dauerhaft verwehrt. Die Nakba bedeutete darüber
241 hinaus eine tiefgreifende Zäsur, die auch die soziale Struktur, kulturelle
242 Kontinuität und kollektive Identität der palästinensischen Gesellschaft nachhaltig
243 erschütterte.

244 Eine historisch fundierte Betrachtung des Konflikts muss beide Erfahrungen
245 anerkennen. Die Erinnerung an die Shoah und die Anerkennung des Existenzrecht Israels

246 stehen nicht im Widerspruch zur Anerkennung der Nakba⁵ und des historischen Leids der
247 Palästinenser*innen. Ebenso darf die Erinnerung an die Nakba nicht die beispiellosen
248 Verbrechen der Shoah relativieren. Beide historischen Erfahrungen sind Teil der
249 Geschichte des Konflikts und müssen gemeinsam betrachtet werden, um die Gegenwart zu
250 verstehen und Perspektiven für eine gerechte Zukunft zu entwickeln.

251 Zionismus muss als historische und politische Bewegung differenziert betrachtet
252 werden. Er entstand als Reaktion auf Antisemitismus und Verfolgung und ist und war
253 für viele Jüdinnen*Juden eng mit der Idee jüdischer Selbstbestimmung verbunden.
254 Gleichzeitig umfasst er unterschiedliche politische Strömungen, die von
255 pluralistisch-demokratischen Ansätzen bis hin zu ethnonationalistischen Ausprägungen,
256 reichen. Diese ethnonationalistischen und unterdrückenden Strömungen des Zionismus
257 lehnen wir wie jede Form des Nationalismus ab. Eine sachliche Auseinandersetzung mit
258 dem Zionismus berücksichtigt diese Vielfalt und unterscheidet klar zwischen legitimer
259 Kritik an politischen Entwicklungen und antisemitischen Deutungsmustern, die die
260 Existenz Israels in Frage stellen und die wir in unserem Verband nicht dulden.

261 **Kein Platz für Antisemitismus und Rassismus**

262 Seit dem 7. Oktober 2023 ist weltweit ein deutlicher Anstieg antisemitischer Gewalt
263 zu verzeichnen. Antisemitische Straftaten haben in vielen Ländern stark zugenommen,
264 wie jüngst die Anschlagsserie auf Synagogen und jüdische Einrichtungen weltweit - in
265 Kanada, Norwegen, den Niederlanden, Belgien, Australien und den USA. Ob Schüsse,
266 Amokfahrt oder Sprengstoffanschläge, Jüdinnen*Juden werden terrorisiert und bedroht.
267 Auch in Deutschland sind antisemitische Vorfälle und Straftaten seitdem massiv
268 angestiegen, jüdische Studierende müssen sich an Universitäten Sorgen über ihre
269 Sicherheit machen und israelische Künstler*innen wurden aufgrund ihrer jüdischen
270 Ethnie von Veranstaltungen ausgeschlossen. 6 Der Schutz jüdischen Lebens ist eine
271 dauerhafte Verpflichtung, insbesondere für die Nachfahren der Shoah-Täter*innen. Wir
272 treten jeder Form von Antisemitismus entschieden entgegen, unabhängig davon, ob er
273 von rechts, links, religiös-fundamentalistischen Strömungen oder aus der sogenannten
274 "gesellschaftlichen Mitte" kommt. Jüdinnen*Juden müssen überall sicher leben können.
275 Gleichzeitig ist auch eine Zunahme pauschaler Abwertung und Diskriminierung gegenüber
276 Menschen mit arabischem oder muslimischem Hintergrund zu beobachten, begleitet von
277 antimuslimischem, anti-palästinensischem und antiarabischem Rassismus sowie
278 Islamfeindlichkeit. 7 Wir beobachten auch diese Entwicklungen mit Sorge und treten
279 ihnen entschieden entgegen. Das bedeutet für uns auch, dass Demonstrationen gegen das
280 Handeln der israelischen Regierung nicht unter Pauschalverdacht gestellt werden
281 dürfen und wir die massive Polizeigewalt gegen Demonstrant*innen nicht hinnehmen
282 können. Unsere Solidarität gilt den betroffenen Aktivist*innen, die sich gegen die
283 Politik der israelischen Regierung einsetzen und die Unterstützung der
284 Völkerrechtsverbrechen an den Palästinenser*innen beenden wollen, zum Beispiel durch
285 einen Stopp von Waffenlieferungen. Die Demonstrationsverbote, unverhältnismäßige
286 Kontrollen, Verbote, in einer anderen Sprache als Deutsch zu demonstrieren und
287 körperliche Übergriffe gegenüber Demonstrierenden und Aktivist*innen tragen zu einer
288 gezielten Einschüchterung und Unterdrückung palästinasolidarischer Stimmen bei. Diese

289 Repressionen treffen häufig bereits marginalisierte Menschen und Menschen ohne
290 sicheren Aufenthaltsstatus. Das politische Schweigen und die pauschalisierende
291 Verschmähung palästinasolidarischer Stimmen verschärfen bereits bestehende
292 Machtasymmetrien und können migrantisierten Menschen ihrer Individualität und ihrer
293 politischen Selbstbestimmung entziehen. Es ist zu beobachten, dass Behörden mit unter
294 eigenständig Konsequenzen zur Unterdrückung von Palästinasolidarität gezogen haben,
295 die sich als rechtswidrig herausstellten. Wir verurteilen diese scharf und
296 solidarisieren uns mit den Betroffenen 14.

297 Der Europarat hat Deutschland in diesem Zusammenhang wegen möglicher Einschränkungen
298 der Versammlungs- und Meinungsfreiheit sowie Berichten über unverhältnismäßige
299 Polizeigewalt bei pro-palästinensischen Demonstrationen kritisiert.

300 Sicherheit und Schutz müssen für alle Menschen gleichermaßen gelten, für
301 Jüdinnen*Juden und Israelis, ebenso wie für Muslim*innen und Menschen mit arabischer
302 Herkunft. Der Kampf gegen jede Form von Diskriminierung und Menschenfeindlichkeit ist
303 eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die konsequent gestärkt werden muss.
304 Gleichzeitig wenden wir uns gegen jede Instrumentalisierung dieses Konflikts für
305 Hass, Hetze oder Einschränkungen demokratischer Grundrechte und setzen uns für
306 offene, geschützte und solidarische Diskursräume ein.

307 Auch in der GRÜNEN JUGEND gibt es rassistische und antisemitische Denkmuster und
308 strukturelle Hürden, denen wir den Kampf ansagen. Diskriminierung soll in unserem
309 Verband keinen Platz haben. Wir wollen eine GRÜNE JUGEND sein, in der sich alle
310 wohlfühlen. Dafür brauchen wir mehr kritische Reflexion und Bildungsarbeit. Diese
311 umfasst die Geschichte und die Hintergründe der Konflikte in der Region sowie die
312 fundierte Differenzierung und Einordnung politischer Begriffe und Diskurse. Das muss
313 in einem für alle sicheren Rahmen stattfinden, der Widersprüche und verschiedene
314 Perspektiven aushält.

315 **Überregionaler Konflikt in Westasien**

316 Im weiteren regionalen Kontext des Konflikts ist die Lage in Westasien von einer
317 Vielzahl miteinander verflochtener Eskalationen und Konflikten geprägt. Dabei spielen
318 staatliche und nicht staatliche Akteure wie das iranische Regime, die Hisbollah im
319 Libanon, die Huthi-Miliz im Jemen sowie weitere bewaffnete Gruppen eine zentrale
320 Rolle. Sie sind in unterschiedliche regionale Konfliktstrukturen eingebunden, tragen
321 zur fortdauernden Instabilität bei und bedrohen immer wieder gezielt die Sicherheit
322 Israels sowie die Zivilbevölkerung in der gesamten Region. Das werden wir niemals
323 akzeptieren. Die Hisbollah, die Huthi-Miliz und das iranische Regime tragen
324 wesentlich zur Destabilisierung der Region bei. Die Hisbollah und die Huthis
325 verschärfen durch bewaffnete Angriffe und Menschenrechtsverletzungen bestehende
326 Konflikte, während das iranische Regime sie unterstützt und zugleich durch massive
327 Repression im Inneren, besonders gegen FLINTA*, Zivilgesellschaft und marginalisierte
328 Gruppen, sowie eine eskalierende Außenpolitik zur regionalen Unsicherheit beiträgt.
329 Gleichzeitig ist auch das militärische Vorgehen Israels in der Region klar zu
330 kritisieren. Zwar besteht im Falle eines bewaffneten Angriffs ein Recht auf

331 Selbstverteidigung, dieses ist jedoch völkerrechtlich begrenzt und bindet alle
332 militärischen Akteure an die Grundsätze von Verhältnismäßigkeit und Schutz der
333 Zivilbevölkerung. Vor diesem Hintergrund kritisieren wir insbesondere die trotz der
334 bestehenden Waffenruhe fortgesetzten militärischen Operationen im Libanon sowie in
335 angrenzenden Grenzregionen massiv. Sie führen zu großflächiger Zerstörung ziviler
336 Infrastruktur, zahlreichen zivilen Opfern und einer weiteren Eskalation einer ohnehin
337 katastrophalen humanitären Lage.

338 In der gesamten Region, insbesondere im Libanon, in Gaza, in Syrien, im Jemen sowie
339 in weiteren
340 Konfliktgebieten, ist die Zivilbevölkerung dauerhaft von Vertreibung, Zerstörung,
341 Hunger, Repression und dem Zusammenbruch grundlegender Versorgungssysteme betroffen.
342 Fluchtbewegungen in Westasien lassen sich dabei nicht auf einzelne Kriege oder
343 einzelne Verantwortliche reduzieren. Menschen fliehen vor Bombardierungen, Besatzung,
344 staatlicher Repression, Milizenherrschaft, ökonomischem Zusammenbruch, Hunger,
345 Verfolgung, patriarchaler Gewalt und der Zerstörung ziviler Infrastruktur. Diese
346 Zustände sind nicht bloß Begleiterscheinungen der Konflikte, sondern direkte Folge
347 fortgesetzter militärischer Eskalation, autoritärer Gewalt, internationaler
348 Machtpolitik und der Missachtung zentraler völkerrechtlicher Schutzpflichten.

349 Mit größter Sorge beobachten wir, dass Israel zunehmend und immer wieder den Libanon
350 angreift, nachdem die Hisbollah sich am 08.10.2023 dem die Vernichtung
351 beabsichtigenden Angriff der Hamas auf Israel angeschlossen hat.

352 Die israelische Bodenoperation in den Südlibanon, die am 1. Oktober 2024 als
353 „Operation Northern Arrows“ begann, sowie die seit dem Waffenstillstand vom 27.
354 November 2024 fortgesetzte israelische Militärpräsenz auf fünf strategischen Höhen im
355 Südlibanon und die anhaltenden Luftschläge auch nach der „Phase II“ Eskalation Anfang
356 2026 weist das Vorgehen der israelischen Armee im Libanon die gleichen Methoden auf
357 wie in Gaza. Es wird gezielt Infrastruktur zerstört: Brücken, Wasseranlagen &
358 Stromnetze. Berichte zeigen, dass die israelische Armee Glyphosat in hohen
359 Konzentrationen versprüht. Das Land bis zum Fluss Litani soll „kontrolliert“ werden,
360 was die de facto völkerrechtswidrige Besatzung des Gebietes bedeutet. Aktuell hält
361 die Armee rund 4.000 km² südlibanesischen Territoriums besetzt. Trotz verkündeter
362 Waffenruhe halten die Kämpfe im Süden des Libanons an. Eine Entwaffnung der
363 islamistischen Terrororganisation Hisbollah kann nur erfolgen, wenn der Libanon die
364 vollständige Kontrolle über sein Staatsgebiet besitzt. Die illegale Bodeninvasion
365 Israels im Libanon verhindert einen gerechten Frieden und destabilisiert die Region
366 weiter.

367 Waffenruhen wurden in der Vergangenheit sowohl von Israel als auch von Milizen im
368 Libanon, wie der Hisbollah, gebrochen. Auch im Libanon droht eine humanitäre
369 Katastrophe. Ein Großteil der Zivilbevölkerung ist derweil auf der Flucht und den
370 Angriffen schutzlos ausgeliefert.

371 Seit Anfang des Jahres hat sich der regionale Konflikt in Westasien durch die
372 Eskalation zwischen Iran, Israel und den USA nochmals deutlich verschärft. Nach den
373 militärischen Angriffen und Gegenangriffen Anfang 2026, die die Region zeitweise an
374 den Rand eines umfassenden Krieges geführt haben, ist es zwar inzwischen zu mehreren

375 Waffenruhe- und Verhandlungsinitiativen gekommen, eine stabile Friedensordnung ist
376 jedoch weiterhin nicht in Sicht.

377 Besonders deutlich zeigt sich die humanitäre Dimension des Konflikts in der Region an
378 der Situation der Zivilbevölkerung. Diese leidet bereits seit Jahrzehnten unter
379 massiver Repression durch das iranische Regime: Die iranische Gesundheitsbehörde
380 schätzt selbst, dass allein Anfang Januar 2026 bis zu 30.000 Demonstrierende durch
381 die Schergen des Regimes ermordet wurden 15. Die Bevölkerung ist nun zusätzlich von
382 den Folgen militärischer Eskalationen und gegenseitiger Angriffe, auch hier
383 wiederholt auf zivile Infrastruktur, betroffen. Die anhaltenden Spannungen zwischen
384 Iran, Israel und den USA verschärfen die Lage weiter und erhöhen das Risiko weiterer
385 Eskalationsschritte mit direkten Auswirkungen auf die Zivilbevölkerung.

386 Doch nicht nur Akteure in der unmittelbaren Region, sondern auch internationale
387 Mächte müssen klar benannt werden. Russland hat durch die militärische Unterstützung
388 des Assad-Regimes, durch Blockaden internationaler Verantwortung und durch die
389 strategische Annäherung an das iranische Regime autoritäre Gewaltverhältnisse in der
390 Region stabilisiert. Auch westliche Staaten, allen voran die USA, tragen
391 Verantwortung: Militärische Interventionen, Waffenlieferungen, Regime-Change-Politik,
392 selektive Menschenrechtspolitik und die Unterstützung autoritärer Bündnispartner
393 haben in Westasien vielfach neue Gewalt, Abhängigkeiten, Unsicherheit und
394 Fluchtbewegungen hervorgebracht. Ein gerechter Frieden braucht internationale
395 Verantwortung und ein für alle gleichermaßen geltendes Völkerrecht.

396 Die USA müssen der Verantwortung als einflussreicher Partner Israels nachkommen. Wir
397 sehen, wie US-Präsident Donald Trump, unter anderem mit seinem "Trump-Plan",
398 ökonomische und politische Interessen der Überreichen vertritt und Profite über
399 Menschenleben stellt. Ein gerechter Frieden entsteht nicht durch egoistische Pläne
400 von Milliarden, sondern wenn viele Staaten, mit dem Ziel eines freien
401 palästinensischen Staates, Verantwortung übernehmen und eine palästinensische
402 Selbstbestimmung ermöglichen.

403 Auch die aktuellen Verhandlungen zwischen den USA und dem Iran über ein mögliches
404 "Friedensabkommen" sind in diesem Kontext kritisch einzuordnen. Es handelt sich dabei
405 nicht um einen Friedensprozess, sondern um Verhandlungen zwischen Staaten, die in
406 erster Linie geopolitische und wirtschaftliche Interessen verfolgen. Im Zentrum steht
407 dabei nicht die nachhaltige Verbesserung der Lebensrealität der Zivilbevölkerung,
408 sondern eine Stabilisierung der bestehenden Machtverhältnisse.

409 Ein solches Abkommen ist kein diplomatischer Erfolg, sondern ein Versagen, das
410 Menschenrechte mit Füßen tritt. Weder stehen die Rechte der Zivilist*innen und die
411 Freilassung politischer Gefangener im Fokus, noch beendet es die Hinrichtungswelle
412 und Repression gegenüber der iranischen Zivilbevölkerung.

413 Während die deutsche Bundesregierung, aber auch Vertreter*innen europäischer
414 Partnerländer, Donald Trump für sein Engagement in den Regionen loben, sehen wir,
415 dass diese Vorhaben die Lebensbedingungen der Zivilbevölkerung nicht verbessern
416 werden und bezweifeln stark, dass mit diesen Plänen ein eigenständiger
417 palästinensischer Staat aufgebaut werden kann. Wir appellieren an die deutsche

418 Bundesregierung, ihrer Verantwortung nachzukommen, in einer Art, die ihren Namen
419 verdient, und sich nicht von dem machtpolitischen Schauspiel blenden zu lassen. In
420 der internationalen, diplomatischen Arbeit der Bundesregierung muss das klare
421 Bekenntnis zur Stärkung der internationalen Völkerrechtsgerichtsbarkeit und zur
422 Autorität des Internationalen Gerichtshofs, als zentrale Instanz zur Auslegung und
423 Durchsetzung der Genozidkonvention wegweisend sein.

424 Als GRÜNE JUGEND schauen wir kritisch auf die Zeit der grün-geführten Außenpolitik,
425 die als Reaktion auf den Krieg in Gaza folgte. Insbesondere unter dem Blick der
426 feministischen Außenpolitik hätten wir früher Position beziehen müssen und
427 entsprechend handeln müssen, als immer klarer wurde, dass die militärischen Aktionen
428 der israelischen Regierung womöglich nicht im Verhältnis zum Ziel der israelischen
429 Selbstverteidigung standen.

430 Rückblickend hätten wir als Jugendverband auch stärker diese Positionen gegenüber
431 Bündnis 90/Die Grünen vertreten müssen und uns stärker für ein kritisches
432 Hinterfragen der grünen Außenpolitik einsetzen müssen. Auch heute sehen wir es als
433 Aufgabe der GRÜNEN JUGEND, Einfluss auf die Außenpolitik der Grünen auszuüben.

434 Die Grünen müssen ihre Verantwortung in Parlamenten, Regierungen und auf
435 europäischer Ebene nutzen, um sich aktiv für einen gerechten Frieden, die Achtung
436 eines gerechten Völkerrechts, die universelle Geltung der Menschenrechte, den Kampf
437 gegen Antisemitismus sowie Rassismus und echte internationale Solidarität
438 einzusetzen.

439 **Die humanitäre Lage in Palästina**

440 Seit Oktober 2023 hat sich die Situation in Gaza zu einer gravierenden humanitären
441 Katastrophe entwickelt. Die Zivilbevölkerung ist in weiten Teilen Opfer von
442 Aushungerung, massiver Unterernährung und der Zerstörung grundlegender
443 Versorgungsstrukturen betroffen. Besonders Kinder leiden unter akuter
444 Mangelernährung, Dehydrierung und Krankheiten, die unter normalen Bedingungen
445 behandelbar wären, im aktuellen Kontext jedoch häufig lebensbedrohlich werden. Der
446 Zugang zu Nahrung, sauberem Wasser, Energie und medizinischer Versorgung ist in
447 großen Teilen des Gebiets nicht mehr gewährleistet.

448 Die humanitäre Krise wird durch die anhaltenden Einschränkungen und Verzögerungen bei
449 Hilfslieferungen sowie die weitreichende Zerstörung ziviler Infrastruktur gezielt
450 weiter verschärft. Hilfsorganisationen warnen seit Monaten vor gezielter und
451 systematischer Aushungerung der Bevölkerung durch die systematische Blockade von
452 Hilfslieferungen. Menschenrechtsorganisationen kritisieren, dass die Beschränkung
453 humanitärer Hilfe in dieser Form mit den Verpflichtungen des humanitären Völkerrechts
454 unvereinbar ist, das den Schutz der Zivilbevölkerung und den ungehinderten Zugang zu
455 lebensnotwendiger Hilfe klar vorschreibt. In der Konsequenz entsteht eine Situation,
456 in der humanitäre Hilfe nicht ausreichend dort ankommt, wo sie dringend benötigt
457 wird. Krankenhäuser, Schulen, Wohngebiete sowie Wasser- und Energieversorgungssysteme
458 sind massiv beschädigt oder funktionsunfähig. Darum ist es zwingend notwendig, dass
459 dort humanitäre Hilfe sichergestellt wird, die israelische Regierung die Blockade von

460 Zufahrtswegen vollständig aufhebt und zivilgesellschaftliche Hilfsorganisationen ohne
461 Kontakt zu Terrororganisationen mit Hilfsmitteln beliefert werden und ihre Arbeit
462 gestärkt wird. Auch Angriffe auf Zivilist*innen, medizinisches Personal, humanitäre
463 Helfer*innen und Journalist*innen sind dokumentiert. Die israelische Armee hat seit
464 Oktober 2023 mehr als 220 Journalist*innen getötet und erlaubt unabhängigen Medien
465 weiterhin keine unbegleitete Einreise nach Gaza. Gleichzeitig hat sich gezeigt, dass
466 das IDF und die Israelische Regierung wiederholt über die Faktenlage vor Ort gelogen
467 haben und nicht zur Aufklärung beitragen. Dadurch ist die Berichterstattung massiv
468 eingeschränkt. Wir fordern die israelische Regierung dazu auf, dieses Einreiseverbot
469 aufzuheben. 8

470 Die Situation palästinensischer Gefangener in israelischen Gefängnissen ist
471 erschütternd. Es wird von körperlichen Misshandlungen in den Gefängnissen berichtet,
472 massiven Einschränkungen von familiärem Besuch und rechtlichem Beistand, stark
473 begrenztem Zugang zu Strom oder Wasser, Hunger sowie Schließungen von
474 Krankenstationen. 9, 10 Im Oktober 2024 waren über 9.000 Palästinenser*innen in Haft
475 in israelischen Gefängnissen. Fast die Hälfte der Häftlinge wurde in
476 „Administrativhaft“ genommen, ohne Prozess und ohne Verteidigung. Im Jahr 2026 wurde
477 in Israel ein Gesetz zur Ausweitung der Todesstrafe beschlossen, das insbesondere im
478 Kontext militärischer Verfahren gegen Palästinenser*innen Anwendung finden kann.

479 Als GRÜNE JUGEND verurteilen wir diese Entwicklung als schweren Rückschritt im
480 internationalen Menschenrechtsschutz. Besonders problematisch ist dabei die
481 Kombination aus militärischer Gerichtsbarkeit, politisch aufgeladenem Konfliktumfeld
482 und struktureller Ungleichbehandlung, die das Risiko willkürlicher oder
483 diskriminierender Urteile deutlich erhöht. Mit der Verabschiedung des Knesset-
484 Gesetzes vom 30. März 2026 zur Erweiterung der Todesstrafe für politisch motivierte
485 Tötungsdelikte wird eine rechtliche Zweiklassengesellschaft verankert. Die
486 Todesstrafe findet in der Praxis ausschließlich auf die palästinensische Bevölkerung
487 Anwendung: Vor den Militärgerichten im Westjordanland, die eine Verurteilungsquote
488 von über 96 Prozent aufweisen, wird die Todesstrafe künftig automatisch als
489 Regelstrafe verhängt. Die Vollstreckung muss innerhalb von 90 Tagen und ohne jede
490 Möglichkeit einer Begnadigung erfolgen. Für israelische Siedler*innen hingegen gilt
491 dieses Gesetz nicht, da sie in den besetzten Gebieten nicht der Militärjustiz
492 unterstehen, sondern nach israelischem Zivilrecht behandelt werden. Aber auch die
493 Existenz der Todesstrafe selbst verurteilen wir in allen Ländern weltweit aufs
494 Schärfste.

495 Auch im Westjordanland hat sich die Lage weiter zugespitzt. Seit 2023 ist ein
496 deutlicher Anstieg der Gewalt radikaler israelischer Siedlergruppen zu verzeichnen.
497 Immer wieder kommt es zu Angriffen auf palästinensische Dörfer, Wohnhäuser,
498 landwirtschaftliche Flächen und Zivilist*innen. In den letzten drei Jahren sind mehr
499 als 1.200 Palästinenser*innen von israelischen Streitkräften oder Siedler*innen
500 getötet worden. 11 Insbesondere ist die Gewaltausübung der IDF als äußerst
501 unverhältnismäßig und brutal zu benennen. Parallel dazu wird der Ausbau israelischer
502 Siedlungen in den besetzten Gebieten, unterstützt durch die israelische Regierung,
503 weiter vorangetrieben.

504 Die fortschreitende Siedlungsausweitung führt zu einer zunehmenden Fragmentierung des
505 Gebiets, schränkt Bewegungsfreiheit für Palästinenser*innen massiv ein und verschärft
506 soziale sowie wirtschaftliche Ungleichheiten. In Verbindung mit der Eskalation im
507 Gazastreifen entsteht so eine Gesamtlage, in der sich militärische Gewalt,
508 Besatzungspolitik und Siedler*innengewalt gegenseitig verstärken und die Perspektive
509 auf eine nachhaltige politische Lösung weiter schwinden lassen.

510 Im besetzten Westjordanland und im annektierten Ostjerusalem verstößt Israel mit dem
511 Bau von Sperranlagen und Siedlungen sowie der damit verbundenen Vertreibung
512 palästinensischer Bewohner*innen und Bäuer*innen und der militärischen Gewalt gegen
513 Zivilist*innen seit Jahrzehnten gegen das Völkerrecht. Die koloniale Praxis des
514 Siedlungsbaus ist daher vollständig abzulehnen. Wir teilen die Einschätzung
515 zahlreicher Expert*innen, dass diese Form der systematischen Diskriminierung
516 Ähnlichkeiten zum völkerrechtlichen Tatbestand der Apartheid aufweist. Diese
517 Einstufung der Situation als Apartheid ist dabei keine rein politische Rhetorik,
518 sondern das Ergebnis detaillierter Auseinandersetzung mit der Situation. Diese
519 Analyse erkennt in der systematischen Fragmentierung des palästinensischen Gebiets,
520 der Einschränkung der Bewegungsfreiheit und der Duldung von Siedlergewalt ein
521 strukturelles Unterdrückungssystem, das dem Völkerrecht widerspricht. Internationale
522 Organisationen stufen die systematische Ungleichbehandlung der Palästinenser*innen im
523 besetzten Westjordanland und Ostjerusalem als Apartheid ein.

524 Die Frage, ob das Vorgehen des israelischen Militärs im Gazastreifen als Genozid
525 einzuordnen ist, ist Teil einer internationalen juristischen aber auch politischen
526 Debatte.

527 Wir als GRÜNE JUGEND sind kein juristisches Gremium, können und müssen uns aber an
528 politischen Debatten beteiligen.

529 Das Vorgehen der israelischen Armee, auf Geheiß der rechtsextremen Regierung Israels,
530 im Gazastreifen zeigt zentrale Kriterien des Völkermords gemäß der UN-Konvention auf:
531 so beobachten wir unter anderem die systematische Tötung, massive Vertreibungen, die
532 gezielte Vernichtung der zivilen Infrastruktur, die bewusste Erzeugung von Hunger und
533 Krankheit sowie die Verhinderung humanitärer Hilfe. Das ist eine klare Überschreitung
534 des Selbstverteidigungsrechts. Wir verurteilen das Vorgehen im Gazastreifen auf das
535 Schärfste. Die Handlungen verletzen die universellen Menschenrechte und zerstören das
536 Vertrauen in jene Rechtsinstitutionen, die den Schutz der Menschenrechte und damit
537 der Zivilbevölkerung erst gewährleisten sollen.

538 Während das *juristische* Urteil des IGH abzuwarten ist, so schließt sich die GRÜNE
539 JUGEND als *politische* Organisation der Auffassung von Expert*innen an, dass der
540 israelische Staat im Gazastreifen einen Genozid an der palästinensischen Bevölkerung
541 verübt. 12,13

542 Insgesamt verurteilen wir die Politik der rechtsextremen israelischen Regierung aufs
543 Schärfste. Durch systematische Entrechtung, massive militärische Gewalt und die
544 bewusste Blockade politischer Lösungen hat sie die Eskalation maßgeblich
545 vorangetrieben und Perspektiven auf Frieden und Gerechtigkeit weiter zerstört.
546 Unsere Kritik richtet sich ausdrücklich gegen die Regierung und ihre Politik, nicht

547 pauschal gegen die israelische Bevölkerung oder gegen den Staat Israel. Man kann
548 beobachten, dass die Zivilgesellschaft in Israel gespalten ist: viele protestieren
549 selbst seit Jahren entschlossen gegen diese Politik. Wir kritisieren den Teil der
550 Zivilbevölkerung, der durch Wahlen die in Teilen rechtsextreme und menschenfeindliche
551 Politik demokratisch legitimiert.

552 Als GRÜNE JUGEND verstehen wir uns als Teil einer Friedensbewegung, die aus der
553 historischen Erfahrung gelernt hat, dass militärische Logiken, Besatzung, Terror und
554 Gewalt keine nachhaltige Sicherheit schaffen können. Frieden entsteht nicht durch die
555 Durchsetzung von Stärke im Sinne militärischer Überlegenheit, sondern durch die
556 konsequente Bindung politischer Macht an Völkerrecht, Menschenrechte und
557 demokratisch legitimierte internationale Institutionen sowie durch kollektive und
558 solidarische globale Wirtschafts- und Eigentumsverhältnisse – die ersteres wiederum
559 auch erst ermöglichen. Gerade diese institutionelle Durchsetzungskraft ist
560 Voraussetzung dafür, dass internationales Recht nicht bloß Anspruch bleibt, sondern
561 Wirkung entfalten kann.

562 Im Kontext des Israel-Palästina-Konflikts bedeutet das, sich klar gegen jede Form von
563 Terror, Krieg und Vertreibung zu stellen und gleichzeitig den Schutz der
564 Zivilbevölkerung auf allen Seiten ins Zentrum zu stellen. Eine internationalistische
565 Friedenspolitik muss heute mehr sein als Appellpolitik.

566 Sie bedeutet konkret: die Stärkung internationaler Institutionen wie der Vereinten
567 Nationen und des Internationalen Strafgerichtshofs, die Unterstützung ziviler
568 Konfliktbearbeitung und humanitärer Hilfe sowie politischen Druck auf alle Akteure,
569 die gegen das Völkerrecht arbeiten, zum Beispiel durch Sanktionen gegen diese
570 Akteure. Konkret bedeutet dies auch die Teilaussetzung des EU-Israel-
571 Assoziierungsabkommen. Der beiderseitige Respekt für Menschenrechte und demokratische
572 Prinzipien ist nach Artikel 2 des EU-Israel-Assoziierungsabkommens ein essenzieller
573 Bestandteil der engen Kooperation zwischen Israel und den Ländern der Europäischen
574 Union. Wir halten die Anwendung der Menschenrechtsklausel für notwendig. Die
575 Bundesregierung sollte gemeinsames europäisches Vorgehen nicht länger blockieren und
576 den Weg frei machen für eine Teilaussetzung des Abkommens, solange Israel seine
577 völkerrechtlichen Verpflichtungen weiterhin nicht erfüllt. Davon unberührt bleiben
578 müssen die Bereiche, die Brücken zur israelischen Zivilgesellschaft sind.

579 Zudem muss die Zusammenarbeit mit Lobbyorganisationen, die ausdrücklich die
580 Interessen der israelischen Regierung vertreten oder von ihr finanziert werden,
581 ausgesetzt werden.

582 Außerdem müssen wir solidarisch mit Friedens- und Menschenrechtsinitiativen in der
583 Region stehen, in Israel, in Palästina und in der gesamten Region Westasiens, die
584 trotz Krieg, Repression und Polarisierung weiterhin für Dialog, Gleichberechtigung
585 und ein Ende der Gewalt eintreten.

586 Ein gerechter Frieden in Westasien kann weder durch militärische Eskalation noch
587 durch Besatzung, Terror und kollektive Bestrafung erreicht werden, sondern nur auf
588 Grundlage von Menschenrechten, Völkerrecht und gleicher Sicherheit für alle Menschen.
589 Daraus leiten wir als GRÜNE JUGEND konkrete politische Forderungen ab, die auf eine

590 langfristige friedliche Perspektive für Israelis und Palästinenser*innen

591 gleichermaßen zielen und eine langfristige Lösung, wie die Zweistaatenlösung, die die

592 Selbstbestimmung von Palästinenser*innen und Israelis anstrebt. Deshalb fordern wir:

593 • Dass Waffenlieferungen ausgesetzt werden, solange die israelische Regierung

594 • Völkerrechtsverletzungen begeht. Nicht davon betroffen sind nicht-militärische

595 Schutzgüter.

596 • Völkerrechtsverletzungen begeht. Nicht davon betroffen sind nicht-militärische

597 Schutzgüter.

598 • Die entgültige Entwaffnung der Hamas und der Hisbollah sowie die Aufgabe der

599 politischen Rollen in Gaza und im Libanon

625 • Regierung, insbesondere gegen den Polizeiminister Itamar Ben-Gvir.

626 • Ein Ende des iranischen Atomprogramms, sowie ein Ende der Finanzierung

627 islamistischer Terrororganisationen durch die islamische Republik.

628 • Regierung, insbesondere gegen den Polizeiminister Itamar Ben-Gvir, ein EU-

629 Importverbot von Waren aus illegalen Siedlungen, sowie Sanktionen gegen radikale

630 Siedler*innen, denen schwere Menschenrechtsverletzungen nachgewiesen werden

631 können, wie das Einfrieren von Vermögenswerten, der Ausschluss von finanziellen

632 Transaktionen und die Unterbindung geschäftlicher Aktivitäten mit europäischen

633 Unternehmen und personenbezogene Einreiseverbote.

658 Ziel und Anspruch unserer internationalistischen Politik ist eine internationale

659 Ordnung, in der Sicherheit nicht über Profitinteressen organisiert wird, sondern über

660 Diplomatie, zivile Konfliktlösung und gemeinsame Sicherheit für alle durch starke,

661 gemeinsame Institutionen.

662

663

664 Quellen:

665 1: [https://www.mpg.de/25776334/gaza-studie-zeigt-beispiellose-verluste-an-](https://www.mpg.de/25776334/gaza-studie-zeigt-beispiellose-verluste-an-menschenleben-und-lebenserwartung)
666 menschenleben-und-lebenserwartung

667 2: [https://www.zeit.de/news/2025-04/17/un-halbe-million-menschen-im-gazastreifen-](https://www.zeit.de/news/2025-04/17/un-halbe-million-menschen-im-gazastreifen-vertrieben)
668 vertrieben

669 3: [https://www.zeit.de/zeit-geschichte/2026/01/nakba-israelisch-arabischer-krieg-](https://www.zeit.de/zeit-geschichte/2026/01/nakba-israelisch-arabischer-krieg-palaestina-katastrophe/seite-4)
670 palaestina-katastrophe/seite-4

671 4: [https://www.bpb.de/themen/antisemitismus/dossier-antisemitismus/321671/flucht-und-](https://www.bpb.de/themen/antisemitismus/dossier-antisemitismus/321671/flucht-und-vertreibung-von-juden-aus-den-arabischen-laendern/)
672 vertreibung-von-juden-aus-den-arabischen-laendern/

673 5: <https://www.un.org/unispal/about-the-nakba/>

674 6: [https://www.spiegel.de/ausland/judenhass-antisemitismus-laut-bericht-weltweit-auf-](https://www.spiegel.de/ausland/judenhass-antisemitismus-laut-bericht-weltweit-auf-hochststand-a-0f7190c8-f95c-4cf1-9adf-8f3dd8787a6a)
675 hoechststand-a-0f7190c8-f95c-4cf1-9adf-8f3dd8787a6a

676 7: [https://www.zeit.de/gesellschaft/2025-06/antimuslimischer-rassismus-vorfaelle-](https://www.zeit.de/gesellschaft/2025-06/antimuslimischer-rassismus-vorfaelle-anstieg-bericht-claim)
677 anstieg-bericht-claim

678 8: <https://www.reporter-ohne-grenzen.de/rangliste/laender/177/israel>

679 9: <https://www.juedische-allgemeine.de/israel/katastrophale-zustaende/>

680 10: [https://www.spiegel.de/ausland/israel-bericht-ueber-misshandlung-von-](https://www.spiegel.de/ausland/israel-bericht-ueber-misshandlung-von-palaestinensischen-journalisten-in-haft-a-964e910a-c59a-4668-baf1-efd2ce74f776)
681 palaestinensischen-journalisten-in-haft-a-964e910a-c59a-4668-baf1-efd2ce74f776

682 11: [https://www.zeit.de/news/2026-06/09/un-toedliche-siedler-gewalt-im-](https://www.zeit.de/news/2026-06/09/un-toedliche-siedler-gewalt-im-westjordanland-nimmt-zu)
683 westjordanland-nimmt-zu

684 12: [https://www.zeit.de/politik/ausland/2025-09/un-kommission-wirft-israel-](https://www.zeit.de/politik/ausland/2025-09/un-kommission-wirft-israel-voelkermord-im-gazastreifen-vor-gxe)
685 voelkermord-im-gazastreifen-vor-gxe

686 13: [tps://www.ohchr.org/sites/default/files/documents/hrbodies/hrcouncil/sessions-](https://www.ohchr.org/sites/default/files/documents/hrbodies/hrcouncil/sessions-regular/session60/advance-version/a-hrc-60-crp-3.pdf)
687 regular/session60/advance-version/a-hrc-60-crp-3.pdf

688 14:

689 [https://www.ito.de/recht/nachrichten/n/vg24k49324-vg-berlin-palaestina-kongress-](https://www.ito.de/recht/nachrichten/n/vg24k49324-vg-berlin-palaestina-kongress-betaetigungsverbot-demonstrationen)
690 [betaetigungsverbot-demonstrationen](https://www.ito.de/recht/nachrichten/n/vg24k49324-vg-berlin-palaestina-kongress-betaetigungsverbot-demonstrationen)

691 15: <https://time.com/7357635/more-than-30000-killed-in-iran-say-senior-officials/>

692

693 **Unser Antrag in einfacher Sprache:**

694 Kein Frieden durch Krieg – Für einen gerechten Frieden in Israel und Palästina!

695

696 Wir sind die GRÜNE JUGEND.

697 Wir wollen Frieden.

698 Wir glauben: Krieg bringt keinen Frieden.

699 Wir wollen, dass alle Menschen in Israel und Palästina in Frieden leben können.

700

701 Wir sagen:

702 Wichtige Themen in der Politik sind Menschenrechte und Zusammenhalt zwischen Ländern.

703 Auch das Völkerrecht ist sehr wichtig.

704 Das Völkerrecht sind die wichtigsten Regeln für alle Länder auf der Welt.

705

706 Viele Menschen auf der ganzen Welt erleben gerade große Krisen.

707 Es gibt immer mehr Kriege und Streit.

708 Viele Länder rüsten auf und bauen ihr Militär aus.

709 Das finden wir nicht gut. Wir wollen lieber, dass alle Menschen sicher und frei leben

710 können.

711

712 Was bedeutet das für Israel und Palästina?

713 Wir sagen:

714 Jüdinnen*Juden und Israelis haben das Recht auf Sicherheit.

715 Auch Palästinenser*innen und Araber*innen haben das Recht auf Sicherheit.

716 Alle Menschen haben das Recht auf Schutz vor Krieg, Gewalt und Vertreibung.

717 Alle Menschen sollen selbst über ihr Leben bestimmen können.

718

719 Politik muss erkennen:

720 Viele Probleme kommen aus alten Ungerechtigkeiten.

721 Man darf nicht vergessen, was früher passiert ist.

722 Und man darf nicht dieselben Fehler wiederholen.

723

724 Internationale Politik ist oft kompliziert.

725 Manche Länder haben mehr Macht als andere.

726 Große Unternehmen und Regierungen arbeiten oft zusammen.

727 Sie suchen nach Macht, Rohstoffen und Geld.

728 Manche Kriege sind deshalb kein Zufall, sondern entstehen aus Streit um Macht und

729 Geld.

730

731 Diese Art Politik bringt Leid, Armut und Tod.

732 Wir sagen: Profite und Geld dürfen nicht wichtiger sein als Menschenleben.

733 Solange mit Kriegen Geld verdient wird, wird es immer wieder Kriege geben.

734

735 **Unsere Forderung:**

736 Starke internationale Regeln und Organisationen!

737 Menschenrechte überall und für alle!

738

739 Wir lehnen Wörter ab, die nur aus der Sicht von Europa kommen.

740 Zum Beispiel sagt man oft „Nahe Osten“.

741 Das Wort ist nicht neutral.

742 Wir sagen lieber Westasien oder nennen die Orte genau: Westjordanland, Israel, Gaza,

743 Palästina, Iran, Jemen, Libanon.

744

745 Der Krieg im Gazastreifen ist schrecklich.

746 Es gab sehr viel Gewalt.

747 Viele Menschen wurden verletzt oder getötet.

748 Viele Menschen haben ihr Zuhause verloren.

749

750 Wir sehen Antisemitismus und Rassismus.

751 Antisemitismus ist Hass auf jüdische Menschen.

752 Auch Muslim*innen und Palästinenser*innen erleben viel Rassismus.

753 Beides ist falsch. Jeder Mensch muss sicher leben können.

754

755 Wir möchten, dass niemand schlechter behandelt wird,

756 egal ob aus Israel oder Palästina.

757

758 Wir wollen, dass alle ihre Meinung sagen dürfen.

759 Auch Demonstrationen sind ein Recht für alle.

760

761 Deutschland hat eine besondere Verantwortung.

762 In der Zeit des Nationalsozialismus wurden sehr viele Jüdinnen*Juden verfolgt und

763 ermordet. Deshalb muss Deutschland jüdisches Leben besonders schützen.

764

765 Wir sagen:

766 Israel soll weiter als Staat existieren.

767 Palästina soll auch ein eigener Staat werden.

768 Frieden gelingt nur mit gleichen Rechten für alle.

769

770 Der 7. Oktober 2023 war ein sehr schlimmer Tag.

771 Die Hamas, eine Terrorgruppe, hat viele Menschen in Israel getötet und entführt.

772 Es gab Folter, Vergewaltigung und viel Leid.

773 Das hat viele Menschen sehr traurig und wütend gemacht.
774 Seitdem ist Krieg.
775
776 Durch die Angriffe und Gegenangriffe gibt es viele Tote auf beiden Seiten.
777 Im Gazastreifen haben sehr viele unschuldige Menschen alles verloren.
778 Viele sind krank, hungrig oder auf der Flucht.
779 Krankenhäuser und Schulen sind zerstört.
780 Helfer*innen und Journalist*innen sind in Gefahr.
781
782 Die Gewalt muss aufhören.
783 Staaten und Organisationen müssen sich an Regeln halten.
784 Alle müssen die Menschenrechte achten.
785
786 Wir fordern:
787 - Sofort einen Waffenstillstand
788 - Humanitäre Hilfe für alle Menschen in Gaza
789 - Die deutsche Regierung muss beide Staaten, Israel und Palästina, anerkennen
790 - Keine Waffen mehr liefern, wenn das Völkerrecht gebrochen wird
791 - Keine Todesstrafe
792 - Schutz für alle Demonstrierenden
793 - Alle dürfen friedlich protestieren
794 - Hilfe für alle Menschen, die vor Krieg fliehen, zum Beispiel Aufnahme in
795 Deutschland
796 - Sanktionen gegen Politiker, die absichtlich Menschenrechte verletzen
797
798 Wir wollen Teil der Friedensbewegung sein.
799 Wir wollen, dass sich niemand mehr über andere Menschen stellt.
800 Alle sind gleich viel wert.
801
802 Unser Ziel ist:
803 Frieden, gerecht für alle Menschen,
804 mit Freiheit, Hilfe und Respekt vor den Menschenrechten.
805
806 Frieden kann nur ohne Gewalt und Hass entstehen.
807
808 *Dieser Text wurde mithilfe der KI der Website <https://einfachesprache.xyz> übersetzt.*

Antrag W-02: Mangelnde Kontinuität der Beschlusslage. Was aus unseren Anträgen geworden ist.

Antragsteller*in:	Joachim Janas
Status:	zurückgezogen
Tagesordnungspunkt:	W - TOP 4 – Kein Frieden durch Krieg: Für einen gerechten Frieden in Israel und Palästina

1 Mangelnde Kontinuität der Beschlusslage. Was aus unseren Anträgen geworden ist.

2 *Antragsteller: Joachim Janas (er/ihm)*

3 Kaum ein anderes Thema prägte die vergangenen fünf Jahre der GRÜNEN JUGEND auf
4 Bundesveranstaltungen, wie dieses. Droht uns als Verband nach Zeit für was Neues
5 wieder eine Zersplitterung über ein Thema, das nach GEAS ähnlich gelagert. Solid und
6 Die Linke machen es gerade vor. Es gab viele andere Anträge zu den
7 unterschiedlichsten Themen, aber sogar unsere Kernthemen wie Klima- und Umweltschutz
8 haben wir nicht mehr so sicher wiederholt, wie das Amen in der Kirche. Während andere
9 Themen nach einem Beschluss wieder in der Schublade verschwinden, sorgen
10 Positionierungen zu Israel, dem Gebiet Palestina, dem Iran, Sudan, Syrien,
11 Afghanistan oder Libanon und weiteren Staaten in Westasien immer wieder für
12 Kontroverse.

13 Wir argumentieren und hinterfragen regelmäßig unsere Debattenräume, Gremien und
14 Strukturen. Doch diese müssen sich auch an unseren bisher gefassten Beschlüssen
15 messen lassen. Einen abgelehnten Antrag einfach so lange zu wiederholen, bis dieser
16 mit dem Kopf durch die Wand geboxt wurde, sollte, als destruktives Verhalten benannt
17 und verurteilt werden. Bleiben wir bei unserer Kontinuität und bestätigen unsere
18 Beschlusslage. Setzen wir gefasste Anträge erstmal um, bevor wir diese mit neuen
19 überfrachten oder sogar ins Gegenteil verkehren. Bewahren wir unsere solidarische und
20 linke Haltung.

21 Hier sind Anträge, die wir gemeinsam in den letzten Jahren diskutiert und verhandelt
22 und letztlich vereint abgestimmt und beschlossen haben. Dieser Antrag soll diese
23 bestehende Beschlusslage in Erinnerung rufen und bekräftigen.

24 Hat sich unsere Position geändert, dann sollten wir auch begründen können, warum das
25 so ist. Und was ist aus den Forderungen geworden? Wie hat sich die politische Lage in
26 der Zwischenzeit entwickelt? Welche Bildungsarbeit hat der Verband dazu geleistet?

27 Zu Konflikten in Westasien sind folgende Anträge in den letzten fünf Jahren gefasst
28 worden. Für eine ganzheitliche Debatte!

- 29 • 2. Länderrat 2021 am 28.11.2021: V-1-B Dringlichkeitsantrag zur Lage Afghanistan
- 30 • 56. Bundeskongress am 01. Oktober 2022: A-1-B antirassistische Strategien für
31 die GRÜNE JUGEND
- 32 • 57. Bundeskongress am 22. Oktober 2023: D-1 Solidarität mit Israel - Islamismus
33 und Antisemitismus stoppen!
- 34 • 1. Länderrat 2024 am 13.07.2024: L1 Eine Welt in Unordnung - außenpolitische

35 Eckpfeiler in einer Welt voller Kriege

36 • 1. Länderrat 2025 am 05.07.2025: A-6 Zivilgesellschaft in Israel und Palästina
37 schützen - Gerechten Frieden Schaffen

38 • Länderrat 2025 am 05.07.2025 A-9 Unsichtbarer Konflikt-Die humanitäre Krise im
39 Sudan

40 • Länderrat 2025 Am 13.12.2025 V08: Für die Einhaltung von Menschenrechten:
41 Internationalistische und unteilbare Solidarität!

42 Um hier Platz zu sparen, habe ich nicht Alle Anträge erneut abgebildet. Diese sind
43 (außer dem Protokoll des 1. Länderrats 2025) in der Wolke zu finden.

44 Ich bitte darum sich erneut mit diesen Beschlüssen auseinanderzusetzen und
45 insbesondere der wiederholten Forderung nach Bildungsarbeit zum Antisemitismus
46 nachzukommen.

47 Im Übrigen bin ich der Meinung, dass Beschlüsse nach einer Reform durch das
48 Struktur:Update sinnvoller wären.

Begründung

Begründung erfolgt mündlich.